


hlz

C 3428



Zeitschrift der GEW Hamburg
Juli-August 7-8/2017

dumm +++ Krach in Sachen Lehrer_innenarbeitszeit +++ Behörde droht Dienstvereinbarung Ganztag zu kippen +++ Schulleitungen stellen sich quer +++ GEW beharrt auf Vertragstreue +++ sau



WO KOMMEN DIE
VIELEN GÄNSE
PLÖTZLICH HER?

AUS DEM HOHEN NORDEN.
IM WINTER FINDEN SIE DA
NICHTS MEHR ZU FRESSEN.

DAS SIND EINFACH ZU VIELE.
WIR KÖNNEN NUN MAL NICHT
DIE GANZE VOGELWELT RETTEN!

MARUNDE



Bevor für viele die Ferien beginnen oder es in den Sommerurlaub geht, möchten wir auf einige hinweisen, was in der ersten Jahreshälfte erfolgreich auf den Weg gebracht wurde und nun gemeinsam weiter entwickelt wird.

Gemeinsam mit zehn weiteren Verbänden und Organisationen haben wir erreicht, dass das Gutachten der Expert_innenkommission zur „Reform der Lehrerbildung“ nicht ohne die entsprechenden Akteur_innen in diesem Bereich stehen bleibt. Über 80 Stellungnahmen sind bei den Behörden (BSB und BWFG) eingegangen und nun wurde zu einer Tagung am 28.6.2017 eingeladen, um mit allen zu diskutieren. Als GEW haben wir eine Stellungnahme entwickelt und gemeinsam mit zehn weiteren Akteur_innen Eckpunkte (s. S. 37) erarbeitet, in denen der gemeinsame Nenner deutlich wird.

Nach der Anerkennung der Volksinitiative „Gute Inklusion für Hamburgs SchülerInnen“ ist sie im Schulausschuss der Bürgerschaft am 11.7.2017 eingeladen, um ihre Forderungen vorzustellen. Das Bündnis für schulische Inklusion lädt zum dritten Mal in Folge im Oktober zu einer Fachtagung ein. Diesmal geht es am 6. und 7. Oktober um die Fragestellung: „Wie können Kinder und Ju-

gendliche mit herausforderndem Verhalten gemeinsam mit anderen Schüler_innen ihre Potentiale entwickeln?“ Als GEW sind wir Mitgründer des Bündnisses‘ und unterstützen die Fachtagungen ganz besonders.

Wir werden weiter an dem Thema „JA13“ dran bleiben. Unsere Forderung in Hamburg, aber auch bundesweit heißt: alle Lehrkräfte mit vollständiger Ausbildung sollen mit der Eingangsbesoldung bzw. dem Eingangsentsgelt A13 bzw. E13 beginnen. In Berlin hat man den Schritt gemacht. In Hamburg freuen wir uns, dass die Schulleitungen von kleinen Grundschulen auf A14/E14 aufgewertet wurden. In diesem Zusammenhang kommen wir gerne in eure Schulen und in-

Anja Bensinger-Stolze, Fredrik Dehnerdt, Sven Quiring

Viel bewegt – Weiter mit großer Solidarität!

formieren darüber, um bei Bedarf auch den Druck auf die Straße zu bringen. Es ist wichtig, den Willen der Beschäftigten für diese Aufwertung deutlich zu machen.

Nach einiger Anstrengung ist es den GEW-Gesundheitsexpert_

innen nun gelungen, einen ersten Aufschlag mit einer Broschüre für den Gesundheitsschutz an Schulen zu machen. Das „Care-Paket“ versammelt rechtliche Grundlagen, gewerkschaftspolitische Tipps für die Umsetzung in den Schulen und erste Anlaufstellen, die sich mit dem Thema befassen. Außerdem laden die GEW-Gesundheitsexpert_innen in Zusammenarbeit mit der gewerkschaftlichen Bildung für den 10. Oktober zum Fachtag „Gesundheitsschutz an Schulen verankern“ ein.

Auf den Zusammenhang von Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit und Gesundheit machen wir immer wieder aufmerksam. Aus diesem Grund sei hier auch noch einmal auf die Dienstvereinbarung (DV) Ganzttag hingewiesen. Die DV Ganzttag setzt gemeinsame Rahmenbedingungen für die Lehrkräfte-Arbeitszeit und garantiert damit angemessene Arbeitsbedingungen für alle Lehrkräfte an Hamburger Schulen.

Zu guter Letzt sei noch unsre Vertrauensleuteversammlung am 10. Juli erwähnt. Wir wollen unsren Gewerkschaftstagbeschluss vom April mit Leben füllen und laden alle Vertrauensleute zur Vertrauensleuteversammlung ins Curiohaus ein! Wir wollen bera-

ten, was an den Schulen los ist und wie wir nach den Ferien gemeinsam mit den Betriebsgruppen unsre Ziele durchsetzen können. Wir wünschen Euch schöne Ferien und einen erholsamen Sommerurlaub!



Auftakt demo am 2.7. Rathausmarkt

G 20 Seite 8

Von wegen unpolitische Jugend! Interview mit zwei Aktivistinnen, die den Bildungsstreik am 7. Juli mit organisierten.

Kitas Seite 16

Entgegen den Erfolgsmeldungen des Senats: die Personalsituation in den Kitas ist immer noch prekär. Die Betroffenen reden über die Planung einer Volksinitiative, die der Forderung nach 25 Prozent mehr Personal die notwendige Schubkraft geben soll.

PTF Seite 20

Eine Dienstzeitverordnung steht immer noch aus. Die Kolleg_innen befürchten eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen, nicht zuletzt, weil die Berücksichtigung der jeweiligen Fachlichkeit durch allgemeine Regelungen unterzugehen droht.

Flucht und Migration Seite 30

Die Rechte geflüchteter Kinder und Jugendlicher sind durch die Internationale Kinderrechtskonvention festgeschrieben. Die Wirklichkeit bleibt dahinter zurück – wie Sachverständige berichten.



GEW

DV-Ganztag	_____	11
Es rappelt im Karton	_____	
Kita 1	_____	15
Die Offene Liste	_____	
Kita 2	_____	16
Kein Jubel	_____	
PTF	_____	20
Taktlos	_____	
Verbandsgeschichte	_____	57
Untersuchungen eingeleitet	_____	

Magazin

G20	_____	8
Schüler_innenstreik	_____	
Migrant_innen 1	_____	30
Rechte von Kindern und Jugendlichen	_____	
Migrant_innen 2	_____	32
Fördern oder ausgrenzen?	_____	
Migration	_____	34
Fluchtursachen	_____	
Lesespaß	_____	38
Bogotá	_____	
Rente	_____	44
Altersarmut	_____	
Radikalenerlass	_____	45
45 Jahre Berufsverbote	_____	
Lesung	_____	46
Diti Ronen	_____	
Nachruf	_____	48
Zum Tod von Angelika Fiedler	_____	
Graphic Novel	_____	49
Rechte Gewalt	_____	
Nazibiographie 34	_____	50
Walter Bärsch	_____	
Gewalt	_____	56
Stein des Anstoßes	_____	
Veranstaltungsreihe	_____	58
Geschichtsdebatte	_____	

Titel

Behörde
Es rappelt im Karton _____ 21

Bildungspolitik

Arbeitsbelastung
Klandestines Verhältnis _____ 14

Armut
Inklusion als Facette _____ 18

Schule/Beruf
Fake News _____ 23

Sozialpädagogik
Füllhorn verstopft _____ 26

Prekäre Beschäftigung
Interview _____ 27

Lehrer_innenbildung
Gemeinsame Erklärung _____ 37

fair childhood
Weltkindertag _____ 60

Rubriken

hlz-Notiz
_____ 3

Leser_innenbriefe / Nachrichten
_____ 6

Rätsel
_____ 61

GEW-Termine
_____ 62

Impressum
_____ 62

gb@-Seminare
_____ 63

Aus dem Unbehagen...
_____ 64



DV-Ganztag Seite 11
Nach jahrelangen Verhandlungen zwischen Behörde und dem Gesamtpersonalrat gibt es nun endlich ein Regelwerk für die Arbeitszeiten der Kolleg_innen an Ganztagschulen. Was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, stößt aber nach Meinung einzelner Schulleitungen bereits an die Grenzen der Belastbarkeit so mancher selbstverwalteten Schule. Jetzt Kolleg_innen gilt es, eure Rechte einzufordern!

Lehrstellen Seite 23
Eine Erfolgsmeldung jagt die nächste! Wenn man Handels-, Handwerkskammer oder dem Bürgermeister Glauben schenkt, dann gibt es keine Probleme bei der Lehrstellensuche. Ein genauerer Blick auf die Zahlen führt zur Ernüchterung.

Rente Seite 44
Noch rechtzeitig vor den Wahlen legt die GEW den Finger in die Wunde. Eine Veranstaltung zum Thema mit Parteienvertreter_innen wird nicht arm an Lippenbekenntnissen sein, aber vielleicht dazu taugen, die Sensibilität gegenüber dem Thema zu steigern.

Lesung Seite 46
Die israelische Künstlerin Diti Ronen beeindruckte an Schulen und in der GEW ihre Zuhörer_innen durch ihre Lyrik, die sowohl einen Einblick in die Geschichte zulässt als auch Reflexionen zu aktuellen Bezügen bietet.



Wo sind sie?

hlz 5-6/2017

Habe ich mich ja doch gewundert, dass die letzte Ausgabe nichts zu dem erschreckenden Ergebnis der Erdoğan-Abstimmung zu sagen hatte, als in Deutschland 63 Prozent und in Hamburg 57 Prozent der hiesigen Türkischstämmigen für eine nicht sehr feine Diktatur stimmten: wie die Lämmer zur Schlachtbank. Unsere türkischstämmigen Einwohner_innen sind doch inzwischen in der 4. Generation hier ansässig und haben aber doch nichts von Deutschlands liberaler Demokratie verinnerlicht? Wie konnte auch Hamburger Lehrer_innen und Dozent_innen diese Geisteshaltung ihrer Schüler_ und Student_innen so überhaupt nicht auffallen, so entgleiten? Nützt die Demokratie-Instruktion in der Schule so sehr wenig, dass sie zu Hause, in den Moscheen, in den Sportvereinen unproblematisch beiseite gefegt wird?

In den Kernländern der EU war die Anzahl der Pro-Diktatur-Stimmen ja am höchsten: ein absolutes Desaster. Dagegen stimmten im Großbritannien unter May nur 20 Prozent und in den USA unter Trump sogar nur 16 Prozent für Erdoğan. Die letzteren sind natürlich auch Länder, in denen Zuwander_innen und Minderheiten schon seit langem viel leichter gesellschaftlich und politisch aufsteigen können, egal unter welchem Premier oder Präsidenten. Man denke an die konservativen Condolezza Rice oder Colin Powell oder auch an Henry Kissinger oder Arnold Schwarzenegger oder an den Sozialisten Sadiq Khan in London. Der

oberste Luftwaffengeneral der NATO in Europa ist sogar ein Einwanderer der 1. Generation in die USA.

Also statt – offensichtlich fruchtloser – Demokratieberatung im Unterricht: Wo sind die Deutsch-Türken, -Polen, -Italiener, -Russen im Vorstand der GEW in Hamburg und im Bund? Wo sind sie im Hamburger Senat?

Mit besten Grüßen
THOMAS MARTINI

Fauxpas?

hlz 5-6/2017, S. 34

Als HH-Pensionär lese ich die hlz immer noch regelmäßig und finde, dass es immer noch eine gute Gewerkschaftszeitung ist. Kompliment!

Aber bitte schön, was soll der Ausdruck „Sozial schwache Stadtteile“ auf S. 34 unten rechts? Können ihr bitte Götz von Grone, dem Verfasser des Artikels, übermitteln, dass er bitte über den Ausdruck nachdenken und ihn tunlichst nicht mehr verwenden sollte, schon gar nicht in einem so gelungenen Beitrag, besonders auch nicht in der hlz.

(Lese- und Nachdenkhilfe: D. Baumann / S. Hebel „Gute-Macht-Geschichten Politische Propaganda....“ Westend Verlag 2016 .S.159-161)

Ich wäre sehr froh darüber, den Ausdruck nicht mehr in einer so guten Gewerkschaftszeitung zu finden.

(In lesbaren Tageszeitungen findet mensch ihn erfreulicherweise nur noch sehr selten.)

KARL FISCHER

Wir werden in der kommenden Ausgabe Stellung dazu nehmen.

DIE REDAKTION

Zum Bismarckhering

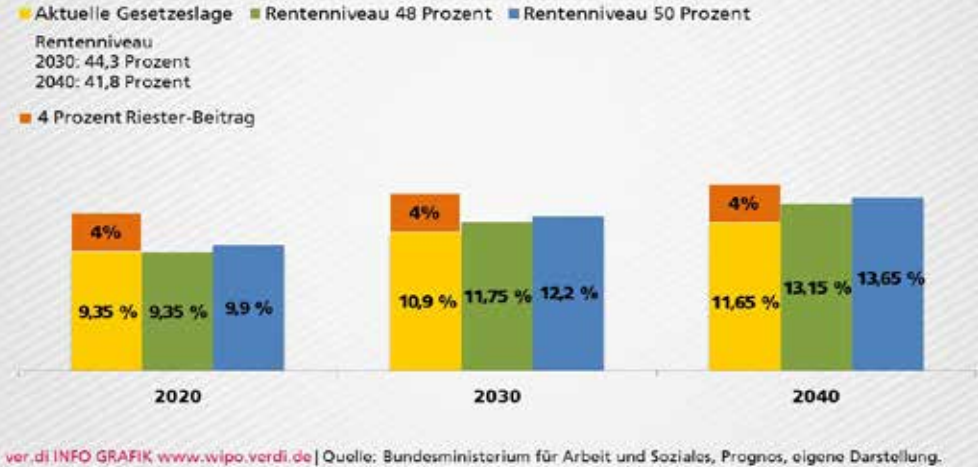
hlz 5-6/2017, S. 43f

Auf Mélenchon und sein Buch „Le hareng ...“ hinzuweisen, finde ich sinnvoll, doch hätte ich es hilfreich gefunden, einen eigenständigen Artikel zu publizieren, denn schließlich gibt es in Hamburg Kolleg*innen mit den Fächern Französisch und Geschichte oder Politik.

Was Mélenchon zu Deutschland schreibt, ist inhaltlich im Einzelnen (also auf der Beispielsebene) zwar nicht falsch, greift sich aber – passend zum Charakter eines Pamphlets - nur das heraus, was dazu passt und verkürzt immer wieder, auch irreführend. Es sollte zudem nicht übersehen werden, dass diese Kampfschrift gleichzeitig ein Begleittext zu seiner Präsidentschaftskandidatur ist und, neben der Kritik an Deutschland, genauer: der deutschen Politik, seltsame Töne anschlägt, etwa dort, wo er recht gutgläubig als Heimat der Franzosen die „Republik“ nennt (und von der Orientierung aufs „Volk“ in Deutschland abgrenzt), so als ob es keine Marine Le Pen gäbe. Der aus dem „eurojournalist“ übernommene Artikel vertraut den von Mélenchon wiedergegebenen statistischen Daten gewollt naiv, z.B. dort, wo behauptet wird, dass eigentlich die Deutschen am wenigsten arbeiten. Das würde ja u.a. heißen, dass die Lehrenden in HHs Schulen tatsächlich nur die vorgegebenen, vergleichsweise wenigen Stunden arbeiten – nur, weil das halt in der entsprechenden offiziellen Verordnung so festgelegt ist. Auch Mélenchons Aussagen zur sinkenden Anzahl von Gewerkschaftsmitgliedern

Was kostet ein höheres Rentenniveau?

Gesetzliche Rentenbeiträge der Beschäftigten in Prozent des Bruttoeinkommens für unterschiedliche Rentenniveaus in den Jahren 2020, 2030 und 2040



ver.di INFO GRAFIK www.wipo.verdi.de | Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Prognos, eigene Darstellung.
 V.i.S.d.P.: VER.DI BUNDESVORSTAND – RESSORT 1 – FRANK BSIRSKE – PAULA-THIEDE-UFER 10 – 10179 BERLIN

Siehe dazu unsere Veranstaltung am 12.7.2017, S. 42

in Deutschland ignoriert souverän den insgesamt geringeren Organisationsgrad, zudem zersplittert, in Frankreich und fragt erst gar nicht nach der Verhandlungsmacht der deutschen bzw. französischen Gewerkschaften, sieht auch nicht, dass sich in Deutschland in den letzten Jahren eine höhere Streikbereitschaft entwickelt hat. Dass die Agrarwirtschaft in Frankreich – ganz unabhängig von deutschen Einflüssen – etwa in der Bretagne seit Jahrzehnten schwerste Umweltfolgen nach sich zieht (wie auch die Hochseefischerei), bleibt bei Mélenchons Ansatz gänzlich unberücksichtigt, vom nur verkündeten Ausstieg aus der Atomwirtschaft ganz zu schweigen. Den Titel der Polemik zu erklären (S.46 links) ist sinnvoll – die Illustration wohl eher überflüssig, da vergleichbare Fotomontagen eigentlich jedem GEW-Mitglied aus den letzten Jahren, etwa aus polnischen Medien, bekannt sein dürften. Stattdessen hätte vielleicht ein wenig von den Fragen, die Mélenchon aufwirft und die

sich ja auch breiteren Teilen der deutschen Öffentlichkeit stellen, formuliert und aus einer weniger nationalstaatlichen Perspektive diskutiert werden können.

Mit kollegialen Grüßen
 KLAUS WEBER

G9

Nach den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen beginnt die Rückabwicklung eines einstigen Vorzeigeprojekts von CDU und FDP: Das Abitur nach acht Jahren weiterführender Schule (G8) wird flächendeckend zurückgefahren. Im Regelfall kehren die Gymnasien zum Abi nach neun Jahren (G9) zurück. Grund dafür sind eindeutige Ergebnisse von Umfragen: Der „überwiegende Teil der Schüler- und Elternschaft“ favorisiere nun einmal G9, heißt es im Düsseldorfer Koalitionsvertrag lakonisch. Einzelne Gymnasien sollen aber weiter das Abi nach acht Jahren anbieten dürfen. In Nordrhein-Westfalen bestehen bleibt dagegen das gegliederte Schulsystem mit Haupt- und Realschulen –

zumindest auf dem Papier betonen CDU und FDP, „berufliche und akademische Bildung“ seien „gleichwertig“. Sie lehnen „die unnötige Akademisierung von klassischen Ausbildungsberufen ab“. Studiengebühren sollen für Menschen aus Nicht-EU-Ländern, wie bereits in Baden-Württemberg unter Kretschmann eingeführt, fällig werden.

G10

An der Eliteschule des Sports am Dulsberger Alten Teichweg wird wohl bald das G10 möglich sein, das Abitur nach zehn Jahren auf einer weiterführenden Schule, nach dann insgesamt 14 Jahren Schulbesuch. Die von seiner Behörde ausgearbeiteten Pläne werden demnächst Hamburgs Schulsenator Ties Rabe (SPD) vorgelegt und könnten vom Schuljahr 2018/19 an umgesetzt werden.

Anmerkung der Redaktion: Geht doch (!) - dies wäre immerhin ein erster Schritt zu der von uns favorisierten flexiblen Oberstufe G8 bis G10.



AUFRUF

Der Mensch als des Menschen Freund

Schüler_innen und Studierende demonstrieren für ein solidarisches und gleichberechtigtes Miteinander der Menschen weltweit

Die G20 treffen sich in Hamburg und geben vor, Antworten auf die Krisen der Welt zu suchen. Dabei ist es gerade die Politik der G20, die für Ausbeutung, Kriege und Vertreibung mitverantwortlich ist. Wir, die Jugend, sind diejenigen, die am meisten von den Folgen eines globalen Kapitalismus betroffen sind. Der Planet, auf dem wir noch Jahrzehnte leben müssen, zeigt die Symptome einer gnadenlosen Ausbeutung. Nicht nur in Südeuropa ist die Lebensgrundlage vieler junger Menschen durch Jugendarbeitslosigkeit gefährdet. Und das weltweite Zusammenleben ist bedroht von der Rücksichtslosigkeit der herrschenden Wirtschaftsmächte.

Doch das Prinzip der Konkurrenz beherrscht auch unser tägliches Leben. In Zeiten der globalen Konkurrenz sind gut ausgebildete junge Menschen nichts anderes als das "Kapital der Nation". In den Bildungseinrichtungen sollen wir deshalb bestmöglich verwertbar für die Wirtschaft gemacht werden. Wir sind kein Kapital! Wir sind eine Generation, die ihre Zukunft selbst gestalten will. Wir wollen nicht auswendig lernen, was andere von uns verlangen, wir wollen einen Raum, in dem wir uns gemeinsam bilden. Wir wollen miteinander lernen und nicht gegeneinander. Wir wollen selbst entscheiden, was wir lernen und vor allem wofür!

Wir, Schüler_innen, Studierende und Azubis werden nicht in der Schule, Uni oder dem Betrieb sitzen, wenn die G20 vor unserer Haustür tagen. Wir werden uns und anderen jungen Menschen die Möglichkeit erkämpfen, ihre Meinung zu äußern. Egal, ob die Schulbehörde uns mit Klassenbucheinträgen droht, die Polizei uns unsere Bildungstreikdemo erschwert oder uns mit an die Wand gemalten Gewaltscenarien Angst gemacht werden soll. Unsere Zukunft gehört uns! Wir werden am 7.7 beim Bildungstreik und am 8.7 auf der Großdemonstration gegen die Konkurrenzlogik kämpfen, die unsere Schulen und die ganze Welt beherrscht und wir werden unsere Vorstellungen von einer solidarischen Gesellschaft deutlich machen. Für einen selbstbestimmten Bildungsraum statt Lernfabriken!

Jugend gegen G20 ist eine bundesweite Plattform von Jugendorganisationen und Einzelpersonen, die gemeinsam im Juli gegen den G20-Gipfel auf die Straße gehen werden. In Hamburg sind etwa die Gewerkschaftsjugend und der ASTA der Universität Hamburg Teil des Zusammenschlusses.

Für mehr Informationen zu Jugend gegen G20 oder zum Bildungstreik schaut vorbei auf:

www.jugendgegeng20.de

Von Bulimie zur Bullerei

Zwei Aktivistinnen des Bildungsstreiks im Zusammenhang mit den Protesten gegen den G20 berichten von den Vorbereitungen der Demonstration und von ihrer Motivation, sich zu engagieren

hlz: *Danke erstmal, dass ihr trotz aller Arbeit, die mit der Organisation einer Demonstration verbunden ist, gekommen seid! Es ist ja mittlerweile etwas unübersichtlich geworden, wer sich wie gegen den G20-Gipfel in Stellung bringt. Zu welchem Lager rechnet ihr euch?*

Lou: Bei mir ist es so: ich komme aus dem Spektrum „Jugend gegen G20“, das sich jetzt gegründet hat. Es gab da ein Auftakttreffen im Knust.

hlz: *War das gewerkschaftlich organisiert?*

Lou: Nein, das war und ist eine bunte Mischung. Das ist ein Bündnis aus Gewerkschaften, linken Gruppierungen, Jugendgruppen, auch aus Berlin oder auch Göttingen.

Fanny: Es sind einfach Privatpersonen. Das Bündnis hat sich im Rahmen der Proteste gebildet. Daran können alle teilnehmen, die jung sind und sich vor allem bezogen auf die Bildungssache an den G20-Protesten beteiligen wollen.

hlz: *Fanny, du bist ja schon ein bisschen länger dabei: Wie hat sich das entwickelt in den letzten Wochen, sind das mehr geworden oder ist es abgebröckelt?*

Fanny: Es werden stetig mehr und wir wachsen weiter.

hlz: *Aber es gibt einen harten Kern?*

Fanny: Ja.

hlz: *Und im Moment seht ihr eure hauptsächliche Aufgabe darin, diesen Bildungsstreik zu organisieren?*

Fanny: Ja, genau.

hlz: *Und wie kommt ihr voran?*

Fanny: Gut! Die Rahmendaten stehen jetzt. Wir organisieren den Bildungsstreik am 07.07., das ist der Freitag. Die Demo-route ist genehmigt worden, die liegt jetzt fest. „Jugend gegen G20“ hat aber auch einen Block auf der Großdemonstration am Sonnabend, 8.7. Jetzt sind wir hauptsächlich am Mobilisieren, also Informationen verteilen. Wir flyern ganz viel und versuchen hinzukriegen, dass so viele Leute wie möglich von unserem Vorhaben erfahren und dann hoffentlich motiviert sind mitzukommen.

Lou: Deshalb machen wir Veranstaltungen an der Uni oder an Schulen, auf denen wir diskutieren und unseren Plan vorstellen.

hlz: *Wie ist da die Stimmung? Gibt es viel Widerstand im Sinne von „ach Gott, was wollt ihr denn?“ oder so? Wie ist die Bereitschaft, euch überhaupt anzuhören?*

Lou: Relativ groß nachdem, was ich erfahren habe. Andere berichteten eher von verhaltenen Reaktionen. Als ich unterwegs

war, hat sogar eine gesagt: „So, ich habe Bock noch mehr Flyer mitzunehmen.“ Also, ich glaube schon, dass viele Leute mit dem Bildungssystem, wie es jetzt funktioniert, nicht zufrieden sind, aber ich denke, dass viele Leute vor einem Bildungsstreik auch Angst haben, weil bspw. Schüler_innen mit Fehlstundenandrohungen eingeschüchtert werden.

hlz: *Ich stelle mir vor, der/die erste Ansprechpartner_in wäre in diesem Fall die Schüler_innen-Kammer. Habt ihr mit denen schon gesprochen?*

Fanny: Ja, die haben wir angefragt, ob sie uns unterstützen. Die Antwort war: „Wir sind politisch neutral und wollen uns deswegen nicht beteiligen.“

hlz: *Aber der ASTA ruft doch auch auf.*

Fanny: Ja, die unterstützen uns fleißig, aber die Schüler_innen-Kammer ist dagegen, sich zu beteiligen.

hlz: *Und habt ihr mit Schulsprecherkollektiven oder Schulsprecher_innen Kontakt aufgenommen?*

Fanny: Ja, da haben wir verschiedene Schüler_innen-Vertretungen angeschrieben. Wir sind auch immer noch auf der Suche – also wir sind fleißig darbei, E-Mail-Adressen zu finden, aber das ist nicht so einfach, es gibt da keine Liste. Wenn man das über die Direktion macht, dann

kann es eher passieren, dass man eine Ablehnung bekommt. Aber es gab auch schon viele positive Rückmeldungen.

Lou: Auf besonderes Interesse stieß dabei ein vorgefertigter Beitrag, den man auch für Schüler_innenvertretungen bekommen kann.

hlz: Was bildet dabei den inhaltlichen Schwerpunkt?

Lou: Zunächst die Kritik am Bildungssystem, welches aus unserer Sicht auf Leistungsdruck und Konkurrenzkampf aufbaut. Die Kritik am G20-Gipfel natürlich auch. Die Entscheidungen, die da getroffen werden, gerade bezogen auf Klima und auf Flucht und Kriege, betreffen uns ja als Jugend ganz besonders, weil wir damit noch die nächsten 50 bis 80 Jahre leben müssen und dann ist es letzten Endes unsere Aufgabe, diese Fehler, die jetzt gemacht werden, wieder glatt zu bügeln.

hlz: Das heißt also: auch bei diesen Vorbereitungstreffen, von denen ihr gesprochen habt, diskutiert ihr inhaltlich, was ihr wollt oder warum ihr gegen diesen Gipfel seid?

Lou: Zum Beispiel, was Leute unter Bildung verstehen, was die einzelnen Schüler_innen und Student_innen unter Bildung verstehen und was sie sich vorstellen, was Bildung sein könnte oder eben auch, was es nicht ist. Jeder und jede war ja mal in der Schule, jeder und jede kennt also das System. Man merkt, dass die Leute einfach mal Bock darauf haben, dazu was zu sagen. Ganz im Sinne: „Hier ist ein Ort, wo meine Meinung geachtet wird.“

hlz: Habt ihr die Frage der Militanz beredet? Was passiert, wenn aus eurem Demonstrationzug heraus jemand meint, Steine schmeißen zu müssen. Wie

geht ihr damit um?

Fanny: Wir haben klar festgelegt, dass wir nicht provozieren wollen und uns nicht provozieren lassen wollen, dass von uns keine Eskalation ausgeht. Ich denke mal, da stehen doch alle Gruppenmitglieder fest dahinter. Es ist ja immer so, dass die Person, die die Demo anmeldet, auch dafür haftet, was auf der Demo passiert. Falls es zu einer Eskalation kommen sollte, werden wir verantwortungsvoll damit umgehen. Jeder Mensch kann für sich selbst entscheiden, auf welche Art er oder sie demonstrieren möchte. Das ist dann aber in Eigenverantwortung und sollte nicht allen aufgezwungen werden. Wer an etwas – wie kann man das ausdrücken – aktiveren Protesten teilnehmen möchte, der geht halt zu den entsprechenden Demonstrationen. Es gibt ja auch in einem Demozug verschiedene Blöcke, wo man relativ schnell erkennt, ob man sich in dem Block befindet, der den eigenen Überzeugungen entspricht oder ob man in einem Block ist, der einem persönlich zu aktiv oder zu passiv ist. Wir sind auf jeden Fall solidarisch mit allen Aktionen, die zum G20-Protest stattfinden.

hlz: Eure Zielgruppe, wenn ich das richtig verstanden habe, sind also hauptsächlich Menschen aus den Bildungseinrichtungen, sprich, Studierende und, wenn es geht, natürlich Schüler_innen.

Fanny: Ja, aber auch Auszubildende oder Menschen in Weiterbildung.

Lou: Aber auch Leute, die



Foto: hlz

Jeder Mensch kann für sich selbst entscheiden, auf welche Art er oder sie demonstrieren möchte (Fanny, Auszubildende)

keine Chance auf Bildung haben.

Fanny: Genauso Lehrerinnen und Lehrer, die das gegenwärtige Bildungssystem kritisieren, also jeder Mensch, der ins Bildungssystem involviert ist oder was daran auszusetzen hat.

hlz: Wenn ihr jetzt die Schulpolitik in Hamburg kritisiert, wie steht ihr zur Debatte um G8/G9?

Lou: Auf jeden Fall interessiert uns das. Das sind Probleme, die haben wir auf unseren Treffen auch thematisiert. Viele im System von G8 scheinen überfordert: Die Lehrer_innen wissen gar nicht, wie sie den Stoff in so geringer Zeit vermitteln sollen, die Schüler_innen sind permanent im Stress. Ich war eine der ersten, die nach 12 Jahren Abitur machen musste. Ich spreche also aus Erfahrung, wenn ich sage: viele Themen blieben im Oberflächlichen stecken.

Fanny: Es ist wirklich schwierig. Ich habe das auch gemerkt.

Meine Schwester war noch G9, ich war G8. Meine Schwester konnte ein halbes Jahr oder ein Jahr ins Ausland, hat einen Schüler_innenaustausch gemacht. Ich habe mir nicht die Zeit dafür genommen, weil es halt einfach zu knapp war. Man hat es wirklich gemerkt. Häufig wurde einfach über die Themen drüber gewischt. Das ist dann dieses Bulimie-Lernen, bei dem man innerhalb kürzester Zeit alles in den Kopf kriegen muss, um es in der Klausur rauszulassen und es danach vergisst.

hlz: *Habt ihr noch andere inhaltliche Kritikpunkte?*

Fanny: Ja, diese ganzen Bewertungssysteme. Die Noten sagen am Ende doch viel weniger aus, als was sie in Hinblick auf Leistungsmessung vorgeben. Sie spiegeln einfach die Leistung nicht wider und auch nicht wirklich das Können. Viele Arbeitgeber wählen ja auch eher nach dem Typ aus, ob der Charakter passt, die Persönlichkeit. Das kann man nicht in Noten fassen und ich finde, das sollte auch nicht in Noten gefasst werden.

Lou: Dazu kommt natürlich

auch in Deutschland das mehrgliedrige Schulsystem, was es in dieser Form meiner Kenntnis nach nur bei uns und in der Schweiz gibt. Dies System ist mitverantwortlich dafür, dass Menschen sich als überlegen oder unterlegen fühlen. Damit beginnt die Spaltung der Gesellschaft. Wenn einem schon in der 4. Klasse gesagt wird: du darfst aufs Gymnasium, aber dein/e Tischnachbar_in nicht, der/die ist nicht gut genug dann sind die Weichen für den Rest des Lebens schon gestellt. Diese Trennung ist nicht nur zutiefst ungerecht, sondern macht für mich überhaupt keinen Sinn, wenn man eine Gesellschaft will, von der gesagt wird, dass zu ihren Grundlagen die Chancengleichheit gehört.

Fanny: Das Schlimme ist, dass es in der Grundschule schon anfängt. Da ist man gerade mal 10 und dann kriegt man eine Empfehlung, ob man aufs Gymnasium gehen sollte, auf die Realschule oder auf die Hauptschule. Das führt schon in der Grundschule zu diesem krassen Leistungsdruck, der traumatische Spuren hinterlässt, aber vor allem dieses Konkurrenz-

denken hervorbringt, was uns dazu bringt, nicht gemeinsam voranzuschreiten, sondern sich alleine einen Weg zu erkämpfen. Jeder weiß, dass es alleine sehr viel schwieriger ist. Ich erinnere mich tatsächlich noch daran, dass in der 3. Klasse schon Mitschüler_innen nach einer Klassenarbeit geweint haben, weil sie nur eine 2 hatten. Das führt zu diesen seelischen Schrammen, die man vielleicht sein ganzes Leben mitschleppt.

hlz: *Es betrifft also alle und trotzdem geht immer nur ein kleiner Teil auf die Straße. Wie kriegt ihr die noch Unentschlossenen mobilisiert?*

Lou: Grundsätzlich haben wir nicht die Kapazität alle anzusprechen, aber wenn wir angesprochen werden, sind wir natürlich offen gegenüber allen Anfragen. Wir freuen uns über alle neuen Ideen.

hlz: *Und wir freuen uns über euer Engagement und hoffen, dass ihr erfolgreich seid, sprich viele Leute auf die Straße bringt.*

Das Gespräch führten
JOACHIM GEFFERS und
WOLFGANG SVENSSON

TITEL: DIENSTVEREINBARUNG (DV) GANZTAG

Niemand braucht kalte Füße zu kriegen

Eine längst überfällige Regelung führt zu Spannungen in der Behörde, für die sie selbst die Verantwortung trägt

Der schulische Ganzttag wurde in Hamburg eingeführt, ohne wichtige übergreifende Fragen zu regeln. Lange Zeit war auch die Arbeitszeit der Lehrkräfte im Ganzttag nicht geregelt. Auf die-

sen Mangel sind wir als GEW sowohl von Beschäftigtenseite als auch von Leitungsseite immer wieder angesprochen worden. Wir haben stets darauf verwiesen, dass der GPR mit der BSB

in Verhandlungen steht. Diese Verhandlungen haben fast 10 Jahre gedauert. Nun haben wir endlich eine Dienstvereinbarung (DV) Ganzttag, die die Rahmenbedingungen für die Lehrkräfte-

Arbeitszeit regelt. Gemeinsame Rahmenbedingungen sollen garantieren, dass es angemessene Arbeitsbedingungen für alle Lehrkräfte an Hamburger Schulen gibt, ganz gleich an welcher Schule sie gerade arbeiten.

Es war also eine richtige Entscheidung der BSB, diesen Weg zu beschreiten und die Dienstvereinbarung zu unterschreiben. Das kann und darf gefeiert werden, auch wenn wir dies als Gewerkschaft gerne eher getan hätten. Bei den Beratungen hat die BSB an verschiedenen Stellen auch Leitungen hinzugezogen. Was in weiteren internen Absprachen dann stattgefunden hat, können wir als Gewerkschaft nicht beurteilen. Deutlich wurde aber bei der Bekanntgabe der DV, dass die BSB viel zu spät informiert hat. Obwohl der Gesamtpersonalrat (GPR) immer wieder deutlich gemacht hat, dass natürlich vor in Kraft treten (1.2.2017) der Dienstvereinbarung alle Seiten informiert werden sollten und bei Bedarf beraten werden sollte. Dies scheint nicht im ausreichenden Maße der Fall gewesen zu sein. Anders ist es nicht zu verstehen, wenn nun Schulleitungen eine schlechte Informationspolitik von Seiten der Behörde bemängeln. Selbst nach einer Informationsveranstaltung, zu der sich die Behörde aufgrund der Kritik veranlasst sah, waren viele Leitungen nach wie vor unzufrieden. Diese Kritik ist aus Sicht der GEW darauf zurückzuführen, dass sich in den letzten 10 Jahren – und an vielen Stellen bereits davor – eine Praxis entwickelt hat, die jetzt noch einmal geprüft und nötigenfalls überarbeitet werden muss. Ursache des Ganzen ist, dass die Behörde zu diesem Bereich bisher keine gesammelten Rahmenregelungen geschaffen hat.

Versäumnisse...

Durch die DV Ganztags wird tatsächlich zum ersten Mal systematisch die Struktur der Ar-

beitszeit für Lehrkräfte im Ganztags an den Hamburger Schulen in den Blick genommen. Von Behördenseite gab es dazu vorher nichts. In den vier Ganztags-Drucksachen von 2004, 2008, 2012 und 2016 kommt das Wort Arbeitszeit gar nicht vor. Dass mit der Entwicklung zum Ganztags aber eine Arbeitszeitregelung verknüpft ist, hätte man wissen müssen. Das „Handbuch Ganztagschule“ von 1998 geht auf die Regelung der Arbeitszeit mehrfach ausführlich ein (vgl. Stefan Appel 1998: Handbuch Ganztagschule). Im Bericht des Verbundprojekts der Bundesländer-Kommission (BLK) zum Ganztags wird das Thema 2006 deutlich benannt: „Die Arbeitszeiterwartungen der Lehrkräfte und des pädagogischen Personals müssen also bedacht bzw. neue Regelungen eingeführt werden.“ (Kolbe et al. 2006: BLK-Verbundprojekt Lernen für den Ganztags, S. 12)

Bei der Gestaltung des Ganztags in Hamburg hatte man – man hätte es besser wissen können – nur die Schüler_innen im Blick, nicht die berechtigten Interessen der Beschäftigten. Dabei hätte die BSB Regelungen zur Arbeitszeit der Lehrkräfte treffen müssen, wie sie im BLK-Bericht gefordert werden, weil sie zu den Rahmenbedingungen der selbstverantworteten Schule gehören. In der Drucksache „Schulreform in Hamburg“ (Drs. 18/3780) heißt es: „Die zuständige Behörde definiert den für die Schulen erforderlichen pädagogischen, finanziellen und personellen Handlungsrahmen und stellt eine bedarfs- und nachfrageorientierte Unterstützung sicher.“ (Ziffer I., Nr. 3, rechte Spalte).

Diese Vorgabe hat die Behörde ignoriert und Notwendiges unterlassen. Die Notwendigkeit, überhaupt eine DV Ganztags abschließen zu müssen, macht das Versäumnis der Behörde deutlich.

Versäumnisse – z. B. Rahmenregelungen zur Mittagspause

Eine Leerstelle bei den Rahmenregelungen für den Ganztags in Hamburg betrifft die Mittagspause. Sie ist völlig unbestimmt. Weder wird zwischen der Pause für Beschäftigte und Schüler_innen getrennt, noch gibt es Hinweise oder Vorgaben für die Länge der Mittagspause für Schüler_innen. In anderen Bundesländern oder in der Literatur gibt es dieses. Zum Vergleich:

- In Hessen schreibt die Ganztagsrichtlinie mindestens 45 Minuten vor, das Ganztagsprogramm spricht von einer 60-minütigen Pause für Schüler_innen.
- Der Ganztagsschulverband fordert mindestens 50-minütige Pausen. 60 Minuten werden im Material des Verbands als ideal dargestellt.

In der Literatur werden vier Modelle für Stundenraster des Ganztages dargestellt. Kein Modell beinhaltet 90-Minuten-Pausen. Das Achtstunden-Raster hat die längsten Pausen und wird als Sparmodell bezeichnet (vgl. Kolbe et al., S. 11). Es ist ein Sparmodell, weil durch 90-minütige Pausen, die allein aus der Mittagspausenressource finanziert werden, eine Stunde eingespart werden kann. Dadurch ist die Schule in der Lage, die Mittel u.a. an anderer Stelle zu verwenden.

Dies nutzen Schulen, um ihre Angebote reichhaltiger – zum Beispiel durch parallel liegende Ganztagsangebote oder eine zusätzlich angebotene Fremdsprache – zu gestalten. Dies kommt sicherlich den Wünschen von Eltern, Schülerinnen und Schülern entgegen.

An diesem Beispiel wird deutlich, dass das generelle Versäumnis darin besteht, die Schulen nicht mit den personellen Ressourcen auszustatten, die den Vorstellungen der Eltern, unseren professionellen pädagogi-

schen Anforderungen bzw. Standards und damit einer zeitgemäßen Ganztagschule genügen.

Die Behörde hat bei der Dienstzeitregelung an vielen Stellen auf Rahmenregelungen verzichtet. Anders formuliert: Sie nimmt die Aufgaben nicht wahr, die die Bürgerschaft ihr übertragen hat (siehe oben). Sie hat die Schulen allein gelassen! Dabei wurde darauf gesetzt, dass die selbst verwalteten Schulen (SVS) das schon irgendwie machen. Sie hat die Interessen der Kolleg_innen einfach ignoriert. Bei der Aufgabenfülle der Schulleitungen und dem gewollten Konkurrenzdruck unter den Schulen ist es verständlich, dass die Schulleitungen nicht alle Regelungen im Blick hatten – die Schulaufsichten hätten hier eingreifen müssen. Der Behörde war aber nur der Output der Schulen wichtig. Das muss sich ändern und dazu bildet die DV Ganztag einen wesentlichen Mosaikstein.

Wie ist der Stand?

Die Kritik aus den Reihen der Schulleitungen an der BSB hat dazu geführt, dass es Anzeichen dafür gibt, dass man behördlicherseits nun wieder zurück rudern will. Der Behauptung aus dem Amt für Bildung, die DV sei ohne substantielle Änderungen – sprich: Verwässerungen – nicht umsetzbar, steht nach einem halben Jahr nach unserer Kenntnis folgende Realität gegenüber:

- An den Grundschulen ist die DV ohne größere Veränderung der pädagogischen Konzepte umsetzbar. Diese Aussage haben Schulleitungen getroffen.
- Der Faktor 1,3 für den Ganztageinsatz wird an den allermeisten Schulen angewandt.
- Lückenkunden und Höchststundenzahl: Die Mehrzahl der Schulen hat in den meisten Fällen Probleme durch Planänderungen schon zum Halbjahreswechsel beseitigen können. In den übrigen Fällen wurden

Einzelvereinbarungen getroffen.

- Die Konferenzplanung für 2017/18 liegt an den meisten Schulen den Vorgaben entsprechend vor. Durch Parallelplanungen und Einzelfallregelungen kann auch bei Zeugniskonferenzen gewährleistet werden, dass sie bis 16 Uhr, in Einzelfällen spätestens um 18 Uhr beendet sind.
- Noch nicht gelöste Probleme gibt es in wenigen Einzelfällen bei der Vereinbarung über das Pendeln und die Aufsichtsführung.

Den Teilen der Behörde oder auch Schulleitungen, die mit einer Kündigung der gerade abgeschlossenen DV liebäugeln, sei zu bedenken gegeben, dass eine Dienstvereinbarung so lange nachwirkt, bis eine neue ausgehandelt und unterschrieben wird. Aus gewerkschaftlicher Sicht sollte die Behörde an ihrem eingeschlagenen Weg festhalten und ihrer Verpflichtung, Rahmenregelungen für gute Arbeitsbedingungen der Beschäftigten festzulegen, nachkommen. Der GPR hat sich auf Wunsch der Behörde in den letzten Wochen bereit erklärt, in Gesprächen mit Schulleitungen der jeweiligen Schulformen zur Klärung von Fragen der Umsetzung der DV beizutragen. Dies bildet aber keinen Auftakt zu neuen Verhandlungen, sondern gehört zum vertrauensvollen Umgang zwischen Dienststelle und Personalrat. Der GPR und auch die GEW sprechen sich für eine breite Anwendung der DV- Ganztag aus, auch an den Gymnasien besonderer Prägung.

Was könnt ihr an den Schulen tun, um die Umsetzung der DV zu befördern?

Nehmt gemeinsam die Umsetzung des Ganztags in den Blick und prüft, ob eure Interessen gut berücksichtigt sind oder an welchen Stellen Veränderungen von Nöten sind. Im Einzelnen:

- Die GEW-Betriebsgruppe kann den schulischen Ganztag diskutieren und Konferenzen vorbereiten.
- Die GEW-Vertrauensleute können die Meinungen zur DV Ganztag sammeln und an die GEW weitergeben. Die bisher nicht geäußerte Zustimmung wird von Teilen der BSB und von Schulleitungen als Ablehnung bewertet.
- In der Lehrer_innenkonferenz kann ein Antrag an die Schulkonferenz zur Veränderung bzw. Anpassung der schulischen Konzepte gestellt werden.
- Die Regelungen an den Schulen zum Ganztag gehören zu den „Grundsätzen der Erziehung, Betreuung und Beratung an der Schule“ (§ 57 HmbSG) und fallen damit in die Zuständigkeit der Lehrer_innenkonferenz. Die Konferenz kann also den Ganztag beschäftigtenfreundlich gestalten.
- Pausenmodelle können mit unterschiedlichem Fokus betrachtet werden. Die Pausen für Schüler_innen müssen nicht gleichzeitig auch Pausen für Beschäftigte sein. Diskussionen über Pausen und Pausenlängen helfen die Situation zu klären.
- Als Kollegium können die Lehrkräfte auf der Einhaltung der DV bestehen.

Als GEW werden wir noch vor den Ferien auf unserer Homepage, deren Zugang zu diesem Thema nur den Mitgliedern offen steht, die am häufigsten gestellten Fragen von Kolleginnen und Kollegen und von Schulleitungen in Form einer „FAQ“-Liste beantworten. Wir beraten euch gern und sind für Hinweise aus den Kollegien offen.

ANJA BENSINGER-STOLZE,
FREDRIK DEHNERDT,
SVEN QUIRING

Schweigegebäude brechen

Die richtige Maßgabe für politisches Handeln, dass man Ungleiches ungleich behandeln sollte, wenn man an einem sozialen Ausgleich interessiert ist, bedeutet nicht, dass dies auf Kosten jener Systeme gehen muss, die nachweislich bereits überlastet sind

Wenn in diesen Tagen von Zuspitzungen, nicht nur auf Gipfeltreffen, die Rede ist, so darf nicht unerwähnt bleiben, dass der Senator die 23 Schulen in schwierigen sozialen Lagen, die aufgrund des Drucks ihrer Schulleitungen und Kollegien vor drei Jahren mit Sondermitteln ausgestattet wurden, nun erneut mit zusätzlichen Ressourcen segnen will. Das ist von der Sache her natürlich großartig! Als Gipfel der Unverfrorenheit empfinde ich es allerdings, wenn diese Mittel aus dem Budget der übrigen Stadtteilschulen geschnitten werden. Dies hieße ja, dass dort die Mittel nicht so dringend gebraucht werden.

Um nicht missverstanden zu werden: Natürlich muss man Schulen in schwierigen Lagen sachlich und personell besser ausstatten. Aber es kann nicht sein, dass man zugesagte Mittel, mit denen die selbstverwalteten Schulen natürlich planen müssen, plötzlich verringert. Dies geht aus Prinzip nicht, ist aber vor allem eine Zumutung für alle davon betroffenen Kolleg_innen. Mehrarbeit durch eine Hintertür!

Ein etwas anders gelagertes, strukturell aber ähnliches Problem ist mit dem Umstand verbunden, dass, wie Bürgermeister Scholz auf unserem Gewerkschaftstag nicht ohne Stolz bemerkte, die Stadtteilschulen mittlerweile über eine 40 prozentige höhere Personalausstattung gegenüber den Gymnasien verfügen. Das ist vor dem Hintergrund unseres Chancenungleichheit produzierenden Sy-

stems der zwei Säulen sicherlich eine gute und weise Entscheidung. Ungleiches muss ungleich behandelt werden, wenn man das Ziel, soziale Unterschiede zu verringern, nicht gänzlich aus dem Auge verlieren will.

Olaf Scholz ließ in diesem Zusammenhang noch die Bemerkung fallen, dass er diese Information gar nicht so gerne

Gipfel der Unverfrorenheit ist es, wenn diese Mittel aus dem Budget der übrigen Stadtteilschulen geschnitten werden

in die Öffentlichkeit trägt. Unabhängig davon, dass sich eine solche Wendung in jedem Baukasten für rhetorische Schulung wiederfindet; mit ihr wird den Zuhörenden suggeriert, sie wären etwas Besonderes, weil sie solch ein ‚Geheimnis‘ mit dem/der Vortragenden teilen. Es ist ja tatsächlich zu fragen, wieso von interessierter Seite nicht längst ein Aufschrei erfolgt ist.

Mit ‚interessierter Seite‘ meine ich zunächst die CDU, aber auch die FDP-Abgeordneten in der Bürgerschaft, die hier – auf jeden Fall vordergründig – ihre gymnasiale Klientel verraten. Und dann sind da noch die Scheuerl-Leute und jene, die mit ihm vor gar nicht langer Zeit ein Zurück zum G9 am Gymnasium forderten. Es wäre naiv zu glauben, die hätten von dieser Ungleichverteilung der Mittel keine

Kenntnis.

Die Auflösung dieses Rätsels kann nur sein: Man hält die Füße still, um sich auf diese Weise jene vom Hals zu halten, von denen man meint, dass es nicht zumutbar ist, die eigenen Kinder mit ihnen lernen zu lassen: die vermeintlich weniger begabte Hälfte der Schüler_innenschaft. Dieses Privileg lässt man sich eben etwas kosten.

Aber alles hat seinen Preis! Dieses klandestine Festhalten an einer Struktur, die systemisch die sozialen Ungleichgewichte verstärkt, ist nicht nur Ressourcen bezogen ein Fass ohne Boden, sondern wird früher oder später sich als politischer Protest entladen.

Zunächst einmal geht dies auf Kosten der Kolleg_innen an den Gymnasien. Der Umgang mit der ohnehin nicht einfacher gewordenen sozialen Mischung bei einer Übergangsquote von 54 Prozent eines Jahrgangs an den Gymnasien führt zu einer permanenten Überlastung, weil mit den übergroßen Klassen und Kursen nicht nur die unterrichtliche Situation erschwert wird, sondern vor allem der Korrekturaufwand.

Wenn also weder von politisch-konservativer Seite noch von den Eltern zu erwarten ist, dass dieses Ungleichgewicht infrage gestellt wird, weil man denkt, damit Privilegien aufs Spiel zu setzen, so sollten die Kollg_innen an den Gymnasien sich nicht an ein solches Schweigegebäude gebunden fühlen.

JOACHIM GEFFERS

**Eure Interessen sind
unsere Themen**



Gesundheitsförderung in den Kitas.

Anerkennung der gesunden KollegInnen oder Bestrafung der Kranken durch eine Anwesenheitsprämie

Bei den Hamburger Kitaträgern gibt es einen hohen Krankenstand. Die Arbeits- und Lebensbedingungen wirken sich häufig auf den Gesundheitszustand aus. Die Krankenquote hat oft auch soziale Gründe, z. B. Armut. In den Kitas arbeiten bis zu 95 Prozent Frauen. Frauen müssen sieben Jahre länger arbeiten als früher und das zehrt bei der Doppelbelastung an der Gesundheit. Viele Kolleg_innen müssen früher in Rente gehen, weil sie schwerkrank sind und das führt zu noch niedrigeren Renten.

Jetzt ist bei den Elbkindern eine Anwesenheitsprämie für gesunde Kolleg_innen ins Spiel gebracht worden. Die **Offene Liste** hat zu der Prämie etliche Rückmeldungen erhalten. Das Thema bewegt die Beschäftigten und die Meinungen sind geteilt. Besonders in dieser Frage ist es schwierig, eine Vereinbarung zum Wohle aller Kolleg_innen auszuhandeln.

Solche Vorhaben der Arbeitgeber betreffen die sogenannte Ordnung eines Betriebes und sind deshalb gemäß § 87 (1) Nr. 1 Betriebsverfassungsgesetz mitbestimmungspflichtig. Das bedeutet der Arbeitgeber und der Betriebsrat verhandeln über die Ausgestaltung des Vorhabens.

Keine Differenzierung in der Bewertung einer Arbeitsunfähigkeit.

Können in so einem Prozess tatsächlich alle Krankheitsursachen gleich bewertet werden oder müsste es nicht Differenzierungen geben, wie z. B. bei Arbeitsunfällen? Immer wieder passiert es, dass Kolleg_innen sich im Betrieb anstecken. Das kann doch nicht als eigenes Verschulden gewertet werden!

Wird eine ständige Konfliktkommission im Betrieb nötig?

Die Anwesenheitsprämie soll offenbar aufgesplittet werden in einen persönlichen Teil, den jede Beschäftigte erhält, die keine Fehltage aufzuweisen hat und einen anderen Teil, der an die Kita geht, wenn diese die Krankenquote um 1% senkt. Eine solche Regelung birgt die Gefahr, dass Kolleg_innen sich unter Druck gesetzt fühlen oder werden oder vermehrt krank zur Arbeit erscheinen. Daraus könnten Konflikte entstehen, die das Betriebsklima belasten. Notwendig wäre aus diesem Grund eine ständige Konfliktkommission, die wiederum Kosten verursacht.

Entlastung der gesunden Kolleg_innen durch mehr Personal

Die Mitglieder **Der Offenen Liste** sind der Meinung, dass der angekündigte höhere Personalschlüssel in der Krippe ein Schritt in die richtige Richtung ist. Bevor jetzt Ad hoc irgendwelche Prämien ausgeschüttet werden, sollte erstmal untersucht werden, ob es längerfristig durch die Verbesserung des Personalschlüssels dazu kommt, dass mehr Kolleg_innen gesund bleiben.

Gesundheitsfürsorge ist eine der gesetzlichen Pflichten der Arbeitgeber, deshalb ist es zusätzlich notwendig, ein umfassendes Konzept mit einem bunten Katalog von unterschiedlichsten Maßnahmen zu erarbeiten. Den Fokus auf die Anwesenheitsprämie zu richten, ist zu kurz gegriffen. Wenn so viel Geld zur Verfügung steht, könnte auch an übertarifliche Zulagen gedacht werden, um die Arbeitsleistung zu würdigen. Diese Zulagen könnten die Kolleg_innen für individuelle Aktivitäten in der Freizeit zur Gesunderhaltung verwenden.



Kein Grund zum Jubeln

Wie der Senat den Fachkräftemangel bei den Kitas beheben will

Anfang Juni stellte Schulsenator Rabe, diesmal assistiert von Sozialsenatorin Leonhard, den Medien seine Lösung für den Fachkräftemangel in Hamburger Kitas vor.

Danach will der Senat ab 2018 jährlich zum 1.1. je 500 zusätzliche Fachkräfte einstellen, so dass dann 2021 zweitausend zusätzliche Fachkräfte in Hamburger Kitas für die Krippenkindbetreuung arbeiten.

Sehen wir einmal großzügig darüber hinweg, dass die Fachschulabsolvent_innen am 31.1. und 31.7. eines Jahres ihre Ausbildung beenden und nicht 31.12., so zeigt die Auflistung der Maßnahmen, dass aus dem vorgestellten Maßnahmenkatalog frühestens ab 01.08.2019 bereits jetzt ausgebildete sozialpädagogische Assistent_innen, die in die verkürzte zweijährige Erzieher_innenausbildung wechseln, als Erzieher_in dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen könnten. (D.h.: Sie würden jetzt aber dem Arbeitsmarkt vorenthalten!)

Leicht erhöht sich die Zahl durch Fachabsolvent_innen der beruflichen Gymnasien mit der Fachrichtung Pädagogik & Psychologie oder der Fachoberschule mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik. Diese dürfen nun sofort in die verkürzte, zwei Jahre umfassende Erzieher_innenausbildung wechseln.

Mal abgesehen von der Frage, ob diese Fachkräfte tatsächlich in der Krippenkindbetreuung arbeiten werden, erscheinen sie doch frühestens am 01.08.2019.

Eine weitere Maßnahme würde frühestens zum 01.02.2020 die Fachkräftezahl erhöhen. Das wären diejenigen, die mit dem

erweiterten ESA (erster allgemeinbildender Schulabschluss; früher Hauptschulabschluss plus bestandener Prüfung nach der 10. Klasse) nach einem Probehalbjahr die zweijährige Sozialpädagogische Assistent_innenausbildung durchlaufen hätten. Ob diese Fachkräfte dann möglicherweise noch die Erzieher_innenausbildung dranhängen, kann heute niemand vorhersehen.

Wegen des jetzt nur noch vier Monate lang zu durchlaufenden Sozialpraktikums können Abiturient_innen oder Menschen mit Fachhochschulreife frühestens zum 01.02.2018 in die dreijährige Erzieher_innenausbildung eintreten und wären dann am 31.01.2021 ausgebildete Fachkräfte.

Maßnahmen als Lösung anzubieten, die frühestens am 01. August 2019 bzw. am 01. Februar 2020 und am 01. Februar 2021 greifen, ist purer Populismus.

Woher also kommen die angekündigten zusätzlichen 500 Fachkräfte im Januar 2018 und weitere 500 im Januar 2019? Darauf hat auch Graf Zahl keine zufriedenstellende Antwort.

Seit 2011, so Senator Rabe in der Pressemitteilung, konnte die Zahl der Fachschulabsolvent_innen auf jährlich 1.500 Personen gesteigert werden. Wie sich zeigt: schon damals nicht genug.

Entscheidend für die Personalgewinnung ist die Attraktivität des Berufs. Im Streit um die Übernahme der Tarifabschlüsse hat erst nach einundeinhalb Jahren eine Annäherung stattgefunden. Die erzielbaren Einkommen der pädagogischen Fachkräfte entsprechen trotz Tarifsteigerungen der letzten Jahre immer

noch nicht den Anforderungen und Belastungen, die der Erzieher_inenalltag mit sich bringt. Eine der Arbeit angemessene Bezahlung ist die beste Möglichkeit, Fachkräftemangel zu verhindern.

Hamburg hatte schon 2012 die Anzahl der Krippenplätze gesteigert und 2013 das Krippenplatzausbauprogramm umgesetzt, aber die Fachkräftegewinnung nicht ausreichend angehoben. 2013 durch eine bundesweite Studie und 2014 in einer nur in Hamburg durchgeführten wissenschaftlichen Untersuchung wurde dem Senat attestiert, dass die Ausfallquote beim Hamburger Kitapersonal bei ca. 18 Prozent liegt. Weitere ca. 7,5 Prozent fehlen, um die notwendigen und durch Landesrahmenvertrag vorgeschriebenen Arbeiten in den Kitas, die so genannte mittelbare pädagogische Arbeit, durchzuführen.

Die Erhöhung des Fachkraft-Kind-Schlüssels war nach heftigen Auseinandersetzungen mit den Verbänden und der Initiative Kita-Netzwerk, in der Kita-Beschäftigte, die Gewerkschaften GEW und ver.di und der Landeselternausschuss vertreten sind, im Dezember 2014 kurz vor der anstehenden Bürgerschaftswahl mit den Verbänden und dem LEA vereinbart und durch die Bürgerschaft beschlossen worden. Aufwachsend zu 1:4 zum Start 01. August 2019 für Krippenkinde war unter anderem als Kompromiss herausgekommen. Fachwissenschaftler_innen halten dagegen einen Schlüssel von 1:3 für 0-3 jährige Kinder und 1:7,5 für 3-6 jährige Kinder für erforderlich. Verbesserungen für die Elementarkinder waren

in die entfernte Zukunft verlegt worden.

Wieso bitten nun die Kita-Verbände den Senat, diese Vereinbarung zeitlich zu strecken? Die Verbände sehen sich nicht in der Lage, genügend Fachkräfte einzustellen, weil es sie schlicht nicht gibt. Die Anzahl der Kinder dem vorhandenen Personal nach unten anzupassen, wäre die einzige Möglichkeit gewesen. Der Landesrahmenvertrag Kindertagesbetreuung verpflichtet die Träger zur Einhaltung des vorgegebenen Personalschlüssels. Auf der anderen Seite sehen die Verbände sehr wohl die zunehmende Belastung, der sich die Kita-Beschäftigten unterwerfen und brauchen die Verbesserung des Fachkräfteschlüssels.

Mit der jetzt gefundenen Lösung ist zumindest erreicht, dass nicht erst ab 01. August 2019, sondern nun schon ab 01.01.2018 der erste weitere Schritt zur Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels erfolgt. Auch der zweite Schritt ist mit Beginn 01.01.2019 um acht Monate nach vorne geholt worden.

Aus gewerkschaftlicher Sicht begrüßen wir die mit der Vorverlagerung geschaffene Möglichkeit für die Kita-Träger, den einen oder anderen Arbeitsvertrag nun früher zu entfristen und die eine oder andere Teilzeitstelle mit mehr Wochenstunden zu versehen.

Somit gibt es zum 01. Januar 2018 sicherlich nicht mehr Personal in den Kindertagesstätten, aber möglicherweise mehr Personalwochenstunden, die den Krippenkindern zugutekommen und für die Kolleg_innen eine kleine Entlastung bringt.

Nicht genug und wie immer: längst überfällig!

Waren es strategische Überlegungen des Senats, dem 2014 die Verbesserung des Erzieher-Kind-Schlüssels abgerungen wurde, darauf zu hoffen, dass

der schon damals beginnende Fachkräftemangel zu einer Unterversorgung führe, die die Umsetzung unmöglich macht?

Warum hat der Senat nicht schon damals mit Abschluss der 2014er Eckpunktevereinbarung mit den Verbänden die Fachkraftausbildungsgänge verstärkt?

Jetzt stellte der Senat mit Schrecken fest, dass der 01. August 2019 nur knapp 7 Monate vor der nächsten Bürgerschaftswahl liegt. Um nicht sieben Monate lang erklären zu müssen, dass der Senat nichts getan hat, um dem Fachkräftemangel zu begegnen, scheint der Senat sich jetzt dieser Problematik angenommen zu haben.

Ist damit der Kita-Frieden hergestellt?

Nein, so die schlichte Antwort. Die Masse der Kita-Kinder macht nicht die gewachsene Zahl der Krippenkinder aus, sondern Kinder im Alter zwischen 3 und 6 Jahren, die eine Kita besuchen.

Der Ende 2014 vereinbarte Kompromiss benannte auch Maßnahmen für den Elementarbereich, die aber erst nach Umsetzung des 1:4 Krippenschlüssels beginnen sollen.

Ein Kompromiss, der den Abbau der täglich zu erfahrenden Belastungen der Kolleg_innen im Elementarbereich in weite Ferne schob und auch heute drei Jahre später immer noch für Unfrieden sorgt. Erst im Jahr 2020 damit anzufangen, den Personalschlüssel in fünf Schritten bis 2025 auf 1:10 im Elementarbereich abzubauen, legt für zwei Generationen von Elementarkindern und die sie betreuenden Fachkräfte fest, dass sie noch weitere drei Jahre auf nennenswerte Verbesserungen warten müssen.

Es lohnt, noch mal einen Blick in die Bürgerschaftsdrucksache Nr. 20/13947 aus der letzten Wahlperiode zu werfen. Die Drucksache hält zusätzlich fest, dass mittel- bis langfristig auch

ein entsprechender Anteil für mittelbare pädagogische Aufgaben und Ausfallzeiten berücksichtigt werden muss. Aber auch diese Formulierung wurde ohne die Beschäftigten und ohne die Gewerkschaften getroffen. Seit 2014 steht wissenschaftlich belegt fest, dass ca. 18 Prozent Personalausfall in den Kitas vorherrschen und ca. 7,5 Prozent Personalanteil für mittelbare Pädagogik fehlt.

Folgerichtig hat das unter Beteiligung der zuständigen Gewerkschaften 2013 gebildete Kita-Netzwerk Hamburg die Forderung nach 25 Prozent mehr Personal erhoben. Es geht dabei nicht um mehr Personal wegen des Mehrs an Kindern, sondern darum, mindestens den zurzeit geltenden Fachkräfteschlüssel vollumfänglich ohne Ausfall zustande kommen zu lassen.

Das Kita-Netzwerk trifft sich nun monatlich, um noch in diesem Jahr eine Volksinitiative für den Ausgleich von Personalausfall und Zeiten für mittelbare Pädagogik ins Leben zu rufen.

Diese Forderung nach 25 Prozent mehr Personal richtet sich an den Senat und an die zuständige Sozialsenatorin. Wir sind gespannt, ob sich die Senatorin ihrer Verantwortung auch für die Elementarkinderbetreuung stellt oder – wie jetzt im Krippenbereich – erst kurz vor der übernächsten Bürgerschaftswahl 2025 bemerkt, dass noch ein Versprechen einzulösen ist.

JENS KASTNER, Sprecher der Fachgruppe Kinder- und Jugendhilfe



Reiche Stadt, arme Inklusion

Hamburg ist eine reiche Stadt auf einem reichen Kontinent. Doch anstatt diese Situation für das Allgemeinwohl zu nutzen, ist vom jeweiligen Hamburger Senat eine Politik der Umverteilung von Unten nach Oben verfolgt worden

Hamburg ist eine gesplante Stadt. Der Anteil der Menschen, die arm sind, hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Hinzu kommt, dass sich Armut und Reichtum nicht gleichmäßig übers Stadtgebiet verteilen, sondern sich mehr oder weniger konzentriert in Quartieren oder städtischen Regionen finden, die immer stärker gegeneinander abgeschottet sind. Neben Stadtteilen, in denen kaum Kinder aufwachsen, gibt es Stadtteile, in denen sich die Zahl der Kinder, Armut und Sozialhilfebezug, schlechte Wohnverhältnisse, Arbeitslosigkeit und Haushalte mit Migrationshintergrund konzentrieren.

Die Unterschiede zwischen den Stadtteilen schlagen sich auch in der sozialen Zusammensetzung der Schülerschaft an den Schulen nieder. Wie stark das soziale Gefälle zwischen soziodemographisch „gut situierten“ und „benachteiligten“ Einzugsgebieten innerhalb Hamburgs ist, spiegeln bereits die Daten der „Hamburger Stadtteil-Profil 2013“ wie auch der Bildungsbericht Hamburg 2014 wider. Es zeigt sich der hohe Einfluss der soziodemographischen Merkmale des Stadtteils, in dem die Schüler_innen wohnen und ein enger Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulerfolg. Die wachsende soziale Ungleichheit in Hamburg zeigt sich besonders im Schulsystem: So hängt die Höhe des sonderpädagogischen Förderbedarfs im Bereich Lernen, Sprache und sozial-emotionale Entwicklung (LSE) in den vierten Klassen im

Schuljahr 2016/17 stark von der sozialräumlichen Lage ab: Die LSE-Förderquote ist in Stadtteilen in schwieriger sozialer Lage am höchsten, in Stadtteilen mit sozial stabilem Umfeld aber nur minimal. In Billstedt und Wil-



helmsburg liegen die Bedarfsermittlungen bei 11,5 bzw. 11,9 Prozent - und sind damit viermal höher als etwa in Eimsbüttel (3,0 Prozent) oder Altona (2,8 Prozent). An den Grundschulen und Grundschulabteilungen sind die Unterschiede beim »Förderschwerpunkt Lernen« besonders groß: Dieser ist unter den Viertklässler_innen an Schulen mit dem ungünstigsten Sozialindex (1) mit einer Quote von 7,9 Prozent fast 20mal höher als an Schulen mit dem günstigsten Sozialindex (6).

Immer mehr Kinder und Jugendliche wachsen unter veränderten Lebenssituationen heran: jedes vierte Kind in Hamburg lebt in einer Einelternfamilie, in der Alleinerziehende – in Hamburg ein Anteil von über 90% Frauen (42.000 von insgesamt 45.000) im Jahr 2011 – für die Organisation des Familienalltags, die Kinderbetreuung und die Existenzsicherung allein

verantwortlich sind. Alleinerziehende Frauen und ihre Kinder unterliegen einem erhöhten Armutsrisiko. Hinzu kommt, dass vorrangig Frauen trotz hochwertiger beruflicher Qualifikationen von Altersarmut betroffen sind.

Bildung ist ein komplexer, individueller, sozialer und gesellschaftlich eingebundener Prozess. Sie bedeutet Entwicklung der Persönlichkeit, der Eigenheit, der Identität. Bildung hat nicht nur die Aufgabe, den Menschen das sich ständig und rapide anwachsende Wissen zu vermitteln. Sie muss besonders für Orientierung des Einzelnen in der Fülle der Informationen sorgen. Durch Bildung eröffnet sich der Einzelne Zugangschancen zu Arbeit und Beruf. Als gesellschaftliches Gut bedeutet Bildung Gestaltung, nicht nur Gestaltung des eigenen Lebens, sondern auch Gestaltung der Umwelt und Gesellschaft. So ist Bildung vor allem auch eine „soziale Frage“. Doch keine noch so engagierte Bildungseinrichtung kann die sozial-räumliche Herkunft kompensieren.

In Deutschland hängt der Bildungserfolg in hohem Maße von der sozialen Herkunft der Menschen ab. Diese Tatsache belegt, dass unser Bildungssystem nicht das leistet, was seine vornehmste und verfassungsrechtlich gebotene Aufgabe in einer demokratischen und auf Teilhabe angewiesenen Gesellschaft ist: mit seinen Mitteln Chancengleichheit zu reduzieren.

Die staatliche Aufgabe, das Recht auf Bildung für alle zu garantieren, gerät in immer schär-

feren Widerspruch zu dominanten neoliberalen Wirtschaftszielen. Staatlichen Bildungseinrichtungen droht die Privatisierung bzw. die Unterwerfung unter privatwirtschaftlich organisierte Steuerung. So wird die materielle und personelle Basis (Gebäude und Flächen, Technik, Verwaltung, Bewirtschaftung, Personal etc.) zunehmend unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet oder sogar in private Hand gegeben

Das Bildungswesen in Hamburg ist durch eine deutliche Unterfinanzierung gekennzeichnet. Verstärkt wird das durch die Schuldenbremse, wegen der die aktuelle Regierung nur noch jährliche Kostensteigerungen von 0,45 Prozent zulassen will. Das wird allein durch die Inflation übertroffen, von Tarifsteigerungen gar nicht zu reden. Diese finanzpolitische Vorgabe wird zur Verschlechterung des Bildungsangebots, zu Personalabbau, zunehmender Arbeitsbelastung, Ausweitung der prekären Arbeitsverhältnisse und Tarifflucht führen und hat das bereits getan. Vor diesem Hintergrund ist Hamburg mit dem Ausbau von guten Ganztagschulen und der Umsetzung der Inklusion weiterhin finanziell komplett überfordert.

Die Entwicklung und Umsetzung schulischer Inklusion ist eine der bedeutsamsten bildungspolitischen Aufgaben unserer Zeit. Die qualitative Entwicklung einer inklusiven Unterrichts- und Schulkultur ist aber auch auf eine ausreichende personelle und räumliche Ausstattung angewiesen.

Obwohl die SPD in ihrem Regierungsprogramm von 2011 die Ausweitung der integrativen Regelklassen und Integrationsklassen versprochen hatte, wurden beide ab 2012 durch die Bürgerschaftsdrucksache 20/3641 schrittweise abgeschafft. Damit wurden die Bedingungen einer inklusiven Bildung massiv

verschlechtert. Eltern, Gewerkschaften und Verbände kritisieren seit Jahren offensiv und öffentlich die finanzielle Unterfinanzierung der schulischen Inklusion.

Das gemeinsame Lernen in Vielfalt und die Entwicklung einer inklusiven Lern- und Schulkultur ist eine Bereicherung für alle Kinder, wenn die Schulen so ausgestattet werden, dass sie diese anspruchsvolle Aufgabe leisten können.

Die Volksinitiative „Gute Inklusion“ bietet die Chance, die

*Die staatliche Aufgabe,
das Recht auf Bildung
für alle zu garantieren,
gerät in immer schärferen
Widerspruch zu
dominanten neoliberalen
Wirtschaftszielen*

notwendigen personellen und räumlichen Verbesserungen im Bereich der schulischen Inklusion durchzusetzen.

Das Ziel der Initiative, die aus engagierten Eltern, Pädagog_innen und Schüler_innen besteht, ist, die personelle und räumliche Ausstattung der schulischen Inklusion zu verbessern, damit alle Schüler_innen mit und ohne Förderbedarf ihre Potenziale im gemeinsamen Lernen entfalten können.

So ist seit 2012 z.B. die Personalressource für Schüler_innen mit speziellem Förderbedarf im

Vergleich zu den abgeschafften Integrationsklassen um ein Drittel gekürzt worden. Hatte die Bürgerschaft 2012 noch mindestens drei Unterrichtswochenstunden pro Schüler_in mit den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache und emotionale-soziale Entwicklung (LSE) als notwendig erachtet, werden im jetzigen Jahrgang 5 weniger als zwei Unterrichtsstunden pro Schüler_in mit Förderschwerpunkt LSE zugewiesen.

Die Forderungen der Volksinitiative beziehen sich weitgehend auf den Standard, der bereits einmal bestanden hatte. Wenn sie erfüllt werden, ist die Personalzuweisung

- für Schüler_innen mit einem speziellen Förderbedarf nicht höher als in den ehemaligen Integrationsklassen,

- mit Förderbedarf LSE so hoch, wie die Bürgerschaft es 2012 beschlossen hat,

- mit speziellem Förderbedarf in Bezug auf Therapie- und Pflegestunden nicht höher als an den speziellen Sonderschulen.

Eine gute inklusive Schule ermutigt die Kinder, stärkt ihr Selbstvertrauen und Selbstwertgefühl. Sie löst das individuelle Recht auf Teilhabe und hochwertige Bildung ein. Sie ist ein wichtiger Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit, Chancengleichheit und Toleranz in unserer Gesellschaft.

Sie ist ein lohnenswertes Ziel für alle Hamburger Kinder.

SVEN QUIRING
2. stellv. Vorsitzender

Öffentliche Anhörung der Volksinitiative "Gute Inklusion an Hamburger Schulen"

11.07.2017 17:00 Uhr
Sitzung des Schulausschusses

**Ort: Patriotische Gesellschaft, Reimarus-Saal,
Trostrücke 4-6, 20457 Hamburg**

Minutengenau vertaktet

Kommt sie oder kommt sie nicht – eine Neuregelung der Dienstzeit für das pädagogische und therapeutische Fachpersonal?

In Hamburg arbeiten aktuell über 2000 Erzieher_innen, Therapeut_innen, sozialpädagogische Assistent_innen und Sozialpädagog_innen an allen Schulformen und in unterschiedlichen Einsatzbereichen wie z.B. dem Ganztag, der Inklusion, Beratung, in der Ergo- und Physiotherapie.

Es ist dabei inzwischen fast die Regel, dass Kolleg_innen in mehreren Tätigkeitsfeldern eingesetzt werden. Während die aktuell geltende Dienstzeitregelung anerkennt, dass unterschiedliche Aufgabenfelder unterschiedliche Zeitannteile, beispielsweise zur Vor- und Nachbereitung, benötigen, plant die Schulbehörde, genau diese Unterschiede aufzuheben.

Die Schulbehörde arbeitet seit 2015 an einer neuen Dienstzeitregelung für die unter dem Label PTF zusammengefassten Berufs-

gruppen. Die Dienstzeitregelung gibt einen wichtigen formalen Rahmen vor, der die fachliche Arbeit der Kolleginnen und Kollegen an den Schulen entscheidend beeinflusst.

Seit 2016 gibt es einen Entwurf der Schulbehörde mit konkreten Überlegungen, die bisher einsatz- und berufsspezifisch getrennten Regelungen zur Dienstzeit zu vereinheitlichen, damit die Schulleitungen sie besser handhaben können. Diese Pläne wurden den Beschäftigten auf einer von GEW und ver.di organisierten Fachtagung im Juli 2016 erstmals zur Kenntnis gebracht. Mit der Aufteilung der Arbeitszeit in B- Zeiten (für Bedarfszeit: Bildung, Beratung, Betreuung, Begleitung, Behandlung), K- Zeiten (für Kooperation, Koordination, Kommunikation) und V/N-Zeiten (Vor- und Nachbereitung) erinnert der

Entwurf sehr an die Regelungen der Lehrerarbeitszeitverordnung. Die Beziehungsarbeit der Kolleg_innen soll dabei minutengenau vertaktet werden. Freiräume für pädagogisches Arbeiten wird es nicht mehr geben. Nach einer ausgiebigen Diskussion dieses Entwurfs formulierten die auf dem Fachtag anwesenden Vertreter_innen der unterschiedlichen Berufsgruppen eine gemeinsame Stellungnahme. Sie wurde den Entscheidungsträgern in der Schulbehörde zugeleitet und umfasst im Wesentlichen folgende Positionierung:

1. Die Gestaltung einer für uns und die uns anvertrauten Kinder und Jugendlichen guten Dienstzeitregelung erfordert Fachkompetenz. Daher fordern wir eine qualifizierte Fachaufsicht und nach Einsatzgebieten differenzierte Stellenbeschreibungen als Grundlage für die Erstellung



Wollen weder zu Lückenbüßern noch zu Pausenclowns degradiert werden: Ingrid Thiele und Birgit Dann überreichen Landesschulrat Thorsten Altenburg-Hack als Schlusspunkt einer Demo mit 200 Betroffenen 1000 Unterschriften mit der Botschaft: "Achtet auf unsere Fachlichkeit!"

Foto: Fachgruppe PTF

einer unseren Tätigkeiten angemessenen Dienstzeitregelung

2. Die verplanbare Zeit muss auf maximal 25 Unterrichtsstunden gedeckelt werden

3. Notwendig sind in jedem Fall dem Bedarf angemessene Zeitfenster für selbstorganisiertes Arbeiten, differenziert nach Einsatzbereichen

4. Es darf keine allgemein geregelte Ausdehnung der allgemein möglichen täglichen Arbeitszeit auf 7-17:00 Uhr geben. Abweichungen von der bisherigen Regelung, die im dienstlichen Interesse notwendig sind, sollten stattdessen von Schulleitungen begründet werden und unter Beachtung der personalrätlichen Mitbestimmungen einvernehmlich mit den Kolleg_innen geregelt werden.

5. Eine Reduzierung der Fortbildungszeiten lehnen wir ab. Die Aufgaben an den Schulen sind enorm vielfältig. Um kompetent agieren zu können, benötigen wir ein breitgefächertes Spektrum möglicher Fortbildungen und die Möglichkeit, diese während der regulären Dienstzeit wahrnehmen zu können. Eine Reduzierung von Zeiten für Fortbildungen halten wir für kontraproduktiv.

Mit den Plänen der Schulbehörde, 80 Prozent der individuellen Arbeitszeit der PTF-Kolleg_innen als B-Zeit unmittelbar „am Kind“ auszuweisen, werden kostenneutral mehr Personalstunden für die direkte Arbeit mit den Schüler_innen generiert, ohne Rücksicht auf die Qualität der Arbeit und die Gesundheit der Beschäftigten. Dabei greift die BSB mittels einer fachlich nicht gerechtfertigten Gleichmacherei so stark in die einzelnen Berufsprofile der Kolleg_innen ein, dass ein erfolgreiches Arbeiten aus deren Sicht nicht mehr gewährleistet ist.

Diese Ansicht wird untermauert durch ein Gutachten von Prof. (em.) Dr. Gerd Krüger, das die GEW im November 2016

veröffentlichte und der Behörde überreichte. Dr. Krüger leitete über viele Jahre hinweg den Studienschwerpunkt Schulsozialarbeit an der HAW Hamburg. Indem er die Schulsozialarbeit in Hamburg in den 1970er Jahren verankerte und ihre Entwicklung über viele Jahre hinweg kritisch begleitete, ist er, nicht zuletzt als ehemaliges Mitglied des Landesschulbeirates der Schulbehörde Hamburg, ein ausgewiesener Experte der Materie. Die Kernaussagen des Gutachtens sind niederschmetternd: Sie zeigen, dass in der BSB viel Nachholbedarf besteht, um passende organisatorische und strukturelle Rahmenbedingungen für das pädagogische und therapeutische Fachpersonal zu schaffen. Krügers vernichtendes Urteil: Sollte die Dienstzeitregelung in der geplanten Form umgesetzt werden, werde sie „in Verbindung mit den fachlich unzulänglichen und undifferenzierten Aufgabenbeschreibungen (...) einen nachhaltigen negativen Einfluss auf die beruflichen Inhalte der Schulsozialarbeit nehmen.“

Bis heute hat die BSB zu diesem Gutachten keine Stellung genommen. Stattdessen wurden in einem ersten Schritt die bisher geltenden Stellenbeschreibungen für die Sozialpädagog_innen an Schulen zu einer einzigen zusammengefasst. Auch sie stellt in hohem Maße eine qualitative Verschlechterung der Rahmenbedingungen der Arbeit der Sozialpädagog_innen dar. Karl-Heinz Heber, ein erfahrener Schulsozialarbeiter und engagiertes GEW-Mitglied, sieht dies so: „Diese Stellenbeschreibung erweckt den Eindruck, dass hier verschiedene Tätigkeitsbereiche zusammenhangslos aneinandergereiht worden sind. Es werden fachliche Begriffe falsch benutzt und neue Begriffe eingeführt, die im Bereich der Schulsozialpädagogik keine Relevanz haben oder aber in gänzlich anderen Arbeitsfeldern eine Rolle spie-

len. Die fachlichen Überlegungen von Schulsozialarbeit müssen sich immer auf den Schüler bzw. die Schülerin im Kontext Familie/Schule/Umfeld beziehen. Schulsozialarbeit ist Teil der Kinder- und Jugendhilfe und damit eine eigenständige Profession innerhalb des Systems Schule. Wenn das nicht mehr gewünscht ist, muss das seitens der BSB auch deutlich formuliert werden, damit die Kolleginnen und Kollegen, Eltern, Schüler_innen, Lehrer_innen und die Öffentlichkeit auch wissen, woran sie sind. Wenn seitens der BSB ein neues Tätigkeitsfeld, das mehr in Richtung Schullastentlastung oder Beaufsichtigung gehen soll, konstruiert werden soll, so sollte das auch deutlich gesagt werden.“

Die BSB versäumte es bei der Neuentwicklung der Stellenbeschreibung für die Sozialpädagog_innen ebenfalls, die damit einhergehende Ausweitung und Komplexität der Aufgaben durch eine bessere Bezahlung zu honorieren. Stattdessen bleiben die Kolleg_innen weiterhin in der niedrigsten Entgeltgruppe, die tariflich für Akademiker vorgesehen ist, der EG 9 Tarifvertrag-Länder. Aber nicht nur das. Verantwortungsvolle Stellen für Sozialpädagog_innen mit koordinierenden Tätigkeiten wurden zwar erstmals ausgeschrieben, jedoch mit einer Eingruppierung, die nach den Vereinbarungen des jüngsten Tarifabschlusses gerade mal ein Mehr von 20 Euro brutto bei voller Stelle gegenüber der Regeleingruppierung bedeuten. Dies ist kein Witz, sondern wirkt bei der Aufgabenvielfalt und dem Anforderungsprofil für diese Stelle geradezu zynisch.

Für die derzeit noch ausstehenden Stellenbeschreibungen für die Erzieher_innen und Therapeut_innen ist daher nichts Gutes zu erwarten.

Aber zurück zur Dienstzeitregelung. Weil eine neue Dienstzeitregelung mitbestimmungs-

pflichtig ist, wurde bisher der Gesamtpersonalrat in Vorgesprächen regelmäßig über den Stand der BSB informiert. Er setzte sich bereits Ende 2015 mittels eines Initiativantrags deutlich für eine Aufteilung der Dienstzeiten in einzelne Professionen und Aufgabenbereiche ein und wurde in Gesprächen mit der BSB über die Finanzierung von Stellenanteilen in den einzelnen Aufgabenfeldern in Kenntnis gesetzt.

Auch die GEW-Fachgruppe des PTF-Personals hat eine deutliche Position: Sie unterstützt den Gesamtpersonalrat in seiner Ansicht, so dass die personalrätliche Mitbestimmung für eine gute Dienstzeitregelung bis in die letzte Instanz ausgereizt werden muss, um eine Vereinheitlichung der Dienstzeit über alle Berufsgruppen und Einsatzgebiete hinweg zu verhindern. Auch sollte die sogenannte „B-Zeit“ optimal nicht mehr als 60 Prozent betragen.

Bereits im Dezember hatten Erzieher_innen, Therapeut_innen, sozialpädagogische Assistent_innen und Sozialpädagog_innen aller Schulformen in einer weihnachtlichen Aktion Senator Rabe eine Rute überreicht, um aufs schärfste gegen dessen Aussage zu protestieren, dass sie „zu 80 Prozent am Kind arbeiten sollen, weil PTF keine Lehrer_innen“ seien.

Auch während der Tarifverhandlungen im Februar 2017 haben die Kolleg_innen auf den Demonstrationen immer wieder auf die sich verschlechternden Rahmenbedingungen ihrer Arbeit hingewiesen. Um ihren Forderungen nach einer guten Dienstzeitregelung Nachdruck zu verleihen, sammelten GEW und ver.di bereits seit Dezember 2016 Unterschriften der pädagogischen und therapeutischen Fachkräfte. Es scheint, dass die Folge dieser Proteste nicht wie gehofft den konstruktiven Dialog mit der BSB befördert, sondern

eher ein „Sich zurückziehen ins Schneckenhaus“ seitens der BSB zur Folge hatte mit dem Resultat, dass nun nicht mehr verhandelt, sondern diktiert werden soll.

Jüngst wurde bekannt, dass in der Schulbehörde die Auffassung vertreten wird, den Großteil einer neuen Dienstzeitregelung für das PTF-Personal ohne personalrätliche Mitbestimmung per Dienstanweisung auf den

*Jüngst wurde bekannt,
dass in der Schulbehörde
die Auffassung vertreten
wird, den Großteil einer
neuen Dienstzeitregelung
für das PTF-Personal
ohne personalrätliche
Mitbestimmung per
Dienstanweisung auf den
Weg bringen zu können*

Weg bringen zu können. Damit wäre das Maß für die Beschäftigten voll.

So wundert es nicht, dass am 26. Juni etwa 200 Kolleg_innen aus Hamburger Schulen dem Aufruf der GEW und unserer Schwestergewerkschaft ver.di gefolgt sind und der BSB über 1000 Unterschriften von PTF-Beschäftigten überreichten

Mit dem Appell „Achtet unsere Fachlichkeit!“ marschierten sie in einem bunten Demonstrationzug vom DGB-Gewerkschaftshaus zur Schulbehörde, die derzeit in der Amsinckstraße residiert. Auf der Kundgebung betonte die GEW-Vorsitzende Anja Bensing-Stolze die Wichtigkeit der Arbeit der PTF-Kolleginnen und -Kollegen für das Gelingen von Schule und warnte, dass durch die Pläne der BSB die PTF-Beschäftigten zu „Lückenbüßern und Freizeitclowns“ degradiert würden. Um dies zu verhindern, sicherte sie den Kolleginnen und Kollegen die volle Unterstützung der GEW zu.

Die Unterschriften wurden dem Landesschulrat, Herrn Altenburg-Hack und seinem Mitarbeiter, Herrn Krampitz im Rahmen einer lauten und bunten Versammlung von Ingrid Thiele (Sozialpädagogin) und Birgit Dann (Erzieherin) überreicht.

Die beiden engagierten Kolleginnen aus zwei Hamburger Stadtteilschulen sprachen deutliche Worte und forderten statt einer Gleichmacherei der verschiedenen Professionen von ihrem Arbeitgeber eine Regelung, die ihre jeweils unterschiedlichen Bedarfe berücksichtigt. Entsprechend müsse eine neue Dienstzeitregelung genügend Zeit für notwendige Absprachen, Koordination, berufsspezifische Fortbildung, Vor- und Nachbereitung, Netzwerkarbeit etc. vorsehen, um die ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen bestmöglich zu fördern.

Dass auch die neuen tariflichen Zulagen für den Sozial- und Erziehungsdienst allen PTF-Beschäftigtengruppen gezahlt werden, mahnte die Tariferferentin der GEW, Birgit Rettmer, an.

Der Landesschulrat stellte sich dem Problem, verwies dabei jedoch darauf, dass hier vor allem die Politik und die Tarifparteien gefragt seien.

Immerhin: In Hinblick auf eine eigene Fachaufsicht für Erzieher_innen, Therapeut_innen, sozialpädagogische Assistent_innen und Sozialpädagog_innen an Schulen scheint sich etwas zu bewegen. Herr Altenburg-Hack signalisierte, dass eine entsprechende Stelle in Planung sei und man hierfür jemanden aus dem Professionenbereich des pädagogischen- und therapeutischen Fachpersonals suche.

Man darf gespannt sein, wie die BSB hinsichtlich der Dienstzeit für das PTF-Personal ins kommende Schuljahr starten wird.

BIRGIT RETTMER
GEW-Tariferferentin

Rosarote Brille zersprungen

Fake News des Bürgermeisters – und was man dagegen machen kann

Auf dem Gewerkschaftstag der GEW hat Bürgermeister Scholz eine seiner üblichen „Sonntagsreden“ gehalten – obgleich der Gewerkschaftstag auf einen Montag fiel. Olaf Scholz malte das Hamburger Bildungswesen in schönen Farben. Einen Aspekt seiner Rede möchte ich herausheben: den Übergang von der Schule in den Beruf, auch, weil Scholz „dessen Bedeutung mit der Bildungsoffensive in den 1970er Jahren“ verglich.¹ Zumindest in dieser Frage liegt er vor der allgemeinen und bildungsinteressierten Öffentlichkeit, für die die Frage des Fehlstarts von vielen Jugendlichen ins Berufsleben im Allgemeinen (bislang?) kein Thema ist.

Der „bewegte“ Bürgermeister

Scholz erklärte, ihn habe der Übergang von der Schule in den Beruf schon immer interessiert: „Mich hat schon immer die Frage bewegt, was aus den Jugendlichen wird, die die Schulen verlassen. Ende der neunziger, Anfang der 2000er Jahre ließen die wenigen verfügbaren Daten vermuten, dass es gerade mal 10 Prozent der Hauptschüler sind, die direkt im Anschluss an die Hauptschule eine Berufsausbildung finden. Das war eine Zahl, die alle überrascht hat. Ein Bildungssystem kann das nicht einfach so hinnehmen.“ Diese Zahl von nur 10 Prozent, die nach der Hauptschule eine Berufsausbildung gefunden haben sollen, ist allerdings überraschend. Sie ist falsch, man muss sogar vermuten, dass sie bewusst falsch

gestreut wurde, um damit die jetzige Situation nicht so schlecht erscheinen zu lassen.

Ein Ausflug in die 2000er-Jahre

Worum geht es? Dazu ist ein kleiner Ausflug in die Vergangenheit notwendig, der aber zeigen wird, dass diese Vergangenheit viel mit dem Heute zu tun hat. Scholz bezieht sich auf das „Hamburger Ausbildungsmodell“, das im Jahr 2000 vom Hamburger Milliardär Michael Otto und dem damaligen Vorstandsvorsitzenden der Hapag Lloyd, Bernd Wrede, ins Leben

Das Modell ist mit vielen Steuergeldern gefördert worden, die Herrn Otto die Möglichkeit gaben, als Wohltäter aufzutreten. Dies allerdings ohne messbaren Erfolg für die Jugendlichen, so das vernichtende Ergebnis einer Evaluation der Lawaetz-Stiftung im Jahr 2007.² Dort heißt es unter anderem:

- es bestehe „kein Überblick über die Gesamtheit aller an den Schulen tätigen Projekte“,
- es gebe „Doppelbetreuungen“, ja sogar Mehrfachbetreuungen von Hamburger Hauptschulmodell, Arbeitsagentur, Lehrkräften und anderen,



Foto: Otto Group

Michael Behrendt (Hapag-Lloyd AG), Dr. Michael Otto (Otto Group), Olaf Scholz (Bürgermeister Hamburg), Ties Rabe (Senator der Behörde für Schule und Berufsbildung) anlässlich des Festakts zum zehnjährigen Bestehen des Hamburger Hauptschulmodells Ende 2011

gerufen worden war. Im „Hamburger Hauptschulmodell“ sollten durch Berufsorientierung und Zusammenarbeit (vor allem dem Austausch von Daten der Schülerinnen und Schüler) von Schule, Berufsberatung und Betrieben mehr Jugendliche mit Hauptschulabschluss in eine Ausbildung gebracht werden.

- eine Befragung von Experten habe die „Zurechenbarkeit“ der Erfolge zum Hamburger Hauptschulmodell „übereinstimmend verneint“ und
- es seien auch Jugendliche

¹ Die Rede von Olaf Scholz auf dem Gewerkschaftstag der GEW findet sich auf dessen Homepage unter <http://www.olafscholz.hamburg/main/pages/index/p/5/3079>.

² Lawaetz-Stiftung (Hg.), Evaluation des Projektes Koordinierungsstelle Ausbildung des Trägers Arbeitsstiftung Hamburg. Kurzexpertise im Auftrag der Behörde für Wirtschaft und Arbeit, Hamburg 2007.

mit Realschulabschluss in die Erfolgsberechnungen einbezogen worden.

Das Projektziel des Hamburger Hauptschulmodells, „den Anteil der Schülerinnen und Schüler, die mit einem Hauptschulabschluss eine betriebliche Ausbildung aufnehmen, sukzessive deutlich zu erhöhen“, wurde eindeutig verfehlt. Auch wenn das nicht explizit in der Evaluation ausgeführt wurde, so lässt sich dies doch aus den Angaben des Hamburger Hauptschulmodells erschließen, wonach im Beginnjahr 2001/02 die Vermittlungs-Quote bei 20 Prozent lag und 2005/06 auf 17,6 Prozent gefallen ist.

Das Hamburger Hauptschulmodell hat also nichts bewirkt, jedenfalls lässt sich anhand der Zahlen keine positive Wirkung belegen. Damit wäre der Projekt-

rigen Bestehen des Hamburger Hauptschulmodells Ende 2011 behauptete: „Anerkennung gefunden hat es auch wegen seines zählbaren Erfolgs. Bei Beginn des Modells gelangten in Hamburg nach einigen Schätzungen nicht einmal sieben Prozent der Schulabgänger mit Hauptschulabschluss direkt nach dem Ende ihrer Schulzeit in eine ungeforderte betriebliche Ausbildung. Heute sind es immerhin zwanzig Prozent.“

Welche Schulen in die „Schätzungen“ eingingen, wie viele Schülerinnen und Schüler dazu einbezogen wurden, konnte der Senat auf eine Anfrage nicht sagen. Er konnte auch nicht beantworten, wann zum ersten Mal diese Zahlen aufgetaucht sind. In der Evaluation der Lawaetz-Stiftung aus dem Jahr 2007 werden sie nicht genannt, was darauf

Ist seit 2011 alles besser geworden?

Warum kramt nun der Bürgermeister die verbrauchte Zahl von sieben bzw. zehn Prozent auf dem Gewerkschaftstag wieder hervor? Man kann es nur so deuten, dass er damit die nach wie vor schlechten aktuellen Zahlen weniger schlecht erscheinen lassen will. Der Senat habe, so Scholz, seit 2011 die Jugendberufsagentur und die „Berufs- und Studienorientierung“ in den Stadtteilschulen für die Klassen 8-10 eingeführt. Und siehe da: „In den Stadtteilschulen konnte die Übergangsquote in eine Ausbildung von 25 auf 36 Prozent gesteigert werden. Im bundesweiten Vergleich ist Hamburg dabei inzwischen Spitzenreiter.“ Dazu ist Folgendes anzumerken:

- Wenn nur 36 Prozent der Schulabgängerinnen und -abgänger einen Ausbildungsplatz finden, ist das ein schlechtes Ergebnis. Ursprünglich hatte der SPD-Senat 2011 versprochen, dass alle Jugendlichen entweder eine klassische Berufsausbildung oder das Abitur machen sollen. Mit diesem Versprechen nimmt es Scholz anscheinend nicht so ernst.

- Die Steigerung „von 25 auf 36 Prozent“ (tatsächlich war es eine Steigerung von 25,2 auf 38,7 Prozent; siehe Abbildung 1) ist innerhalb nur eines Jahres von 2012 auf 2013 zustande gekommen. Was sind die Gründe für diese bemerkenswerte Entwicklung? Zum einen mussten Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die nach Klasse 9 keinen Ausbildungsplatz gefunden hatten, weiter bis Klasse 10 zur Schule gehen. Im Grunde genommen hat man so eine neue Warteschleife eingeführt. Ein weiterer Grund ist, dass man mehr Jugendliche auf eine schulische Ausbildung (vor allem im sozialpädagogischen und Pflegebereich) orientiert hat.

- Seit 2013 steigt die Übergangsquote in Berufsausbildung

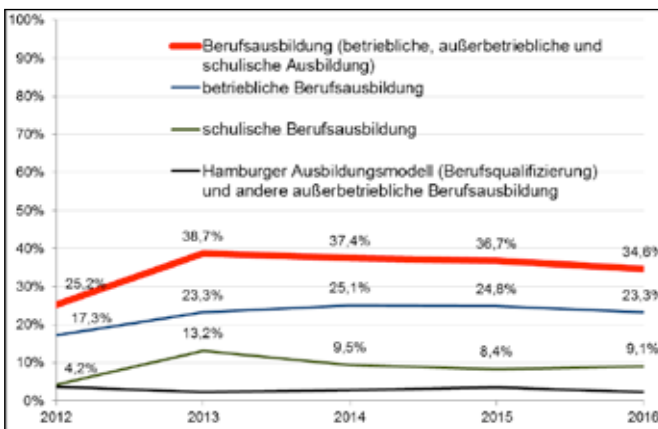


Abb. 1: Verbleib der Schulabgängerinnen und -abgänger nach Klasse 9 und 10, Schulabgängerbefragung Hamburg 2012-2016

auftrag verfehlt. Eigentlich hätte man daraufhin das „Hamburger Hauptschulmodell“ beenden müssen. Das wollten aber die beteiligten Akteure offenbar nicht. Man zauberte „Schätzungen“ der Übergangsquoten für das Jahr 2000 – also ein Jahr vor Beginn des Projekts – bei zehn Schulen aus dem Hut. Beispielhaft für die neue Sprachregelung sei Bürgermeister Scholz genannt, der auf dem Festakt zum zehnjäh-

hindeutet, dass sie erst danach in Umlauf gesetzt wurden. Dass diese Zahlen absurd sind, mag man allein daran erkennen, dass die „Akteure“ einem weismachen wollen, dass innerhalb eines Jahres der Anteil der Hauptschulabgängerinnen und -abgänger, die einen Ausbildungsplatz gefunden haben, rekordverdächtig von sieben auf 20 Prozent gestiegen sein soll, seitdem aber kontinuierlich gefallen ist.

nicht mehr, im Gegenteil, sie fällt kontinuierlich auf zuletzt 34,6 Prozent. Auch die Übergangsquote in betriebliche Ausbildung (dem hochgelobten dualen System) fällt und dümpelt bei nur noch 23,3 Prozent.

Die von Scholz angeführte sensationelle Steigerung der Übergangsquote ist auf einen einmaligen Effekt durch die Einführung des 10. Schuljahrs zurückzuführen. Sie hat mit den Maßnahmen des Senats (Berufsorientierung und Jugendberufsagenturen) nichts zu tun. Die Berufsorientierung hat schon beim Hamburger Hauptschulmodell nichts gebracht. Und die Jugendberufsagenturen sind

Was schon damals nicht funktioniert hat und nur mit gefakten Zahlen gerechtfertigt werden konnte, wird jetzt erst recht nicht funktionieren.

Auch die Behauptung von Scholz, „im bundesweiten Vergleich (sei) Hamburg damit inzwischen Spitzenreiter“, hält einem Faktencheck nicht stand. Wie die Abbildung 2 zeigt, rangiert Hamburg mit einer Einmündungsquote von nur 44 Prozent bei den Bewerberinnen und Bewerbern bei der Bundesagentur für Arbeit, die auch tatsächlich einen Ausbildungsplatz gefunden haben, unter dem Bundesdurchschnitt von 48 Prozent. Dass daraus ein „Spitzenreiter“

Beispiel, wie sich Jugendliche wehren.

Dort beschäftigten sich Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule Ost in Bremen-Tenever, unterstützt vom langjährigen Politiklehrer Hans-Wolfram Stein, mit der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Danach sollten im Jahr 2015 von den 3415 Bewerberinnen und Bewerbern nur 174 „unversorgt“ geblieben sein. Und genau das regt die Jugendlichen auf. „Am Ende der zehnten Klasse hatten nur drei von uns einen Ausbildungsplatz.“ „Dabei hatten zwölf von 24 Mitschülern sich um einen beworben. „Als Schüler denkt man dann: Das liegt an mir. Irgendwas muss ja nicht richtig sein, wenn ich zu den wenigen gehöre, die keine Ausbildung kriegen.“ Inzwischen zweifeln sie aber nicht mehr an sich selbst – sondern machen gegen die Ausbildungsmarktstatistik mobil.³ Sie kritisieren insbesondere Folgendes:

„Die Schüler fordern deshalb, in der Kommunikation zur Ausbildungsmarkt-Statistik statt der »unversorgten Bewerber« die sogenannte Einmündungsquote zu benutzen. Sie besagt, wie viele suchende Jugendliche in eine Lehrstelle »eingemündet« sind - so die Behördensprache. Mit diesem Wert liest sich die Statistik weniger optimistisch: In Bremen haben nur rund 37 Prozent der jungen Leute, die bei der Agentur als ausbildungsplatzsuchend gemeldet wurden, eine Lehre gefunden.“

„Die Jugendlichen kritisieren weiter, was als ‚Bewerber‘ zählt. Viele denken: Bewerber sind alle, die sich bei der Arbeitsagentur als Suchende angemeldet haben. So ist es aber nicht. Bevor die Behörde einen Jugendlichen als Bewerber führt, muss ein Berater ihn für ausbildungsreif erklären. Hält der Fachmann ihn nicht für

³ Schüler klagen: Azubi-Mangel? Wir finden doch gar keine Lehrstellen, in: Spiegel Online vom 22.05.17

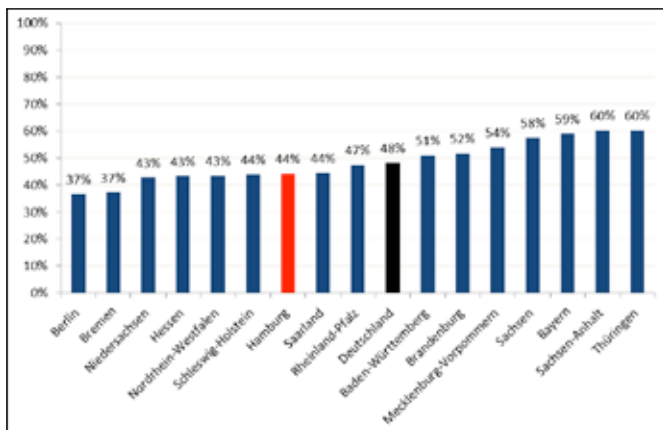


Abb. 2: Gemeldete Bewerber_innen bei den Arbeitsagenturen, die in eine Berufsausbildung eingemündet sind, nach Bundesland im Jahr 2016; Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hg.), Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2016, Bonn 2016 und eigene Berechnungen

eine Ausdehnung des Hamburger Hauptschulmodells auch auf Schülerinnen und Schüler mit Realschulabschluss (mittlerer Schulabschluss). Dazu Bürgermeister Olaf Scholz anlässlich der Eröffnung der letzten Jugendberufsagentur in Hamburg im Dezember 2013: „Stützen konnten wir uns zum Beispiel auf das Hamburger Hauptschulmodell, das vor mehr als zehn Jahren als Pilotprojekt begonnen wurde, unter maßgeblicher Hilfestellung zweier Sponsoren, und seitdem wertvolle Arbeit geleistet hat.“

wird, ist der Phantasie unseres Bürgermeisters geschuldet.

Bremer Schülerinnen und Schüler wehren sich gegen die Ausbildungsmarktstatistik

Wenn man eine derart selbstgefällige Wahrnehmung von der Situation im Ausbildungsbereich hat wie Bürgermeister Scholz, wird man nicht geneigt sein, irgendetwas zu ändern. Die Leidtragenden sind unsere Jugendlichen. In den letzten Jahren ist von ihnen kaum Widerstand gekommen. Nun kommt aus Bremen ein vielversprechendes

fit genug, verordnet man ihm gegebenenfalls Fördermaßnahmen. Er taucht in der Statistik als Bewerber dann gar nicht mehr auf. ‚Diese Jugendlichen suchen aber ja auch einen Ausbildungsplatz‘, sagt Stein. Sie müsse man mitzählen.“⁴

Damit haben die Schüle-

⁴ „Das ist Augenscherelei“. Wie Bremer Schüler gegen die Ausbildungsmarkt-Statistik kämpfen - und die Landespolitik in Bewegung bringen, in: Neues Deutschland vom 27.05.17

rinnen und Schüler zwei sehr wichtige Kritikpunkte an der Ausbildungsmarktstatistik formuliert, einer besonders irreführenden und perfiden Statistik in Deutschland. Sie beweisen damit mehr Durchblick als die meisten „Akteure“ aus Politik, Verwaltung, Medien und Wissenschaft. Insbesondere macht es sie aber widerstandsfähig gegen die neoliberale Ideologie, die gesellschaftliche Probleme wie

den Ausbildungsplatzmangel als subjektives Versagen der Opfer umzudeuten versucht. Zu hoffen ist, dass die Schülerinnen und Schüler aus der Gesamtschule Ost und ihr Politiklehrer Hans-Wolfram Stein Nachahmer_innen finden, die sich in ähnlicher Weise gegen die Ausbildungsmarktstatistik wehren.

KAY BEIDERWIEDEN
Referent die LINKE

SOZIALPÄDAGOGIK

Auf unsere Knochen

Ein Maßnahmenkatalog der BSB öffnet sozialpädagogische Berufsausbildung für mehr Interessierte und soll hohe Bildungsstandards gewährleisten

Am 6. Juni 2017 verkündeten Senatorin Melanie Leonhard und Schulsenator Ties Rabe (BSB): Der Fachkräfteschlüssel für Kitas wird in 4 gleichen Schritten auf 1:4 verbessert. Damit soll bereits im Januar 2018 begonnen werden, bis 2021 werden zusätzlich jeweils gut 500 Fachkräfte neu eingestellt.

„Das ist ein toller Erfolg“, wollen uns die Beiden unterjubeln. Nein! Denn ursprünglich war mit den Kita-Verbänden vereinbart worden, zum 1. Januar 2019 mehr als 2000 zusätzliche Fachkräfte einzustellen, um den angestrebten Fachkräfteschlüssel

zu erreichen. Nun sollen bis 2019 nur noch 1000 neue Kräfte eingestellt werden oder was? Da es jetzt schon kaum ausreichend Fachkräfte auf dem Markt gibt, muss nachgesteuert werden. Senator Rabe verkündet, dass mehr junge Menschen für das sozialpädagogische Berufsfeld gewonnen werden müssen.

Deshalb wurde dazu ein umfangreicher Maßnahmenkatalog erarbeitet, mit dem natürlich die hohen Standards in der Ausbildung gewahrt werden sollen. Der arme Schulsenator hat das mal wieder ganz allein machen müssen oder wurde da auch im

HIBB mit überlegt? Die Senatoren haben es sich natürlich nicht nehmen lassen die verheißungsvolle frohe Botschaft selbst zu verkünden.

Nur: Die in der Presseerklärung „engen Abstimmungen mit den Leitungen der Sozialpädagogischen Schulen“ fanden unseres Wissens nicht statt. Diese wurden mehr oder weniger vor vollendete Tatsachen gestellt. Und die Kolleg_innen der betroffenen Schulen, die diese Maßnahmen umsetzen und die Fläche tragen sollen, erfuhren erst am selben Tag durch Presseerklärung des Senats und durch eiligst einberufene „Sonderkonferenzen“ von näheren Inhalten dieses Vorhabens!

Nun kommt erst die Arbeit: denn um den Aufbau an neuen Fachkräften zu unterstützen, sollen die Fachschulen noch mehr Sozialpädagogische Assistent_innen (SPA) und Erzieher_innen ausbilden.

Bis zum 1. August 2017 können sich junge Menschen für die oben genannten Ausbildungen bewerben – es müssen die Zugangsvoraussetzungen angepasst werden, um möglichst viele junge Leute zur Ausbildung in diesem Berufsfeld zu bewegen.

Die Information an die Schulbüros erfolgte ebenso kurzfristig wie die der Lehrkräfte. Die Verwaltungsangestellten in den Büros müssen nun die zusätzlichen Anmeldungen gekoppelt

Foto: FG/BS



Erst „das Vergnügen“ und dann bleibt die Arbeit an uns hängen – stolz berichten die Senator_innen Rabe und Leonhardt von ihren Plänen

mit geänderten Zugangsvoraussetzungen, die natürlich geprüft werden müssen, bearbeiten. Über die Mehrarbeit wird sich ausgeschwiegen.

Für die „neue“ SPA-Ausbildung: Schülerinnen und Schüler mit erweitertem Einfachen Schulabschluss (es wird seitens der Behörde noch juristisch geprüft, was „erweiterter“ ESA bedeutet!!!) können sich für eine 2 1/2 Jahre dauernde Ausbildung bewerben. Eine APO für diesen neuen Bildungsgang existiert unseres Wissens noch nicht.

Parallel muss ein Curriculum für das zusätzliche halbe Jahr und die Gestaltung des Übergangs in die dann anschließende dreijährige Erzieher_innenausbildung erarbeitet werden. Auch

in den regulären zweijährigen Bildungsgängen stehen Änderungen an. Dies alles bis zum 1.8.2017, denn dann kann mit dieser neuen Ausbildung begonnen werden. Wer setzt das um? Der Herr Senator oder die Schulleitungen? Wohl nicht...

Alle Fachschulen haben jetzt schon einen eklatanten Lehrer_innenmangel und bekommen dennoch keine neuen Stellen von der Behörde zugewiesen. Für alle Beruflichen Schulen gilt:

Keine neuen Stellen! Wie also soll die Versorgung zusätzlicher Schüler_innen gewährleistet werden?

Ebenso ist es mit den Raumkapazitäten: alle Schulen platzen jetzt schon aus den Nähten. Wo sollen zusätzliche Schüler_in-

nen untergebracht werden? Oder werden Klassen mit bis zu 30 Schüler_innen in Räumen, die auch aus pädagogischen Gründen für 20 Schüler_innen konzipiert sind, unterrichtet werden?

Die „neue“ SPA-Ausbildung soll zunächst als ‚Pilot‘ laufen, d.h., sie muss nach einem Probeauftrag evaluiert werden. Wer garantiert eine adäquate Evaluation, wenn zur ‚Massenproduktion‘ von Absolvent_innen aufgerufen wird?

Ach ja, wir ...denn an uns bleibt die ‚MehrArbeit‘ hängen, natürlich ohne zusätzliche Ressourcen. Wir sind ja auskömmlich!

CLAUDIA WYSTRACH, FSP II
ANDREA WEISZ, W13

PREKÄRE BESCHÄFTIGUNGEN

Auf Sand gebaut

Vor zwei Jahren, auf dem Höhepunkt des Flüchtlingszustroms, stellte Hamburg knapp 50 DaZ-Kolleg_innen in den Berufsschulen befristet ein. Viele dieser Verträge werden nun nicht verlängert bzw. entfristet. Interview mit Lehrkräften – die Namen sind der Redaktion bekannt

hlz: *Wie seid ihr darauf gekommen, euch beim HIBB zu bewerben?*

Wir kennen prekäre Arbeitsverhältnisse, viele von uns hatten befristete Verträge. Die Bewerbung auf dem Berufsschul-Portal erschien attraktiv: Es gab viele Berufsschulen, die dringend Lehrkräfte suchten und uns einstellen wollten.

Wir rechneten damit, als Quereinsteiger_innen mit mehrfachen Abschlüssen und langjähriger Unterrichtserfahrung eine langfristige Berufsperspektive an den Berufsschulen zu haben. In der damaligen Situation, als viele Flüchtlinge in unser Land gekommen sind, hat die Behörde händeringend nach Leh-

rerinnen und Lehrern gesucht. Wir wurden z.T. aus früheren Arbeitsstellen „abgeworben“. Auch heute noch erhalten wir die Rückmeldung, dass unsere Arbeit gebraucht wird. Wir gelten als Expert_innen und trotzdem verlieren wir unsere Arbeit.

Die meisten von uns haben Sprachwissenschaften studiert – Germanistik, Sprachlehrforschung, Anglistik –, zum Teil mit dem Schwerpunkt DaZ (Deutsch als Zweitsprache). Einige haben vorher eine Berufsausbildung absolviert. Alle verfügen über jahrelange Erfahrung im DaZ-Bereich.

Insbesondere die Kolleg_innen in Vollzeit haben ihre vorherige berufliche Tätigkeit aufgegeben. Eine Rückkehr zur

früheren Arbeitsstelle ist nicht möglich, denn der Wechsel vollzog sich oft abrupt. Die Tore zurück sind jetzt verschlossen, die Arbeitsplätze dort von neuen Kolleg_innen besetzt, die uns damals ersetzt haben. Aktuell gibt es wenig freie Stellen für uns.

hlz: *Was hat die Schulbehörde/Schulleitung euch versprochen?*

Wir haben auf zwei Jahre befristete Verträge beim HIBB unterschrieben. Damals wirkte es auf uns so, dass eine Anschlussbeschäftigung kein Problem wäre. Ich habe mir deshalb auch keine weiteren Gedanken gemacht. Die Weiterbeschäftigung schien bis vor kurzem möglich

zu sein. Viele von uns haben sich weitergebildet, um z.B. auch in der dualen Ausbildungsvorbereitung (AV-dual) tätig sein zu können und den neuesten pädagogischen Ansprüchen gerecht zu werden. Wir wurden für die Konzeptentwicklung AVM (Ausbildungsvorbereitung für Migrant_innen) gebraucht und in verschiedenen Unterrichtsfächern eingesetzt. Ich hielt es für ausgeschlossen, dass mein Vertrag nicht entfristet wird. Nachdem wir die Mitteilung erhalten haben, dass wir über unsere Vertragslaufzeit hinaus nicht weiterbeschäftigt werden, hat die Schulleitung Hilfe beim Finden einer Anschlussbeschäftigung in der Berufsschule versprochen, einigen von uns auch eine Übernahme in Aussicht gestellt.

hlz: *Wie werdet ihr bezahlt? Unter welchen Bedingungen habt ihr die Arbeit begonnen?*

Anfangs sollte Keine_r mehr als Vergütungsgruppe E 10 Stufe 1 erhalten; teilweise ist unsere Bezahlung nachträglich auf E 11 angehoben worden. Auch die Einstufungen wurden im Nachhinein teilweise erhöht, aber nur, wenn wir uns selbst darum bemüht haben. Die Anregung des Personalrats hat dazu beigetragen, dass wir nachgefragt haben. Berufliche oder universitäre Abschlüsse wurden nicht immer ausreichend anerkannt. Ein Studium mit Magisterabschluss wurde wie ein Bachelorabschluss gewertet und entsprechend niedriger vergütet.

Wir hatten damals die Hoffnung, dass wir nach dem Ende der Befristung weiterbeschäftigt werden würden, denn der Bedarf an qualifizierten DaZ – Expert_innen an den Berufsschulen bleibt bestehen. Deshalb haben wir uns auf die Einstellungsbedingungen eingelassen und uns mit der Einstufung zufrieden gegeben. Im Nachhinein betrachtet war dies ein Fehler.

Die Arbeitsbedingungen, die wir anfangs vorfanden, waren ziemlich unzureichend. Die Raumbedingungen waren z.T. beengt, es fehlte an Räumen und an Material. Alle zwei Wochen wurden neue Schülerinnen und Schüler eingeschult, die in neuen Klassen aufgefangen werden mussten. Die bestehenden Klassengemeinschaften wurden zusätzlich immer wieder schülerorientiert umgestellt. Es gab zwar erste Erfahrungen und laufende Pilotprojekte in der AVM, aber keine endgültig evaluierten und bereits standardisierten Konzepte für die Arbeit mit jugendlichen, unbegleiteten Flüchtlingen. Wir haben diese Konzepte mit entwickelt. Unsere Arbeit war und ist sehr herausfordernd.

hlz: *Welche Arbeit macht ihr in der Berufsschule?*

Im ersten Jahr unserer Arbeit in der Berufsschule lag der Schwerpunkt auf dem Spracherwerb. Wir haben Deutsch (als Zweitsprache), Wirtschaft und Gesellschaft und in der Alphabetisierung unterrichtet. Im zweiten Jahr wurden wir zusätzlich auch in anderen Fächern, z.B. Englisch eingesetzt und unterrichten z.T. auch gemeinsam mit den Kolleg_innen in der dualen Ausbildungsvorbereitung.

Wir begleiten die Schülerinnen und Schüler in allen Phasen der Ausbildungsplatzsuche: bei der Bewerbung, Akquise der Praktikumsplätze und in den Betrieben. Wir sorgen auch außerschulisch für fundierte Sprachbildung und unterstützen den Erwerb der Fachsprache vor Ort.

Unsere Schülerinnen und Schüler benötigen auch kulturelle Vermittlung, d.h. viele Dinge, die für hier aufgewachsene Jugendliche selbstverständlich sind, müssen lange und ausführlich erklärt werden. Viele von ihnen sind ohne Eltern hier, daher benötigen sie mehr Unterstützung, auch weil viele von ih-

nen durch die Fluchterfahrungen traumatisiert sind. Nicht zuletzt deshalb haben sie z.T. eine sehr enge Bindung und einen intensiven Kontakt zu uns aufgebaut. Zusätzlich kommunizieren wir viel mit ihren Betreuer_innen, den Schulpsycholog_innen vom BZBS (Beratungszentrum Berufliche Schulen), sind im Kontakt zu den Verantwortlichen in Wohnunterkünften, Einrichtungen und Behörden.

Wenn unsere Verträge gekündigt werden, dann verlieren die Jugendlichen ihre vertrauten Mentor_innen, während sie sich auf ihre Abschlussprüfung vorbereiten.

hlz: *Wie bewertet ihr eure persönliche Situation?*

Wir kennen die prekären Arbeitsbedingungen, denn wir haben jahrelang genau unter diesen Rahmenbedingungen, bei Volkshochschulen, freien Trägern etc. unterrichtet. Wir mögen unsere Arbeit in der Berufsschule. Gerade deshalb hat es uns stark getroffen, diese Arbeit beenden zu müssen.

Viele von uns haben zwei Jahre verloren, in denen wir unser zukünftiges berufliches Leben hätten weiterentwickeln können. Aus heutiger Sicht: Ich hätte diese Arbeit nicht angenommen, hätte ich vorher gewusst, dass es keine Perspektive gibt. Damals dachten wir, für unser Land, für Hamburg, für unsere Demokratie zu arbeiten und einen Teil zur Integration beizutragen.

Ich hätte auch sehr gern weiter gearbeitet, sehe die zwei Jahre aber auch als Bereicherung an, da wir auch viel gelernt und tolle Kolleg_innen kennen gelernt haben. Tragisch ist allerdings tatsächlich, dass sich unsere berufliche Perspektive durch die zwei Jahre Arbeit an einer staatlichen Berufsschule eher verschlechtert hat.

hlz: *Mit welcher Begründung*



wird euer Vertrag nicht verlängert/entfristet?

Die Schulleitungen hätten aufgrund des Bedarfs die Möglichkeit gehabt, uns einzustellen. Das HIBB hat den Schulleitungen aber die Empfehlung gegeben, dies nicht zu tun, da wir formal „nur“ ein Unterrichtsfach studiert haben. Das entspräche nicht dem herkömmlichen „Lehrerprofil“ und wir wären nicht so vielfältig einsetzbar. Da wir einen auf zwei Jahre befristeten Vertrag haben, werden wir nicht weiter beschäftigt, weil wir sonst ein Recht auf Festanstellung einklagen könnten. Auch eine Weiterqualifizierung, um den formalen Ansprüchen gerecht zu werden, wurde uns nicht angeboten.

hlz: Welche Möglichkeiten

gäbe es, euch im Schuldienst weiterhin zu beschäftigen?

Es gibt die Möglichkeit einer Weiterbildung zum Weltlehrer / zur Weltlehrerin für Kolleg_innen, die in ihrem Herkunftsland studiert haben. Sie erhalten durch diese Zusatzqualifikation die Möglichkeit, das Referendariat zu absolvieren. Nach erfolgreichem Abschluss können sie sich an Hamburger Schulen als Lehrkräfte bewerben. Sie können dann auch unbefristet beschäftigt werden. Dieser Weg ist uns aber leider verschlossen, da wir unser Studium in Deutschland absolviert haben. Eine berufsbegleitende Qualifizierung, die dann eine Festanstellung ermöglichen würde, wäre eine gute Alternative. Unser Land muss viele Geflüchtete integrieren.

Wir, die Expert_innen für diese Arbeit, werden auf die Straße gesetzt, obwohl unsere Expertise dringend gebraucht wird.

Die Wertschätzung, die wir für unsere Arbeit durch die Schulleitungen und Kolleg_innen erfahren, ist menschlich sehr wohlthuend und wir schätzen sie. Aber faktisch ist sie ohne Nutzen. Auch die Situation in den Lehrerzimmern ist mitunter schwierig, die Kolleg_innen wissen oft nicht mehr, wie sie mit uns sprechen sollen.

Diese Situation ist sehr kraftraubend für uns alle. Da wir damals nach Bedarf eingestellt wurden, enden die ersten Verträge im Oktober, die längste Laufzeit ist bis zur Mitte des nächsten Jahres. Dies ist keine leichte Situation, menschlich wie organisatorisch. Wir werden mitten im Schuljahr aus unseren Teams herausgerissen, müssen uns um eine neue Beschäftigung kümmern und letztendlich mit Kolleg_innen das neue Schuljahr planen und denjenigen zuarbeiten, die unsere Arbeit weiterführen werden.

hlz: Kann der Personalrat etwas für euch tun?

Die Personalräte wollten helfen und haben in Gesprächen beraten. Zu Beginn waren sie verwundert über unsere Gehaltsgruppe, über unsere Eingruppierung. Sie haben uns Tipps gegeben, wie wir diese evtl. verbessern können. Die befristeten Verträge, die wir unterschrieben haben, sind rechtlich aus ihrer Sicht in Ordnung.

hlz: Dann ist jetzt das politische Engagement der GEW gefragt. Immerhin war eine der Hauptparolen auf der diesjährigen 1. Mai-Demonstration gegen die prekären Arbeitsverhältnisse in diesem Lande gerichtet!

Das Interview führte
WOLFGANG SVENSSON.

Über ein allgemeines kulturelles Menschenrecht

Eine Veranstaltung der GEW mit dem Bündnis „Stadt des Ankommens“ am 19.6.17 klärte, in wiefern ein Recht auf schulische Bildung für alle Kinder und Jugendlichen besteht

Das Bündnis „Stadt des Ankommens“, an dem auch die GEW beteiligt ist, hat sich im Herbst 2015 gebildet. Es setzt sich zusammen aus Akteur_innen von Willkommens- und Stadtteilinitiativen, der Kirche, Wissenschaft und Gewerkschaften. Das Bündnis befasst sich mit Fragen der Gestaltung des Zusammenlebens in Hamburg, mit politischen und administrativen Rahmenbedingungen ebenso wie Initiativen und Projekten, die sich dafür einsetzen, neu ankommenden Personen in Hamburg ein würdevolles Ankommen und Bleiben zu ermöglichen. Das „Jahresthema“ 2017 von „Stadt des Ankommens“ ist das Thema Menschenrechte. In unseren Veranstaltungen werden wir ausgewählte Bereiche der Hamburger Landespolitik auf ihren Beitrag zur Durchsetzung von Menschenrechten hin betrachten. Analysiert und diskutiert wird, welche Spielräume bestehen, ob und wie sie genutzt werden, wo Grenzen gezogen werden und welche Ansatzpunkte zur Stärkung der Rechte auch von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit bestehen. Unter diesen Fragestellungen fand auch die Veranstaltung am 19.6. mit dem Titel „Recht auf schulische Bildung für alle Kinder und Jugendlichen!“ statt.

Das Recht auf Bildung ist als allgemeines kulturelles Menschenrecht bereits in Artikel 13 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verankert und von

der Bundesrepublik Deutschland als Paktstaat anerkannt. Dieses Recht, das nach Artikel 13 des UN-Sozialpaktes für jedermann gilt, seiner Natur nach aber für Kinder¹ von besonderer Bedeutung ist, wurde in Artikel 28 der UN-Kinderrechtskonvention bekräftigt und zum Teil konkretisiert.

Kinderrechte sind Menschenrechte. Das Übereinkommen über die Rechte der Kinder gehört zu den internationalen Menschenrechtsverträgen der Vereinten Nationen. Die UN-Kinderrechtskonvention ist das wichtigste internationale Menschenrechtsinstrumentarium für Kinder. Die Kinderrechtskonvention wurde am 20. November 1989 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet. Bis auf einen einzigen Staat – die USA – haben alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen die Kinderrechtskonvention ratifiziert.

Artikel 28 postuliert das Recht des Kindes auf Bildung:

Artikel 28 (1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des Kindes auf Bildung an; um die Verwirklichung dieses Rechts auf der Grundlage der Chancengleichheit fortschreitend zu erreichen, werden sie insbesondere

– den Besuch der Grundschule für alle zur Pflicht und unentgeltlich machen;

– die Entwicklung verschiedener Formen der weiterfüh-

¹ Hier sind immer die Rechte von Kindern und Jugendlichen – also bis zur Volljährigkeit – gemeint.

renden Schulen allgemeinbildender und berufsbildender Art fördern, sie allen Kindern verfügbar und zugänglich machen und geeignete Maßnahmen wie die Einführung der Unentgeltlichkeit und die Bereitstellung finanzieller Unterstützung bei Bedürftigkeit treffen; (...) - Maßnahmen treffen, die den regelmäßigen Schulbesuch fördern und den Anteil derjenigen, welche die Schule vorzeitig verlassen, verringern.

Das Hamburger Schulgesetz setzt erfreulicherweise dieses Recht auf schulische Bildung konsequent um – auch für Kinder und Jugendliche ohne Aufenthaltsstatus. So heißt es in § 37 HmbSG: „Wer in der Freien und Hansestadt Hamburg seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat, ist in Hamburg zum Schulbesuch verpflichtet.“ Schulpflicht gilt für 11 Schuljahre und endet mit dem 18. Lebensjahr. Über diese Rechtsgrundlage waren wir uns auch mit Andreas Gleim, Leiter der Rechtsabteilung der BSB, einig; der machte deutlich, dass hinter dieser schulgesetzlichen Regelung auch die politische Absicht steht, Schule für alle zu ermöglichen.

Dennoch gibt es in der praktischen Realisierung dieses Rechts in Hamburg nicht selten Probleme. Diese Probleme beschrieben die Referenten Jarid und Asas, aber auch Teilnehmer_innen der Veranstaltung anschaulich und zum Teil dramatisch:

Kinder ohne gesicherten Auf-

enthaltensstatus oder Kinder im Asylverfahren haben Schwierigkeiten, überhaupt einen Schulplatz zu finden oder müssen zum Teil sehr weite Wege auf sich nehmen.

Kinder mit ungesichertem Aufenthaltsstatus sind von Abschiebungen bedroht.

Das für die Verteilung der Schüler_innen zuständige Schulinformationszentrum SIZ ist überlastet und fordert z.T. Schüler_innen auf, sich selbst eine Schule zu suchen.

Kinder aus Erstaufnahmeeinrichtungen bekommen zum Teil bis zu 8 Monate lang keinen Platz an einer Schule.

Jugendliche und junge Erwachsene mit Lücken in der schulischen Biografie haben kein Recht mehr auf einen Schulplatz, wenn sie über 18 sind.

Der geplante Übergang nach 12 Monaten aus IVK in Regelklassen klappt in vielen Fällen nicht.

Die GEW Positionen zu diesen Themen sind klar und im Hamburger Appell niedergeschrieben (unterschreiben hier: www.gew-hamburg.de/mitmachen/aktionen/hamburger-appell-unterschreiben-schule-fuer-gefluechtete-kinder-und-jugendliche).

Wir fordern hier unter anderem:

- eine gleichmäßige Verteilung der geflüchteten Kinder und Jugendlichen auf alle Stadtteile sowie eine gleichmäßige Verteilung auf alle Schulen, auch auf die Gymnasien.

- für jede/n Schüler_in, die/der in eine IVK in einer allgemeinbildenden Schule kommt, einen gleichzeitigen Platz in einer Regelklasse, so dass ein Umstieg jederzeit möglich ist.

- ein breites inklusives Unterstützungsangebot in allen Bildungsgängen der Beruflichen Schulen (Sprachförderung und Unterstützung durch DaZ-Fachkräfte im Regelunterricht).

- das Schulbesuchsrecht auf die Gruppe der 18- 25 jährigen



Foto: hz

V.l.n.r.: Andreas Gleim (Leiter der Rechtsabteilung der BSB) , Jarid und Asas (wollten nur beim Vornamen genannt werden; Schüler aus Hamburg, die als Jugendliche aus Afghanistan geflohen sind). Moderiert wurde die Veranstaltung von Simone Borgstede (Stadt des Ankommens) und Dirk Mescher (GEW).

auszuweiten.

- die Mittel für das Schulinformationszentrum SIZ massiv aufzustocken, so dass es seine Aufgabe erfüllen kann, geflüchtete Kinder und Jugendliche sofort nach ihrer Ankunft in Hamburg in einer ZEA in kleinen Lerngruppen auf den schulischen Alltag vorzubereiten und möglichst schnell in eine Basisklasse, Internationale Vorbereitungsklasse (IVK) oder eine Vorbereitungsmaßnahme in einer berufsbildenden Schule zu vermitteln.

- eine sichere Aufenthaltsperspektive für alle Kinder und Jugendlichen bis zum Abschluss der Ausbildung oder des Bildungsganges.

- den verstärkten Einsatz multiprofessioneller Teams, zu denen u.a. Lehrkräfte, Pädagog_innen mit Kenntnis der Herkunftssprachen, Sozialarbeiter_innen, Erzieher_innen, Psycholog_innen und weitere Fachkräfte zählen.

- für die aufnehmenden Regelklassen doppelt besetzten Unterricht mit einer/m Fachlehrer_in sowie einer DaZ-geschulten Lehrkraft.

- geflüchtete Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf sollen entsprechend der UN-

Behindertenkonvention inklusiv beschult werden. Dies darf nicht auf Kosten der bisherigen Ressourcen für Inklusion gehen.

- die Aufstockung der Schulbüros, die Anpassung der Leitungsstellen an die Aufgaben und dafür zusätzliche F-Stunden.

Die BSB unternimmt bisher nur kleine Schritte zu diesen Forderungen. So soll die Lebenszeitgrenze bei AVM an beruflichen Schulen zukünftig gestrichen werden. So ist es an uns, für unsere Forderungen und das uneingeschränkte Recht auf schulische Bildung weiter zu kämpfen. Die GEW wird nach den Sommerferien einen Ratschlag für Schulen einberufen, die sich mit Abschiebungen auseinandersetzen und auseinandergesetzt haben. Wir fordern von der BSB, die Punkte des Hamburger Appells, die in ihre Verantwortung fallen, umzusetzen. In diesem Rahmen regen wir eine Fachtagung zu IVK und Basisklassen an.

Und: Wir streiten in Hamburg für eine sichere Aufenthaltsperspektive für alle Kinder und Jugendlichen bis zum Abschluss der Ausbildung oder des Bildungsganges!

DIRK MESCHER

Fördern oder ausgrenzen?

Der Hamburger Senat stellt seine Eckpfeiler für die Entwicklung eines Angebotes vor, dass junge Geflüchtete beim Übergang in Ausbildung und Arbeit unterstützen soll. Wie die Fachleute – Kolleg_innen der AVM-Dual-Klassen – dies beurteilen

Der Senat plant ein Modellprojekt, das in enger Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit (BA), der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie, Integration (BASFI), dem HIBB und den Bezirken die jungen Geflüchteten zusätzlich zur Beschulung in AVM-Dual begleitet und unterstützt. Ziele sind u. a. der Erwerb der für eine Ausbildung erforderlichen Grundlagen der deutschen Sprache und der begleitete Übergang in den Beruf über Maßnahmen des Regelsystems und geförderte Maßnahmen. Hierbei sollen die BA und die Jugendberufsagentur eine maßgebende Rolle einnehmen. (Drucksache 21/7872)

Als Berufsschullehrer_in in AVM-Dual kann man ein solches flankierendes System nur begrüßen. Da wir Kolleg_innen nun auch zunehmend junge Ge-

flüchtete in den regulären dualen Berufsschulklassen haben, können wir bestätigen, dass der Schritt in die Ausbildung von diesen Schüler_innen alle Beteiligten vor neue und sehr schwierige Herausforderungen stellt (Stichwort: Fachsprache und Fachtexte), die auch bei hohem Engagement ohne zusätzliche Unterstützung der Schüler_innen und Berufsschullehrer_innen oft nicht gemeistert werden können.

„Sichere Herkunftsländer“

Mit Entsetzen und dem Wissen um die Konsequenzen müssen wir aber aus der Drucksache auch erfahren, dass ein nicht unerheblicher und wahrscheinlich wachsender Teil unserer Schüler_innen von diesem Unterstützungssystem ausgeschlossen werden soll. Mit der Formulierung „Perso-

nen aus den sicheren Herkunftsländern, die nach dem 31. August 2015 einen Asylantrag gestellt haben, werden, soweit sie nicht als schutzbedürftig anerkannt wurden, nicht in das Programm aufgenommen, weil sie keine Perspektive haben, durch das Programm in Ausbildung integriert zu werden“, übernimmt der Hamburger Senat die Auslegung von „sichere Herkunftsländer“ der aktuellen Bundesregierung. Neben der Tatsache, dass hier die individuelle Bleibeperspektive nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung nach dem allgemeinen Aufenthaltsrecht negiert wird, drängt sich die Frage auf, was das für uns bedeuten wird. Was bedeutet es für einen nicht unerheblichen Teil unserer Schüler_innen, wenn Bildung nicht mehr zu Teilhabe führt? Was ist die

Gesund in den Ruhestand!

Wir bieten euch an, in einem persönlichen Gespräch euch zum Beispiel über folgende Fragen zu informieren:

- Wie kann ich meine Gesundheit erhalten und stärken? Inwieweit kann ich dabei die Unterstützung durch Einrichtungen der Behörden erwarten?
- Welche Schritte muss ich unternehmen, um eine Kur- oder Reha-Maßnahme bewilligt zu bekommen?
- Wie und wo kann ich die Feststellung einer Schwerbehinderung beantragen?
- Wann kann ich in den Ruhestand gehen?
- Habe ich meine rentenrechtlichen bzw. versorgungsrechtlichen Zeiten geklärt?
- Wie berechnet sich meine Altersversorgung?

Jeweils Dienstag bietet die GEW in ihrer Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15, Raum 9 (Mitgliederverwaltung), eine **kostenlose persönliche Beratung** zu diesen und ähnlichen Fragen an. **Die nächsten Termine sind der 18.7., 26.9., 14.11. und 5.12.2017.** Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitnehmer_innen als auch an Beamt_innen. Offene Sprechstunde (ohne Terminvereinbarung) dienstags von 15 bis 17 Uhr in der GEW Geschäftsstelle

GERHARD BRAUER, ehrenamtlich tätiges GEW-Mitglied

Rechtfertigung dieses Vorgehens und was sind überhaupt sichere Herkunftsstaaten bzw. positive/negative Bleibeperspektiven? Die sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“ wurden Ende August 2015 von der aktuellen Bundesregierung beschlossen und unterstellen den aus diesen Ländern kommenden Menschen pauschal, keine anerkannten Schutzgründe zu haben. Zurzeit betrifft dieses Konstrukt Menschen aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Ghana, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Senegal und Serbien. Geplant ist die Ausweitung auf Länder wie Afghanistan, Sudan und die Maghreb-Staaten - die Liste der „sicheren Herkunftsstaaten“ wird immer länger. Mit der Sicherheits- und Menschenrechtslage in diesen Ländern hat das jedoch nichts zu tun. Ziel ist dabei nicht, menschenrechtliche Tatsachen zu beachten, sondern es zählt nur der politische Wille, schneller abschieben zu können.

Bleibeperspektive

Mit dem Konstrukt „sichere Herkunftsländer“ gewinnt aber auch ein weiterer Begriff an Bedeutung für Integration und Teilhabe von jungen Menschen, nämlich die „gute“ bzw. die „negative Bleibeperspektive“. Gut ist die Bleibeperspektive bei einer bereinigten Anerkennungsquote von 50 Prozent in den Asylverfahren, einem Umstand, der von der BAMF selbstständig generiert wird. Dass die BA und die BAMF sich hierbei nicht an ihre eigenen Festsetzungen halten, zeigt die Tatsache, dass zurzeit mit folgender Formulierung auf das Prozedere für die Aufnahme von Schüler_innen zur Weiterbegleitung und -beratung der Jugendberufsagentur hingewiesen wird:

„Zunächst einmal ist anzumerken, dass unser Team ausschließlich Schüler_innen aus Syrien, Eritrea, Irak, Iran und Somalia, zurzeit auch noch aus Ägypten und Afghanistan, berät.“

Afghanistan ist also bald nicht mehr dabei. Und das, obwohl die Anerkennungsquote der afghanischen Geflüchteten nach dem



Geschäftsbericht der BAMF 2016 55,8 Prozent betrug. Natürlich haben Schüler_innen mit diesem Etikett trotzdem die Möglichkeit, sich alleine bei dem für sie zuständigen Arbeitsamt zu melden oder sie schaffen es, einen Weg zu finden, um eigenständig eine Ausbildungsstelle zu ergattern. Jedoch schließt die BA diese Schüler_innen aus, sofern sie sich noch im Asylverfahren befinden und somit eine Aufenthaltsgestattung mit der gleichen Begründung von der Bundes-Ausbildungs-Beihilfe (BAB) und den ausbildungs begleitenden Hilfen haben, was bedeutet, dass diesen Schüler_innen eine elementare Unterstützung bei der Bewältigung einer Ausbildung verweigert wird.

Finanzielle Folgen

Da im Falle einer Ausbildung die finanziell aufstockenden Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz bzw. ALG II nachrangig sind, bedeutet das im Falle der Verweigerung von BAB konkret, dass Jugendliche unter Umständen aus ihren Jugendwohnungen zurück in Massenunterkünfte ziehen müs-

sten, weil der Ausbildungslohn nicht reicht, um die Miete ihres Zimmers in den Wohnungen zu bezahlen. (Insbesondere bei dem von den Berufsschulen in Zusammenarbeit mit den Betrieben entwickelten, erfolgreichen Angebot der beruflichen Qualifizierung (BQ) ist anzumerken, dass das erste Jahr ganz ohne finanzielle Vergütung absolviert wird.)

Hier zumindest hat es ein sehr klares Urteil des Sozialgerichts Potsdam vom 04.04.2017 gegeben, das die Verweigerung von BAB wegen fehlender Bleibeperspektive verbietet (Aktenzeichen: S 6 AL 13/17 ER vom 29.3.2017).

Appell der Flüchtlingsräte

Um mehr Planungs- und Rechtssicherheit für die Auszubildenden und ihre Ausbildungsbetriebe bezüglich des Status der geflüchteten Auszubildenden zu schaffen, setzten sich nun die Landesflüchtlingsräte in Niedersachsen, Berlin, Brandenburg, Hessen und Sachsen in einem Appell vom 5. Mai an die Landesregierungen für ein Aufenthaltsrecht zur Ausbildung ein: „Damit würde rechtlich wie administrativ den betroffenen Menschen eine echte und vertrauenswürdige Grundlage für ihr weiteres Leben angeboten. Gleichzeitig würde den Betrieben bei der Ausbildung von Schutzsuchenden ein Großteil der Auseinandersetzungen mit Behörden erspart bleiben und ihnen echte Planungssicherheit geboten.“ – Wir unterstützen diesen Appell und fordern den Hamburger Senat auf, ein solches „Aufenthaltsrecht für Ausbildung“ einzuführen.

PETRA FLINSPACH,
AMREY DEPENAU
für die Fachgruppe
Berufliche Schulen

Fluchtursachen bekämpfen – aber wie?

Flucht und Migration in Westafrika waren die Themen der Veranstaltung „Warum kommen sie zu uns?“ am 13. Juni im Curiohaus. Eingeladen waren neben zwei Entwicklungs-Expertinnen auch eine Migrantin aus Nigeria

Nach der Begrüßung durch Joachim Geffers umriss Hermann Kaienburg einleitend das thematische Feld mit einigen grundlegenden Informationen. Aus Westafrika nehmen weit aus die meisten Menschen den riskanten Weg durch Wüste und Mittelmeer auf sich, weil sie in ihren Heimatländern keine erträgliche Lebensperspektive mehr für sich sehen. Daher sei der Begriff ‚Migrant_innen‘ besser geeignet als der Begriff ‚Flüchtlinge‘.

Seit dem afrikanisch-europäischen Gipfeltreffen in Maltas Hauptstadt Valetta Ende 2015 konzentriert sich die deutsche Politik darauf, von afrikanischen Regierungen als Gegenleistung für finanzielle Hilfen

Unterstützung dabei zu erhalten, die Migration einzudämmen und Abschiebungen aus Europa zu akzeptieren. Merkmale der deutschen Politik sind auch die Erweiterung der Bundeswehreinheiten in Mali nebst der Einrichtung eines militärischen Stützpunktes in Niger sowie die Einführung verschärfter Grenzkontrollen. Im Zusammenhang mit dem auf dem G20-Gipfel im Juli geplanten „Pakt für Afrika“ bietet der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit einen „Marshallplan“ für Afrika an, in dem – allerdings sehr bescheidene – Summen für besonders reformwillige Länder zur Verfügung gestellt werden, die bereit sind, die Rahmenbedingungen für private Investitionen

zu verbessern (z.B. Rechtssicherheit, Energieversorgung, Verbesserungen im Banksektor).

Können die Länder Westafrikas tatsächlich auf diese Weise vorankommen? Betrachtet man die bisherige Entwicklung, so sind Zweifel daran erlaubt. Der – auch jüngst immer wieder gelobte – Freihandel hat in afrikanischen Ländern eher zu wirtschaftlichen Schäden geführt, weil die in Industrieländern billiger und besser hergestellten Waren die dortigen Märkte überschwemmen und einheimischen Handwerker_innen und Farmern ihre Existenzgrundlage nahmen. Wegen der Fischereiabkommen, die die EU mit fast allen westafrikanischen Staaten abschloss, sind die Meere vor den



Foto: hz

V.l.n.r.: Laurence Marfaing, Uta Bracken, Hermann Kaienburg, Ngozi Utoh-Samuel

dortigen Küsten oft überfischt. In Nigeria führt dies z.B. dazu, dass dort Fisch aus Argentinien importiert wird. Wegen hoher Verschuldung sind viele der Staaten von Krediten des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank abhängig; deren Bedingungen (Freihandel, Privatisierung staatlicher Dienstleistungen u.a.) haben die wirtschaftliche Lage nicht verbessert. Letztlich, so Kaienburg, bleibe den meisten Ländern nichts anderes übrig, als wie zur Zeit des Kolonialismus den Industrieländern Rohstoffe zu verkaufen und ihnen ihre billigen Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Der Aufbau einer Industrie in einheimischer Hand wird auf diese Weise stark behindert. Um wirtschaftlich nachhaltig voranzukommen, müsste ein viel größerer Anteil an den Wertschöpfungsketten innerhalb der afrikanischen Länder realisiert werden.

Natürlich sind viele der Ursachen für die wirtschaftlichen und politischen Probleme in den westafrikanischen Ländern auch hausgemacht. Dies erläuterte Ngozi Utoh-Samuel, die seit 1999 in Deutschland lebt, am Beispiel Nigeria. „Ohne Grund läuft niemand weg“, so fasste sie die Beweggründe der Migrant_innen zusammen. Mit Hilfe von Fotos verdeutlichte sie einige der Gründe:

* Spannungen zwischen ethnischen Gruppen führen immer wieder zu Konflikten, und bei Angriffen religiöser Extremisten sind oft Verletzte und Tote zu beklagen.

* In der Arbeitswelt herrschen häufig rigorose Bedingungen ohne soziale Absicherung. Die Regierung unternimmt so gut wie nichts gegen Hunger und Arbeitslosigkeit.

* Bestechlichkeit und „Vetternwirtschaft“ in öffentlichen Verwaltungen lähmen die Wirtschaft.

* Es gibt viele Probleme mit Infrastrukturen (Wasser- und Elektrizitätsversorgung, Verkehr). Auch das Bankwesen funktioniert nicht zuverlässig.

* Die Schulbildung ist meist sehr einfach. Viele Kinder haben kaum eine Chance, etwas Ordentliches zu lernen. Lehrer erhalten manchmal monatelang kein Gehalt.

Laurence Marfaing vom re-



nommierten German Institute of Global and Area Studies (GIGA) in Hamburg hat seit vielen Jahren über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Westafrika geforscht. Ihre Informationen waren für die meisten Besucher_innen neu und erhellend:

Es gibt in Westafrika eine hohe Binnenmigration. Marfaing nannte mehrere Gründe, insbesondere:

a) In Küstennähe sind, klimatisch bedingt, zwei Ernten pro Jahr möglich, in den nördlich davon gelegenen Gebieten bis zur Sahara (Sahelzone) nur eine.

Überdies gibt es im Norden auch große Schwankungen bei den Niederschlägen. Viele Menschen ziehen daher regelmäßig als Saisonarbeiter_in in den Süden.

b) Auch Fischer verdingen sich oft zusätzlich als Saisonarbeiter, weil die Fischvorkommen jahreszeitlich schwanken und außerdem immer weniger zum alleinigen Lebensunterhalt ausreichen.

c) Viele Arbeitssuchende ziehen in die Städte, obwohl dort nur begrenzt Arbeit zu finden ist.

Hinzu kommen klimatische Veränderungen. Die Wüste dringt nach Süden vor. Halbnomaden ziehen mit ihren Herden immer öfter in Gebiete sesshafter Bauern. Häufig entstehen dadurch heftige Konflikte.

Innerhalb der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS gab es bisher – ähnlich wie in der EU – kaum Grenzkontrollen. Dies ändert sich jetzt. Auf Druck aus Europa werden in den wichtigsten Transitländern biometrische Ausweise und verschärfte Grenzregime eingeführt. Die Binnenmigration in Westafrika wird dadurch zum Teil erheblich mühsamer und teurer.

7,5 Millionen Menschen in Westafrika leben in einem Land, in dem sie nicht geboren sind. Von den 260 Millionen insgesamt sind das allerdings nur drei Prozent. Die etwa 100.000 Menschen, die 2016 aus Westafrika nach Italien gelangten, bilden demgegenüber einen fast verschwindend geringen Anteil.

Uta Bracken, Referatsleiterin für West- und Zentralafrika bei Brot für die Welt (Berlin), ging vor allem auf die individuellen Beweggründe von Migrant_innen ein. Moderne Kommunikationstechnik hat sich auch in

Afrika verbreitet. Die Jugendlichen erfahren über ihr Handy und per Internet viel über andere Länder und kommunizieren z.B. über Facebook untereinander. Doch ist die Familie nach wie vor der Mittelpunkt des gesamten sozialen Lebens. Die Eltern legen fest, wer sich als Saisonarbeiter_in verdingen muss. Einige werden sogar nach Europa geschickt, um zum Unterhalt beizutragen. Geldsendungen aus Europa leisten einen erheblichen Beitrag zum Überleben vieler Familien. In Nigeria trugen sie 2015 mit 4 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei, im Senegal mit 12 Prozent und in Liberia mit 31 Prozent.

Bei vielen Jugendlichen kommt auch der Wunsch hinzu, aus der familiären Enge auszubrechen und dorthin zu gehen, wo das Leben vermeintlich besser ist. Gut ausgebildete junge Leute neigen besonders zur Auswanderung; denn viele Hochschulabsolvent_innen finden in ihren Ländern keine angemessenen Jobs, rechnen sich aber Chancen in Industrieländern aus. Auch durch ein Studium in Europa oder in den USA gelangen viele junge Menschen dorthin und bleiben anschließend zum Teil dort („brain drain“).

Ramona Lenz von medico international (Frankfurt/M.) hatte leider ihre Teilnahme kurzfristig wegen Krankheit absagen müssen. Einige ihrer Präsentationsfolien wurden aber später in die Diskussion eingebracht.

Die Diskussion auf dem Podium widmete sich zunächst der Frage, ob eine Forcierung privatwirtschaftlicher Investitionen, wie sie jetzt der G20-Gipfel als wichtigsten Beitrag zur Bekämpfung von Migrationsursachen vorsieht, die Länder Westafrikas voranbringen wird. Der Tenor der Antworten war skeptisch. Zwar entstehen auf diese Weise Wirtschaftbetriebe in Afrika, aber das Ziel der Investitionen besteht immer darin, dort Geld

zu verdienen, so dass letztlich die Finanzströme vom Süden in den Norden größer sind als umgekehrt. Überdies haben die Industrieländer vor allem Interesse an Rohstoffen; dabei werden meist relativ wenig Arbeitskräfte benötigt. Auch der Verkauf von Fertigprodukten bringt mittelfristig oft eher Schaden als Nutzen, weil einheimische Produkte verdrängt werden. Es gibt zum Teil einige positive Nebeneffekte privater Investitionen, z.B. wenn Afrikaner_innen sich in solchen Unternehmen beruflich qualifizieren können oder wenn Erzeugnisse einheimischer Zulieferbetriebe Verwendung finden. Aber wenn die europäischen Unternehmen ihre Betriebe eines Tages schließen, bleiben meist kaum nachhaltige positive Entwicklungseffekte zurück. Eine eigene verarbeitende Industrie wird in den afrikanischen Ländern auf diese Weise nicht aufgebaut.

Ist es sinnvoll, die Landwirtschaft zu fördern, um die Lebensmittelversorgung zu verbessern? Auch hier fielen die Antworten eher kritisch aus. Intensivlandwirtschaft wie in Europa ist meist nicht sinnvoll; die isolierte Einführung hochtechnisierter Methoden schadet eher. Überdies ist der Erwerb großer Anbauflächen leider oft mit „land grabbing“ verbunden; dabei wird Kleinbauern mit dubiosen Methoden das Land weggenommen. Einige Hilfsorganisationen fördern demgegenüber gezielt die kleinbäuerliche Landwirtschaft durch Vermittlung von Kenntnissen und die Gründung von Genossenschaften, um die Chancen zur Selbstversorgung zu verbessern. Die Frage nach der Bedeutung von Mikrokrediten wurde überraschenderweise ebenfalls eher skeptisch beurteilt. Offenbar fehlen selbst dafür in vielen Ländern geeignete, verlässliche Einrichtungen der Finanzwirtschaft.

In der abschließenden Dis-

kussion wurden viele der bereits angeschnittenen Aspekte noch einmal angesprochen, z.B. die europäischen Agrexporte und die Freihandelsabkommen. Eine Teilnehmerin hob hervor, dass es nicht genüge, die Fischereiverträge der EU transparenter zu gestalten – dies ist nach massiver Kritik in den vergangenen Jahren vielfach geschehen –, sondern sie völlig aufzuheben, da die „schwimmenden Fischfabriken“ dort den einheimischen Fischfang sehr schädigen.

Ist eine stärker protektionistische ausgerichtete Wirtschaftspolitik afrikanischer Staaten sinnvoll? Kamerun hat z.B. den Import von Geflügel verboten. Die Agenda 2063 der Organisation Afrikanischer Staaten (OAU) von 2013, die stärker auf afrikanische Lösungen für die Entwicklungsprobleme setzt, ist zwar ein interessanter Ansatz, wird aber wohl ein gut gemeinter Wunsch bleiben; denn die OAU ist wie die meisten afrikanischen Staaten stark von ausländischen Finanzhilfen abhängig.

Gibt es überhaupt eine Chance für die Länder Westafrikas, aus dem beschriebenen Teufelskreis herauszukommen? Immerhin ist es ja vor allem in Ostasien einigen Ländern gelungen, große Schritte in Richtung auf den Aufbau einer eigenen verarbeitenden Wirtschaft voranzukommen. Dazu gehörten in den letzten Jahrzehnten vor allem Südkorea und China. Deren Weg zu analysieren, wäre eine Aufgabe für eine andere Veranstaltung. Sicher ist: Mit Freihandel wird dies nicht gelingen. Joseph Stiglitz, einst Chefökonom der Weltbank und Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, hat die Schuldenpolitik des IWF immer wieder als Ursache der weiteren Verarmung von Entwicklungsländern bezeichnet und mehr Einfluss dieser Staaten in den Gremien der Kreditvergabe gefordert.

HERMANN KAIENBURG

Breite Zustimmung

Eckpunktepapier bei der Behörde eingereicht

Vorbemerkung

Die elf unterzeichnenden Organisationen haben jeweils eigene Stellungnahmen zu den Empfehlungen der Lehrerbildungskommission verfasst. In ihnen werden die aus Sicht der jeweiligen Organisation wichtigsten Einzelaspekte vertieft aufgegriffen. Gleichzeitig haben diese Organisationen sich zusammengeschlossen, um die wichtigsten Eckpunkte, in denen sie übereinstimmen, als gemeinsame Stellungnahme zu veröffentlichen.

Sie erwarten, dass ihre Expertise und Fachkompetenz in den weiteren Reformprozess eingebunden wird. Dies erwarten sie auch für den anschließenden Prozess der Übertragung der Reform in die 2. Phase der Lehrer_innenbildung.

Die Reform der Lehrer_innenbildung hat starke finanzielle Auswirkungen. Dies muss bei Einleitung entsprechender

Schritte abgesichert werden.

Eckpunkte:

- Es soll ein einheitliches Lehramt geben.

Die Kommission hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es für die Akzeptanz und Qualität der Hamburger Stadtteilschulen von immenser Bedeutung ist, über Lehrkräfte zu verfügen, die in Wertigkeit und Wahrnehmung dem gymnasialen Lehramt gleichgestellt sind. Dieser Ansatz wird konsequent zu Ende geführt, wenn aus den beiden Lehramtern Eines wird für Lehrkräfte, die für ihre sehr unterschiedliche und auch an den Gymnasien heterogene Schülerschaft fachlich und pädagogisch auf hohem Niveau ausgebildet sind.

- Die Bedeutung des Übergangs von der Grundschule in die weiterführende Schule muss sich nachdrücklich in der Ausbildung niederschlagen. Dies

könnte durch gemeinsame Seminare für angehende Primar- und Sekundarstufenlehrer_innen im Studium und im Vorbereitungsdienst gewährleistet werden.

- Für die angehenden Grundschullehrkräfte sollen Deutsch und Mathematik keinesfalls Pflichtfächer sein. Die starke Einschränkung auf diese Fächer gewährleistet keine ganzheitliche Bildung, sondern sorgt dafür, dass es nicht genügend ausgebildete Kräfte für die kreativen und handlungsorientierten Fächer gibt. Die Schüler_innen benötigen aber für die Entfaltung ihrer kognitiven Kompetenzen künstlerische, handlungsorientierte, bewegungsbezogene und demokratie-stiftende Arbeitsformen und Inhalte. Hinzu kommt, dass diese Kompetenzen vor dem Hintergrund einer komplexer werdenden, digitalisierten Welt dringend benötigt werden.

- In allen Lehrer_innenbildungsgängen werden die Themen Inklusion und Heterogenität zu einem zentralen Teil des Curriculums, so dass eine entsprechende grundlegende Qualifizierung gewährleistet wird.

- Alle Lehramter werden zum gleichen Einstiegsamt – Studienrat/rätin (A 13) – eingestellt.



BDK e.V. Fachverband für Kunstpädagogik, LV Hamburg ■ Bildungclub Hamburg ■ Bundesverband Musikunterricht e.V., LV Hamburg ■ Fachschaftsrat Lehramt an allgemeinbildenden Schulen, Universität Hamburg ■ Ganztagschulverband e. V., Landesverband Hamburg ■ GGG, Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V., Landesverband Hamburg ■ Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Hamburg ■ Grundschulverband, Landes-

gruppe Hamburg ■ Verband Hamburger Schulleitungen e. V. ■ Verband Integration an Hamburger Schulen e.V. ■ Vereinigung der Schulleiter/innen der Hamburger Stadtteilschulen in der GGG

Die Hähne beim Nobelpreisträger

50 Jahre nach dem ersten Erscheinen des Romans *Hundert Jahre Einsamkeit* von Gabriel García Márquez führen wir die *hlz-Leser_innen* nach Kolumbien.

Toni Huber, der Autor der folgenden Kurzgeschichten, nimmt uns in Márquez' Heimatland und sogar in seinen Geburtsort Aracataca mit. Wir begegnen einem Kontrolleur an der Grenze, einem Graffiti-sprayer in der Hauptstadt Bogotá und einer Bande von Straßenkindern mit ausgeprägter Per-

sönlichkeit.

„Toni Huber ist ein Reisender, der nicht mit dem Fotoapparat, sondern mit seinen fünf Sinnen sieht“, urteilt Peter Schultze-Kraft, langjähriger Übersetzer und Herausgeber lateinamerikanischer Literatur. MH

An der Grenze

Er berührte mich. Er tastete mich ab, ganz fein, als ob er keine Augen hätte. Es konnte eine Warnung sein. Seine harten Fingerspitzen strichen unter meiner Jacke hoch, bis in die Achselhöhle.

Ich dachte an das eingedickte Bilsenkraut, das die Quacksalber einem drüben unter die

Arme schmierten, um ihn von der Wirklichkeit zu kurieren. Die Fingerkuppen fuhren abwärts und machten Halt am Herz. Etwas fing an zu kreisen. Es war eine kleine, scharfe Bewegung mit dem Zeigefinger, die mir für einen Augenblick das Gefühl abschnitt. Eine Impfung, dachte ich. Ich gehe über die Grenze, und das Neue tut mir nichts an.

Ich kniff die Augen zu. Im Inneren teilten sich meine Kräfte. Blut schoss hoch in den Kopf, wo sich ein Echo löste. Der Zöllner hatte ein frierendes Gesicht. Sein Blick war unbeweglich und lang, fast ohne Berührung.

„Ich bin der erste“, murmelte er, „und hier ist Schluss.“

Die Stimme war aus dünnem Draht, fein ausgezogen. Mit einem Holzstöckchen schlug der Zöllner mir auf eine kleine Stelle zwischen Hals und Schulter, ganz leicht, als sei es ein Amboss aus

Glas. Ich war ruhig und wach.

„Du hast einen verfluchten Charakter, Abfangjäger“, flüsterte ich, „aber schnuppere nur an meinem scharfen Schweiß.“

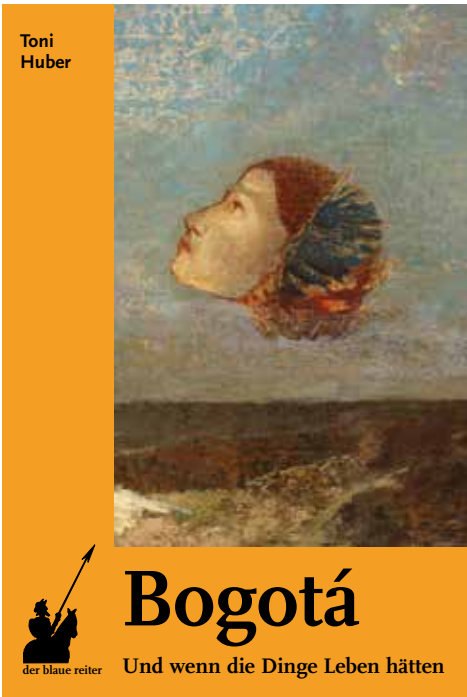
Ich lächelte. Wir trennten uns, ich ging auf die andere Seite.



Cero

Cero spielt Theater an der Universität, aber er schreibt oder malt auch Graffiti an die Wände und Mauern, er war einer der ersten, die damit angefangen haben. Am Anfang bin ich mit ihm gezogen, er nannte das ‚Zurückeroberung der Straße‘, denn die Straße sei in den Händen des Verkehrs, des Lärms, der schlechten Luft, der Reklame und der ganzen Dekoration, die immerzu zum Kaufen einlädt und auffordert und die Leute für dumm verkauft.

„Deine Graffiti machen die Stadt aber auch nicht sauberer“, erklärte ich Cero. „Klar“, sagte er, „wir alle sind Teil einer *suciodad*, einer Gesellschaft, die mit allen Abwassern gewaschen ist. Das Unbefleckte wird befleckt, die Jungfrau irgendwann entjungfert, die Unschuld wird zur Schuld verbockt.“ Cero war ein seltsamer Vogel. Schon als Kind, sagte er, habe er gern mit der Sprache gespielt.



Toni Huber: Bogotá. Und wenn die Dinge Leben hätten, 192 Seiten, gebunden, € 24,90, ISBN 978-3-933722-44-7 (der blaue reiter | Verlag für Philosophie)

Ich erinnere mich noch ganz genau an seine erste Losung, die er oben an der Calle 72, an der Avenida Chile, auf eine wunderbare weiße Mauer zwischen der Dreifaltigkeits-Kirche und einem Reisebüro sprühte: „Nirgendwo ist man woanders“.

„Das ist jetzt eine Tätowierung“, erklärte er, „eine Tätowierung auf die Haut der Steine.“ „Lässt sich das wieder entfernen?“ fragte ich. „Nur durch ein Erdbeben“, erwiderte er.

Die besten Gedanken kamen Cero in der buseta. Manchmal war er tagelang nur unterwegs in der Stadt. Er sammelte die Einfälle in seinem Kopf wie in einem großen Korb, träumte von einer Sprühdose, deren Spray nie aus geht, und von einer Wand, die sich jeden Tag im Kreise weiter dreht und niemals aufhört. Er hielt nach Zeiten Ausschau, die ihm am wenigsten verräterisch, und nach Wänden und Mauern, die ihm geeignet erschienen. Sie mussten gut sichtbar sein, vom Verkehr umspült und möglichst nahe bei einer Kirche liegen, weiß und vollständig unschuldig, dann waren es Dreisternemauern. Kannst du dir das vorstellen? Jemand hält den ganzen Tag nur nach Mauern Ausschau! Nein, eigentlich ist es umgekehrt. Er geht die Straßen ab, an Mauern entlang, so lange, bis eine Mauer ihn schließlich anblickt, er bleibt stehen und weiß: Diese Mauer wird die nächste sein.

Gut, das ist wenigstens nicht gefährlich. Gefährlich ist die Arbeit selber, die Angst, erwischt zu werden mittendrin, mit den Händen im Teig, die eigene Angst, die einen selber verrät und das Graffiti versaut. Dein bester Komplize ist die Wahl der richtigen Stunde, für Cero ist es meist die Mittagszeit. Da zieht er alleine los, nervös bis in die Haarspitzen, erregt bis in die Zehen, und wenn er sprüht, ist er allein inmitten von jedermann, wieviele Verräter und heimli-

che Polizisten sind darunter? Du musst wissen, dass sich eine Gruppe gebildet hat, die sich „MAG“ nennt, „Muerte A Grafiteros“, „Tod den Graffitiprühern“. Sie arbeiten im Auftrag der Eigentümer von Mauern, Wänden und Häusern, eine Art Selbstverteidigung, und wenn sie dich schnappen, dann hast du verspielt, dann bist du gegessen, alle, die regelmäßig sprühen, haben eine ohnmächtige Angst, denen in die Hände zu fallen, Paranoia.

Trotzdem geben sie nicht auf. „Jedes Wort war mal ein Tier“, sagt Cero, „kein Wunder, dass sie jetzt Jagd auf die machen, die Wörter an die Wände malen.“

Äußerlich gleicht Cero seiner Mutter, die aus den Kaffeepflanzungen des Tolima stammt, innerlich ist er ein Mann, der an Romantik hängt und spielen kann wie ein Kind. Bei der Kirche San Miguel am Parque Humboldt, genau gegenüber der kleinen Polizeistation, gibt es eine schneeweiße Mauer, auf die hat Cero einmal die Mahnung gesprüht: „Lieben Sie Ihre Frau! Sonst wird es ein anderer tun.“ Das hat ihn fast das Leben gekostet. Ein Polizist von gegenüber hat ihn beobachtet und ohne Warnung eine Kugel auf ihn abgegeben. Sie verfehlte Cero und schlug in die Frau ein, das heißt, in das Wort „Frau“, das Wort ist vielleicht gestorben, aber der Satz hat überlebt und steht noch immer an der Mauer.

„Der Morgen ist grün, und der Abend ist reif, dazwischen geht es drunter und drüber“, sagt Cero. Er hat dann aufgehört, Graffiti an die Wände zu schreiben. Einige seiner Leute haben ihn daraufhin Feigling genannt. Aber was ist ein Feigling? Ein Feigling ist einer, der den Mut hat zu sagen, dass er Angst hat. „Ich brauche nichts mehr an die Wand zu schreiben“, erklärte Cero, „ich weiß jetzt, dass auch einsame Gedanken weit in die Welt hinein wirken.“



Die Hähne von Aracataca

„Aber ja, aber ja...!“

Die letzten Worte des Frisörs hallten aus dem Laden hinaus in die Gasse hinein, nachdem er die Schere und das Messer beiseite gelegt und mir die Hand zum Abschied gedrückt hatte.

Dabei hatte ich, während er mir die Haare vom Kopf herunter zu Stacheln schnitt und sie gleichzeitig mit einem strengen Luftzug aus seinen schmalen Lippen heraus in die Ecke blies, bloß ein Foto betrachtet, das an der Spiegelwand des Ladens hing und einen Empfang im feinen Überseeklub von Cartagena zeigte, der ganz in der Nähe gelegen war.

In diesem Klub musste die Brüstung der Terrasse verstärkt und erhöht werden. Bei Empfängen für Honoratioren aus Nordamerika und Europa fielen die Gäste, entgegen ihrer Sitte, offen und sachlich, immer wieder rückwärts über das Gelände, wenn sie vor ihren Gastgebern zurückwichen, deren ungewohntem Temperament und Zudringen sie nicht standzuhalten vermochten, worauf die Gastgeber nicht müde wurden, wild um sich zu blicken.

Ich stand in einer menschenleeren Gasse und schaute mich um. Es gab fast keine Häuser mehr. Die Häuser waren, als ob man sie verstecken wollte, beinahe gänzlich ins Dunkel hinein gestellt.

Aracataca liegt mitten in Bananen. Eine kleine Stadt voller Glut und Staub, und sie hat einen Nobelpreisträger der Literatur und einen Boxweltmeister in der Fliegengewichtsklasse großgezogen.

Wenn man mit dem Expresso del Sol von Santa Marta her kommt, von der Küste der Karibik, muss man in Aracataca, wenn man aussteigen will, aus

dem fahrenden Zug springen, bei vierundsiebzig Grad vierzehn Minuten westlicher Länge und zehn Grad einunddreißig Minuten nördlicher Breite, denn der Zug macht dort keinen Halt. Diese Station ist einfach so gebaut, das heißt, sie ist gar keine Station, sondern eine Ambulanz, und der Express zur Sonne ist bloß ein gewöhnlicher Durchzug. Du springst also heraus bei vierundsiebzig Grad vierzehn Minuten, du überschlägst dich wie eine Dreckschuppe, und bei vierundsiebzig Grad dreizehn Minuten einundzwanzig Sekunden kommst du wieder auf die Beine. Hier ist es heiß, wie auf glühenden Kohlen, und du verbrennst dir leicht das Maul.

Im Hof des kleinen Hauses, in dem der übermächtige Literat aufgewachsen ist, dösen Hähne in der Mittagssonne oder stochern in der Erde nach Staub. Auch legen sie Eier, die haben die Form von Planetenbahnen, und das Herz ist eine gelbe Sonne. Seltsame Eier, die, wenn sie roh sind, am zerbrechlichsten sind.

Die Hähne fangen einstimmig zu krähen an, nachdem der Morgenwecker des Hausherrn Jorge García Segundo sekundlang geschriilt hat. Wenn der Wecker nicht läutet, schlafen die Hähne, und mit ihnen alles Gefieder drumherum, bis zum Mittag durch, und der Tag bricht von allein an.



Lucas Altas und seine Freunde

Des Nachts hausten sie an jenen Plätzen, wohin die Sauerbären ihren Abfall schafften. In den Kanälen untertage, bei den schwarzen Flüssen, an deren Ufer die Ratten spazieren gingen und Ausschau nach den Stellen hielten, wo die toten Menschen

ihre Knochen verloren. Wo Kinder mit tiefen Augen aufwuchsen, die das meiste sahen, das nötigste wussten und gut zu Propheten taugten.

Kleine Geschöpfe von unzähligen Alter, aus einem tiefen Brunnen mit einem zerbrochenen Krug geschöpft, ihr Leben aus Bruchstücken und Ersatzteilen zusammen gesetzt und in Müll gehüllt.

Tod durch Müll. Tod durch Wasser. Tod durch Luft. Tod durch Feuer. Tod durch Erde. Der Tod ist keine Gefahr. Der Tod ist ein Gefährte. Der Tod ist Trost. Der Tod hat es nicht eilig. Der Tod ereilt einen immer erst, wenn das Leben zu Ende ist. Tod so viel und durch und durch, am üppigsten lebt der Tod. Ist er gnädig, lässt er Abfall zurück.

Hier ist *Canelo*, ‚der Zimtfarbene‘, es schattet, und Canelo hinkt: „Gestern kam der Tod zu mir, ich bin der König der Reichen.“

Hier ist *Conejo*, ‚das Kaninchen‘, er hält das Maul, das Schweigen wetzt die Scharte aus, die der schiefe Mund ihm eingetragen hat, er ist, wenn er nicht spricht, der Herr teils der Umstände und teils der Kühle, der Herr der Blüten und der Blumen, die Blumen jenseits des Gartens werden wilder mit jedem Tag.

Hier ist *Calvo*, ‚die Glatze‘, die Ärmel seiner fadenscheinigen Wolljacke gehen weit über die Hände hinaus und baumeln am Ende leer in der Luft, so dass es aussieht, als seien die Arme abgeschnitten, der Kopf aber ist deutlich sichtbar, kahl wie eine Billardkugel.

(...)

Hier ist *Belladonna*, ‚die tollgewordene Kirsche‘, die anderen nennen sie *Laluna*: Sie bettet, in Tüll gehüllt, ihren leichten Leib in schweren Schlaf. In Schlaf, so tief, dass er den Tod angreift.

„Gut“, sagen sie, Laluna, Calvo, Conejo und Canelo, „gut,

wir sind ausgeschlossen. Eingeschlossen sind wir nicht.“

(...)

Jetzt saß er (*Conejo; Anm. d. Red.*) wieder an der Décima, mitten im noch schwachen Fußgängerverkehr der frühen Morgenstunden. Die Beine hatte er auf dem Asphalt ausgestreckt, weit weg von sich, es sah aus, als seien sie vom Himmel herunter gefallen, seine Brust war gebogen, der lose Blick aus kahlen, harten Augen war auf die unfruchtbare Straße gefallen, wo es fast nichts gab, die Menschen gingen noch nicht in Massen, einer am anderen, in dieser schmalen Stunde des frühen Morgens, es war ein kurzes Sehen, das in einem grünen Dunst zum Stillstand kam.

Vor ein paar Tagen hatte Conejo sich wieder zu Wort gemeldet. Es war seit Wochen das erste Mal, und eine gereizte Seele zeigte ihr grobes Gebiss. Er sagte nicht viel, er benahm sich einsam wie immer. Auch wenn er etwas aß, machte er kaum den Mund auf, es waren die Augen, die hin und wieder seinen Kopf öffneten, Lucas sagte dann oft: „Conejo sagt zwar nichts, aber es stimmt. Er ist unser Prophet.“

Diesmal stammelte Conejo bloß zwei Sätze, die stumpf über seine gespaltene Lippe kamen, doch rasch und wie ein Überfall.

Einer der Sätze handelte davon, dass Conejo an jenem Tag Geburtstag hatte. Kaum hatte er den Satz ausgesprochen, fing er an, lautstark zu atmen, so als sei das die Lösung für einen wie ihn, im Lärm des Verkehrs der Menschen nicht unterzugehen.

Lucas und die anderen waren oft verzweigt in ihren Ansichten, Calvo ging auch eigene Wege. Doch hier waren sie sich auf der Stelle einig, Conejo ein seltenes Geschenk zu machen, auf das er selber, auch bei ausdrücklichem Einsatz der Sprache, wahrscheinlich nicht gekommen wäre. Canelo hatte die Idee mit dem Sarg. Er sagte, dann sei wenigstens für

das Ende gesorgt. Ein Sarg sollte her für ‚das eingeschüchterte Gehirn‘, wie sie Conejo ab und zu nannten, und für seine ewige Zukunft.

Canelo hatte die Idee. Er, der das Besondere konnte, wenn er einen Nagel in den Baum schlug, wuchs der Nagel, und der Baum fing an zu schrumpfen, er sagte immer: „Ich habe die Ideen, und Lucas ist der berühmteste von uns“, zu Conejo hatte Canelo einmal gesagt: „Hör zu, Kaninchen, Lucas wird bald sterben“, Conejo hatte sich umgedreht und in eine andere Richtung geschaut, da setzte Canelo nach: „Lucas wird bald sterben, er riecht schon nach Aas.“

Lucas kannte einen Laden in Las Cruces, und mit nicht viel Aufwand gelang es ihnen, einen Sarg aus Zedernholz zu entführen, ein halbfertiges Stück gleich neben der Eingangstür.

Sie luden ihn auf einen ihrer Karren, zwei spannten sich davor, die anderen trieben von hinten an. Sie galoppierten kreuz und quer durch die Gassen, bis zu der Stelle, die sie abgemacht hatten, auch Canelo mit seinem Strohfuß, der hinkte, verfiel in der Fahrt in einen Galopp, vier Hengste in einer einigen Herde,



Toni Huber: freier Schriftsteller und Dozent für Deutsch als Fremdsprache an der VHS Hamburg; ver.di-Mitglied

**Radiointerview und Lesung unter:
www.toni-huber.com/index**

die ohne Hämmer, ohne Stocken, den Weg nur mit ihren Hufen beschlugen.

Unter der Brücke an der Avenida 26 hielten sie an. Ihre Gesichter waren rot angelaufen und flammten auf, rot in allen Farben. Canelos Hinkebein war schief gelaufen, ihm war unwohl, und er schüttelte die Arme. Die vier bemerkten, dass der Sarg ein Kindersarg war, rissen die Augen hoch und schauten sich groß an.

Conejo war ausgegangen, erst am Abend ließ er sich wieder blicken. Manchmal schlich er ins nahe Café San Moritz, wo er eine Stunde Ruhe suchte und an Zuhause dachte. Nach Hause mochte er schon, auch für immer, aber nicht zu seinen Eltern, denn wenn man zu Vater und Mutter gehörte, sagte er, war man in der Mitte durchgesägt.

In Gesellschaft war Conejo grau und einsam, war er allein, durchfluteten Farben sein Gemüt, und Bärenkräfte brachen in seinem Kopfe aus. Aus Gewohnheit trank er zwei Kaffee. Er kaute erst, bevor er schluckte, er trank den Kaffee ohne Zucker. Dann gehe mehr Kaffee in die Tasse, hatte er einmal erklärt, und Laluna und Canelo hatten andächtig genickt. Am Ende schlug er sich den Gedanken an Zuhause aus dem Kopf und schaute durch die immer offene Tür nach draußen. Sein Kopf war jetzt vollkommen leer.

Man hätte eine Kugel durchschießen können, sie hätte nichts verbrochen.

Lucas kniete vor dem Eingang zum Kanal, der unter einer Steinplatte versteckt hinter einem der Brückenpfeiler lag und machte den anderen vor, wie der Sarg hinab zu lassen sei. Nach kurzer Zeit hockten Laluna, Canelo, Calvo und Lucas im gelben Schein einer Kerze wie ausgewildert um das Dunkel geschart und machten sich Gedanken über das Möbelstück.

„Wenn man einen Sarg aufmacht, sieht man nichts“, sagte

Calvo, seine Glatze schimmerte matt und ohne Glanz.

Canelo zog ein Messer hervor und schnitzte eine Losung in das weiche, frische Holz hinein, das noch nicht lackiert war: „Die Toten sind nicht traurig“.

„Oben ist der Himmel“, sagte Laluna plötzlich, „und unten, wo man denkt, dass da die Hölle sei, ist bloß die Erde.“

„Es soll Städte geben“, bemerkte Calvo schläfrig, „da fahren dort, wo wir nachts schlafen, Züge, die sind länger als die schlimmste Schlange.“ Er hielt eine Zigarette in der hohlen Hand, so dass die Glut gegen die Hand gerichtet war. Wenn er einen Zug nahm, drehte er die Hand nach links, zog kräftig an, drehte die Hand nach rechts und blies den Rauch in den weiten Ärmel seines Mantels. Schwerfällig hob er den Kopf an, die Kraft der Angst vor dem Dunkel spannte feine Muskeln in seinem Gesicht.

„Morgen setzt der Herrgott wieder ein Stück Unglück an mein Leben“, sagte er. „Das Unglück kommt auch so, ohne dass man einen Finger krumm machen muss.“

„Was wäre, wenn du morgen plötzlich sterben würdest?“, fragte Lucas.

„Besser als nichts“, erwiderte Calvo.

„Ich komme mir vor, als sei ich ausgestorben“, flüsterte Lucas.

Conejo war in der Zwischenzeit zurückgekommen. Er erblickte den Sarg, schaute Lucas an und lächelte. Die ausgeleierte Hose reichte weit über seine Füße hinaus, Conejo benutzte sie auch als Schuhe. Er strich mit dem Zeigefinger über eine breite Kerbe am Hals und klopfte sachte mit der einen Hand auf die harten Knochen seines Gesichts.

TONI HUBER

45 Jahre Radikalenerlass

Ein dunkles Kapitel bundesdeutscher Geschichte fordert seinen Tribut

45 Jahre ist es her; da wurde der jungen Demokratie der BRD schwerer Schaden zugefügt. Im Januar 1972 beschloss die Ministerpräsidentenkonferenz mit der Unterzeichnung von Willy Brandt den sogenannten Radikalenerlass. Zur Abwehr angeblicher Verfassungsfeinde sollten „Personen, die nicht die Gewähr bieten; jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten“, aus dem öffentlichen Dienst ferngehalten bzw. entlassen werden.

Formell richtete sich der Erlass gegen „Links- und Rechts-extremisten“, aber tatsächlich traf er vor allem Linke: Mitglieder der DKP und anderer sozialistischer und linker Gruppen bis hin zu Friedensinitiativen und SPD-nahen Studentenorganisationen.

Vorreiter ist Hamburg gewesen, mit einem entsprechenden Erlass des damaligen SPD-Senats am 23. November 1971!

Rund 3,5 Millionen Bewerber_innen wurden bundesweit mit tatkräftiger Unterstützung des Verfassungsschutzes über die Regelanfrage von den Einstellungsbehörden auf ihre „politische Zuverlässigkeit“ durchleuchtet.

Man warf den Betroffenen legale politische Aktivitäten vor, wie Teilnahme an Demonstrationen, Unterzeichnen politischer Erklärungen oder Kandidatur bei Wahlen.

In Folge erhielten Tausende Berufsverbot oder sogar Ausbildungsverbot: Lehrer_innen, Sozialarbeiter_innen, Briefträger, Lokführer, Menschen aus dem Bereich Rechtspflege. Bis 1978 listete die Vorstandskommission Berufsverbote der GEW-Ham-

burg unter dem Vorsitz von Peter Daschner 106 Hamburger Fälle auf.

Die Ausübung von Grundrechten wie Meinungs-, Organisations- und Versammlungsfreiheit war bedroht und wurde bestraft.

Die Hexenjagd auf „Radikale“ vergiftete das politische Klima.

Aber es entwickelte sich auch schnell eine breite Protestbewegung, begleitet von großer internationaler Solidarität. Das Wort „Berufsverbot“ hat in die Sprachen anderer europäischer Länder Eingang gefunden.

Im Laufe der 1980er bis Anfang der 90er wurden nach zum Teil jahrelangen juristischen Auseinandersetzungen die meisten Verbotsfälle eingestellt. Aber nicht im Zuge einer politischen Aufarbeitung, sondern im Rahmen eines Vergleichs

Leider sind auch die Gewerkschaften in die Berufsverbotepraxis verstrickt gewesen. Mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen von 1973 haben sie intern Gesinnungsschnüffelei betrieben. Nicht selten folgte für Mitglieder nach einem Gewerkschaftsauschluss das Berufsverbot.

Die GEW hat den Unvereinbarkeitsbeschluss aus ihrer Satzung gestrichen und sich bei den Betroffenen entschuldigt. Sie fordert seit Jahren und aktuell wieder ein Eingeständnis der Politik, dass der Radikalenerlass ein schwerer Fehler war; sie verlangt eine offizielle Entschuldigung bei den Betroffenen und deren umfassende politische und materielle Rehabilitation.

Bisher hat nur Niedersachsen damit begonnen. Der Landtag stellte im Dezember 2016 fest, dass der Radikalenerlass

ein unrühmliches Kapitel in der Geschichte Niedersachsens darstellt und das Geschehene ausdrücklich bedauert wird. Er sprach den Betroffenen Respekt und Anerkennung aus. Es wurde eine Landtagsbeauftragte für die Aufarbeitung der Schicksale der vom Berufsverbot Betroffenen ernannt. Sie soll auch Möglichkeiten der politischen und gesellschaftlichen Rehabilitation prüfen.

Und Hamburg? Fehlanzeige! Eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom Dezember 2013 an den SPD-Senat nach Rehabilitation der Hamburger Betroffenen beantwortete der Senat lapidar mit: „Damit hat sich der Senat nicht befasst“!

Bis heute sind Gesinnungsschnüffelei und Berufsverbote nicht vom Tisch. So wird in Bayern bei allen Bewerber_innen für den öffentlichen Dienst die „Verfassungstreue“ überprüft. Und es gibt aktuelle Fallbeispiele: 2004 erhielt der Realschullehrer Michael Csaszkozcy in Hessen und Baden-Württemberg Berufsverbot und wurde erst 2007 in den Schuldienst übernommen. 2016 blockierte der Verfassungsschutz monatelang die Doktorandenstelle von Kerem Schamberger an der Uni München, weil er Mitglied der DKP ist.

45 Jahre Berufsverbote! Es ist an der Zeit, dass auch die GEW-Hamburg dieses Thema wieder auf die Agenda setzt.

Erinnerung - Aktualität aufzeigen – Rehabilitation einfordern!

Darum geht es auf der Veranstaltung am 3. November.

JUTTA MARTENS HINZELIN
ILONA WILHELM
BG Ruhestand

Jetzt wechseln und mitfeiern!

**Gewinnen Sie
Event-Gutscheine im
Wert von je 500 Euro!**



¹ Voraussetzung: Bezügekonto mit Online-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.
² Für GEW-Mitglieder, Voraussetzung: Eröffnung Bezügekonto, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.
³ Nur Hauptkarte, Voraussetzung: GEW-Mitgliedschaft; alternativ auch Mastercard® Classic mit gleichen Leistungen möglich.

Unglaublich: Das kostenlose Bezügekonto¹ der BB Bank feiert seinen 10. Geburtstag!

Während andere Banken ihre Gebühren erhöhen, bieten wir unseren Kunden Kontoführung zum Nulltarif² inkl. BankCard und Depot! Wenn Sie jetzt zum Bezügekonto der BB Bank wechseln, können Sie an über 3.000 Geldautomaten kostenlos Geld abheben. Hätten Sie es gedacht? Der Online-Kontowechsel dauert für Sie nicht länger als 8 Minuten.

Gewinnen Sie einen von 10 Event-Gutscheinen im Wert von je 500,- Euro und feiern Sie mit!

Exklusive GEW-Vorteile:

- 50,- Euro Startguthaben³
- Kostenfreie Kreditkarte VISA ClassicCard³ zum Bezügekonto

Jetzt informieren:

Ihre Filiale vor Ort, unter Tel. 0 800/40 60 40 190 (kostenfrei)
oder www.bb-bank.de/gew 

Mehr dazu unter
www.bb-bank.de/gew

 Vorteile für
GEW-Mitglieder!

 BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Armut im Alter

Warum wir eine Rentenreform brauchen, die einen auskömmlichen Lebensstandard sichert

Bereits im September 2012 hatte die damalige Arbeits- und Sozialministerin Frau von der Leyen festgestellt: „Wer heute weniger als 2.500 € verdient, dem droht Altersarmut“. Da hatte sie Recht und sie hat heute immer noch Recht. Gegenwärtig beziehen nach einem Forschungsbericht, den Ver.di in Auftrag gegeben hat, 44 Prozent aller Beschäftigten ein Bruttoeinkommen von 2.500 € im Monat oder weniger. Wer mit diesem Einkommen auf weniger als 40 Beitragsjahre kommt, rutscht definitiv auf Hartz-IV-Niveau und damit in die Altersarmut.

Und die Bundeskanzlerin nimmt billigend in Kauf, dass das Rentenniveau weiter sinkt: „Wir haben alle Reformschritte bis 2030 gemacht.“ (Merkel am 20.06.2017 auf dem Tag der Deutschen Industrie)

Was ist bis 2030 geplant?

Das Nettorentenniveau von gegenwärtigen 48,2 Prozent soll bis zum Jahre 2030 nicht unter 43 Prozent sinken. Diese „Haltelinie“ gilt allerdings nach gegenwärtiger Rechtslage nur bis zum Jahre 2030 und wenn sich nichts

ändert, sinkt das Rentenniveau weiter!

Von welchem Maßstab wird dabei ausgegangen?

Grundlage aller Berechnungen ist die sogenannte „Standardrente“ oder „Modell-Rente“. Diese bezieht sich auf Arbeitnehmer_innen, die 45 Jahre immer durchschnittlich verdient haben. Gegenwärtig hätten diese Arbeitnehmer_innen bei dem aktuellen Rentenwert von 31,03 € (wird jährlich anhand der Bruttoverdienste des letzten Jahres festgelegt) einen Rentenanspruch auf 1.396,35 € brutto im Monat.

Davon verbleiben nach Abzug der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge und nach Abzug der Steuern (IV/ ohne Kinder) netto 1.226,95 €. Und diese Nettorente entspricht gegenwärtig, gemessen an den durchschnittlichen Nettoverdiensten, einem Rentenniveau von 48,2 Prozent.

Bis Anfang der 90er Jahre lag das Rentenniveau noch über 70 Prozent, 1995 bei 53,9 Prozent und 2005 immerhin noch bei 52,6 Prozent.

staatlich geförderte private Rentenversicherung einzuzahlen. Obwohl längst nicht alle Arbeitnehmer_innen einen Riester-Vertrag abgeschlossen haben, wurde bei der Rentenberechnung allen Beitragszahler_innen dieser Anteil abgezogen. Inzwischen ruhen etwa ein Drittel aller Verträge, weil sich immer weniger Menschen diese Art der Alterssicherung finanziell leisten können oder ihnen die Anlage zu unsicher ist.

Auch die beitrags- und steuerfreie Entgeltumwandlung (seit 2002) für eine Betriebsrente reduziert die Rente. So kann es verlockend sein, weniger Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen, dies senkt aber systemimmanent die Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Auch die Arbeitgeber_innen müssen auf diesen Teil des Arbeitsentgelts keine Beiträge entrichten (ca. 20 Prozent). Gegenwärtig sind sie nicht einmal verpflichtet, den Arbeitnehmer_innen diesen Anteil für ihre Betriebsrente zu erstatten.

2004, zu Zeiten einer erhöhten Arbeitslosigkeit, wurde zudem der „Nachhaltigkeitsfaktor“ eingeführt, der bei einer ungünstigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt eine Rentensenkung bewirkt. Dadurch gab es in den Jahren 2004, 2005 und 2006 keine Rentenerhöhungen, ein erheblicher realer Verlust.

Drastisch gesenkt werden die Renten seit 2001 zudem durch Abschläge bei einer vorzeitigen Inanspruchnahme und seit 1983 (verschärft in den Jahren 2009 und 2014) durch die Einführung der Beitragspflicht zur Kranken- und Pflegeversicherung. In den nächsten Jahren wird die nachgelagerte Besteuerung der Renten zusätzlich die Nettorenten reduzieren.

Mit dem Hinweis, dass Akademiker_innen ohnehin ein höheres Einkommen haben und deshalb privat vorsorgen können, werden Zeiten eines Hochschul-

Wodurch wurde das Rentenniveau gesenkt?

Wesentlichen Anteil daran hatte der „Riesterfaktor“, der 2001 eingeführt wurde. Die Arbeitnehmer_innen wurden von der damaligen rot-grünen Regierung aufgefordert, 4 Prozent ihres Einkommens in eine

Inklusion passiert dann,
wenn Unterschiedlichkeiten uns ausmachen.
So wie bei dir.

Unsere Vorsitzende

Angelika Fiedler
ist tot.

Wir sind fassungslos und traurig.

ViHS - Verband Integration an Hamburger Schulen e.V.
Martin Kunstreich Susanne Siegert
Berthold Brunner Eva Dörner
Andrea Lübke Maren Epping Michael Rieger

besuchs seit 2008 nicht mehr bei der Rentenberechnung berücksichtigt. Schlecht sieht es auch für Arbeitslose aus. Die Zeiten der Arbeitslosigkeit wirken sich nur noch geringfügig rentensteigernd aus, Zeiten von Hartz IV seit 2011 gar nicht mehr.

Auf verschiedenen Wegen haben alle Regierungen der letzten Jahre auf die Renten zugegriffen. Deshalb sind für langjährig versicherte Männer (35 bis 45 Versicherungsjahre) die durchschnittlichen Zugangsrenten (Neurenten), die im Jahre 2000 noch 1.111 € brutto betragen, bis zum Jahre 2015 auf 1.047 € gesunken. Immer mehr alte Menschen im Rentenalter sind auf Grundsicherungsleistungen angewiesen. Deren Zahl stieg von 257.734 (2003) auf 536.121 (2015). Und diese Tendenz wird anhalten, denn politisch ist eine grundsätzliche Umkehr nicht in Sicht.

Warum ist die Rente in Österreich deutlich höher?

In Österreich ist in den letzten Jahren die gesetzliche Rente gestärkt worden. Es gilt folgende Regel: Hat man beim Eintritt in die Regelrente mit 65 Jahren 45 Versicherungsjahre zurückgelegt, so können die Rentner_innen etwa 80 Prozent ihres durchschnittlichen Bruttoentgelts erwarten. Diese Modellrente beträgt monatlich 1.560 € brutto, 14-mal im Jahr. Das Rentenniveau netto liegt dadurch bei 91,6 Prozent.

Der Beitragssatz ist mit 22,8 Prozent zwar höher als in Deutschland, jedoch zahlen Arbeitgeber_innen hiervon 12,55 Prozent, Arbeitnehmer_innen 10,25 Prozent (Deutschland jeweils 9,35 Prozent).

Warum Frau von der Leyen Recht hat

Wer 2.500 € mtl. brutto ver-

dient, d.h. im Jahr 30.000 €, erwirbt in der gesetzlichen Rentenversicherung pro Jahr 0,8085 Entgeltpunkte. Das sind in 40 Versicherungsjahren 32,34 Entgeltpunkte. Ein Entgeltpunkt wird seit dem 01.07.2017 mit 31,03 € bewertet (aktueller Rentenwert), daraus ergibt sich eine monatliche Bruttorente von 1.003,51 €, nach Abzug der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge verbleiben 893,63 € im Monat.

In Hamburg werden als Grundsicherung im Alter durchschnittlich 859 € (409 € Grundbetrag und ca. 450 € für Wohnung und Heizung) ausgezahlt. Diesen Betrag bekommt man auch, wenn überhaupt keine Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt worden sind.

Das untergräbt das Vertrauen in das gesetzliche Rentenversicherungssystem!

GERHARD BRAUER

Rentenentwicklung: WIR machen Druck! Inhaltliche Debatten vor den Bundestagswahlen führen

Keine drei Monate mehr bis zu den Bundestagswahlen! Viele Menschen sind unzufrieden mit der etablierten Politik und rechtspopulistische und rassistische Argumentationen breiten sich zunehmend aus. Für diese Entwicklung und den wachsenden Vertrauensverlust in die Politik gibt es vielfältige Gründe: Die Rentenpolitik der letzten Jahre/Jahrzehnte und die prognostizierte weitere Entwicklung, an der auch der im Juni von der Koalition verabschiedete Kompromiss zur Stärkung der Betriebsrenten kaum etwas ändern wird, haben diesen Vertrauensverlust mit befördert.

Die offenen und verdeckten Rentenkürzungen sind in hohem Maße ungerecht und haben ein Ausmaß erreicht, das nicht hinnehmbar ist und einen Kurswechsel erfordert. Dabei geht es keinesfalls nur um die „BestandsrentnerInnen“. Ohne einen Kurswechsel werden insbesondere die Kolleg_innen (zunehmend auch der GEW!) betroffen sein, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten in Rente gehen.

Auch die Politik der Gewerkschaften hat in

den letzten Jahren in dieser Frage nicht überzeugt. Inzwischen hat sich beim DGB einiges bewegt. Die Stabilisierung und Stärkung der gesetzlichen Rente soll zu einem die Wahl mitentscheidenden Thema gemacht werden. Diesen Ansatz unterstützen wir mit einer

Veranstaltung am 12.7., um 18 Uhr im Curiohaus (ABC)

Wir werden in der Veranstaltung die Rentenentwicklung darstellen, den Parteien NN (CDU), Anja Hajduk (Grüne), Cornelia Kerth (Linke), Ronja Schlager (SPD) Gelegenheit zur Darstellung ihrer Positionen geben, aber auch dem Publikum Raum zu Nachfragen und zur Auseinandersetzung mit unseren Forderungen schaffen.

Rentenpolitik geht uns alle an! Wir müssen Druck machen.

Unsere Wahlentscheidung sollten wir von den Absichten der Parteien in dieser Frage mit abhängig machen!

HOLGER RADTKE (BGR)

„It's like breathing“

Eine israelische Autorin zu Gast an Hamburger Schulen und im „GEW Salon“

Theaterwissenschaftlerin, Professorin an der *Hebrew University of Jerusalem* für politische Kultur und Kunstmanagement, Publizistin: das ist Diti Ronen. Sie hat viele „Berufungen“, aber jene, die sie am Leben hält, ist die einer Dichterin. Das Schreiben von Poesie, lässt [sie] überleben“. Eine Kombination aus emotionaler und intellektueller Reaktion auf die Realität sei die Poesie, die sie überkomme und der sie nicht widerstehen könne.

Diti Ronen war im Mai nicht das erste Mal in Deutschland, aber es war eine Premiere, einige ihrer Gedichte auf Deutsch zu lesen und zu hören. Die in Tel Aviv geborene Israelin schreibt auf Hebräisch und Englisch. Ihre Poesie wurde bereits mit internationalen Preisen ausgezeichnet; seit Jahren liest sie regelmäßig weltweit auf diversen Kulturveranstaltungen und Festivals. Nach Hamburg brachte sie ein ganz besonderes Gedicht mit: „*Kleines Drossel*“ erschien im November 2016 in *Sinn und Form*.

Im Rahmen des „GEW Salon“ im Mai hatten GEW-Mitglieder und andere Interessierte die Gelegenheit, zu einer persönlichen

Begegnung mit der Dichterin. Die Themen ihrer Gedichte sind weit gestreut, berühren aber immer ihr eigenes Leben und bringen ganz persönliche Aspekte zur Sprache. „*Kleines Drossel*“ greift einen Moment im Leben ihrer Mutter auf, einen Moment in Auschwitz-Birkenau. Das ungewöhnliche Gedicht zog die Zuhörer_innen mit seiner Intensität in diesen Moment hinein. Ein ungewöhnliches Ereignis im Lager, das die Atmosphäre dort in all seiner Abnormität exemplarisch einfängt. „*Kleines Drossel*“ erzählt von einem Bündnis zwischen fünf jungen Frauen, das der Mutter der Dichterin half, den Horror zu überleben.

Neben der Lesung selbst war der Austausch ein wesentlicher Teil der Veranstaltung. Aber das Besondere an dem Besuch Diti Ronens war, dass sie nicht nur für die GEW-Mitglieder las, sondern auch an Hamburger Schulen (Gymnasium Buckhorn, Christianeum, Ida Ehe Schule, Margarethe-Rothe-Gymnasium). Die Diskussionen in den abendlichen Veranstaltungen waren anregend, erhellend, der Austausch zwischen Dichterin und Publikum sehr intensiv und be-



rührend. Doch die Atmosphäre, die sich bei den Lesungen vor Schülerinnen und Schülern entwickelte, erstaunte alle Beteiligten. Mit einer bemerkenswerten Präsenz und Authentizität nahm Diti Ronen die Hamburger Schülerinnen und Schüler mit auf die Reise zu sich selbst. Eine Reise, die eben in die Vergangenheit ihrer Familie führt, jedoch auch in die Gegenwart, denn das Trauma des Holocausts wirkt bis in die Gegenwart. Die Poesie schafft es, das Unausprechliche zu transportieren. Obwohl weder das Thema noch die Darstellungsform der Dichtung für Jugendliche alltäglich sind, wurden sie doch an allen Schulen mit offenen Herzen aufgenommen. Einen großen Anteil daran hatte die Dichterin selbst, die den Schülerinnen und Schülern mit großem Ernst ihr Innerstes präsentierte. Schülerinnen und Schüler hatten Fragen zur Poesie aber auch zu persönlichen An- und Einsichten. Sie erfuhren

Foto: Lucie Kuhnse





viel. Da ist der Schmerz, dass die beruflich erfolgreiche Mutter unnahbar ist, in der Nacht weint und offensichtlich leidet, nicht über das Erlebte spricht, die eigene Muttersprache, Ungarisch und Deutsch, nie vor der Tochter spricht.

„Besuchen Sie Gedenkstätten?“, fragt eine Schülerin am Christianeum. Es bleibt still für einen Moment, die Worte zu finden, ist nicht leicht für Diti. Sie wolle nicht an die Orte der Verbrechen. Sie habe die Erinnerung in sich, es sei zu schmerzhaft an die Orte zu gehen, wo ihre Familie ermordet worden ist. Sie hat es ausprobiert, Auschwitz. Es war fürchterlich. Sie sah und sieht vor ihrem geistigen Auge ihren Großvater mit den beiden kleinen Enkelkindern auf dem Arm. Er geht mit ihnen die Rampe entlang, in den Tod.

Es ist die Erinnerung, wie wir sie an Schulen in den nächsten Jahrzehnten anpacken müssen. Die Holocaust-Überlebenden sind betagt. Es gibt nur noch wenige, die direkt darüber erzählen können. Aber damit ist der Horror nicht aus der Welt. Mit dem Gedicht und der eindrücklichen Präsentation wurde deutlich, dass auch die Folgegenerationen von dem Horror und dem Trauma betroffen sind. Und hier schafft Diti Ronen es, den Bezug zur Gegenwart herzustellen, zu betonen, dass wir alle miteinander verbunden sind auf dieser

Welt. Wir hätten alle einen Migrationshintergrund, man müsse nicht immer weit zurückgehen in der Familiengeschichte. Das Haus ihrer Familie in Ungarn war 1945 bereits von anderen Familien bewohnt, als ihre Mutter dorthin zurückkehren wollte. Diti ist in Tel Aviv geboren. Ihre Mutter sprach nur Hebräisch mit ihr. Am Ende eines Tages möchte

sie ihren Kopf an einem Ort betten können, den sie ein Zuhause nennen kann. Das brauchen alle Menschen auf der Welt.

Diti Ronens ausdrücklicher Wunsch ist, dass das folgende, bisher unveröffentlichte Gedicht hier abgedruckt wird. Es spricht für sich.

LUCIE KUHSE
Helmut-Schmidt-Gymnasium

Zuhause oder: Versteckspiel

*Bevor ich hierher kam
gehörte mein Land andern
die es mit Liebe bebauten.
Bevor sie hierher kamen
gehörte ihr Land andern
die es mit Liebe bebauten.
Bevor meine Eltern ihre Heimat verließen
waren sie in ihren Häusern
die sie mit Liebe gebaut hatten.
Bevor du deine Heimat verließest
warst du in deinem Haus
das du mit Liebe gebaut hattest.
Ignorieren wir die Geschichte. Stelln wir uns vor:
wir waren nicht vor euch hier
und ihr nicht vor uns.
Statt Fangen
lasst uns mit Wörtern spielen.
Ich lebe in einem Haus, das für andre gebaut wurde.
Die Menschen, die in meinem Haus lebten
haben es verlassen, um in einem Haus zu leben
das für andere gebaut wurde.
Du wohnst in einem Haus, das für andere gebaut wurde.
Die Menschen, die in deinem Haus lebten
haben es verlassen um in einem Haus zu leben
das für andere gebaut wurde.*

*In dem einzigen Haus, das für mich gebaut wurde
leben heute Menschen
sie sprechen die Sprache meiner Mutter
die ich nicht versteh.
Auf den Hauptstraßen
in Paris, Madrid oder Rom
geh ich und erkenne
Zeichen meines Volkes und schweig.*

*Ich spann den Himmel
über meinem Kopf aus
und mach mir ein Haus.
Doch wohin, wohin setz ich meinen Fuß?*

Diti Ronen

Übersetzt aus dem Hebräischen von Anne Birkenhauer

Wir trauern um Angelika Fiedler

Angelika Fiedler ist am Sonntag, den 21. Mai, für uns alle völlig überraschend gestorben. Wir können das noch gar nicht richtig begreifen, sind sprachlos, erschüttert und traurig.

Die langjährige Schulleiterin der Clara-Grunwald-Schule war Mitglied in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, zeitweilig Vorsitzende des Arbeitskreises Integration der GEW Hamburg und Mitglied im Vorstand des Grundschulverbandes (GSV) Hamburg. Bis zuletzt leitete sie den Verband Integration an Hamburger Schulen (VIHS) und war Mitglied im Sprecherteam des Schulverbands ‚Blick über den Zaun‘ (BüZ).

Viele Menschen haben uns geschrieben und uns von ihren Begegnungen mit Angelika erzählt, von guten Gesprächen, genüssli-

chem Essen, von gemeinsamem Lachen, engagiertem Streit, nachdenklichen Überlegungen, von viel Zuwendung und enger Zusammenarbeit. Sie alle beschreiben Angelika als engagierte Pädagogin, die die Rechte der Kinder auch kämpferisch einfordern konnte, als warmherzige, aufmerksame und humorvolle Freundin, als überzeugte Radfahrerin, die Gegenwind nicht scheute und vor allem auch als liebevolle Mutter und Großmutter.

Angelika war eine leidenschaftliche Pädagogin. Sie war eine Vorkämpferin für das gemeinsame Lernen aller Kinder. Vielfalt bedeutet Reichtum, das hat sie immer wieder betont. Jedes Kind sollte ohne Beschämung und Etikettierung aufwachsen und lernen können.



Aussonderung und Festlegung auf scheinbare Defizite waren ihr zutiefst zuwider. Nach dieser Devise baute sie ihre Schule, die Clara-Grunwald-Schule, 1996 in Neuallermöhe auf. In einem benachteiligten Gebiet ein radikales pädagogisches Konzept umzusetzen, ist hochsinnvoll und zugleich mutig. Sie hat den Kindern zugetraut, dass sie sich für Sachthemen interessieren und ihren eigenen Lernweg finden. Sie hat es ihnen auch zugemutet. Die Vielfalt der Schülerschaft – aus unterschiedlichen Nationen, mit verschiedenen Sprachen, Religionen, Sitten und Gebräuchen – hat sie über jahrgangsgemischtes Lernen noch vergrößert. Lernen im Gleichschritt war so nicht mehr möglich, jedes einzelne Kind stand im Mittelpunkt. Schule war für sie ein Haus des Lernens, in dem Kinder Selbstbestimmtheit und Verantwortung für sich selbst, für andere und für die Welt erlernen und erproben können.

Die Kinder ihrer Schule kannte Angelika fast alle mit Namen, hörte ihnen zu und wusste um ihre Geschichte. Für die Rechte von Kindern hat sie zeitlebens gekämpft: für gute Integration, später Inklusion, für Notenfreiheit, die sechsjährige Grundschule und für eine gute Lehrerbildung.

Angelika liebte Kontroversen: Vielfalt der Meinungen und Perspektivenwechsel im Gespräch waren für sie interessante Her-

Wir trauern um

ANGELIKA FIEDLER

*18.05.1949
†21.05.2017



Seit 2002 hat Angelika den Schulverbund ‚Blick über den Zaun‘ aktiv mitgestaltet. Spontan, klug und humorvoll hat sie im Sprecherteam mitgearbeitet und war die vertrauensvolle Ansprechpartnerin für die Schulen. Unsere Standards einer guten Schule, die kein Kind zurücklässt, hat sie voller Überzeugung, ideenreich, mitunter auch kämpferisch vertreten. Wir verlieren mit ihr eine leidenschaftliche Pädagogin und eine mutige Mitsstreiterin für das gemeinsame Lernen aller Kinder. Wir werden sie sehr vermissen.

Cornelia von Ilsemann, Ulla Kreutz, Andreas Niessen (SprecherInnenrat)
Franziska Carl, Dagmar Killus, Jan-Hendrik Hinzke (Arbeitsstelle Blick über den Zaun)

ausforderungen. Unterschiedliche, ja widersprüchliche Eigenschaften fanden sich auch in ihr selbst wieder: Sie hat oft sehr emotional gekämpft, aber gleichzeitig kluge Sachargumente gesammelt und geltend gemacht. Sie war streitbar, manchmal sperrig, aber nach dem Streit nicht nachtragend, sondern großzügig und warmherzig. Sie hatte Phantasie und visionäre Kraft, aber auch Freude an wissenschaftlichen Theorien und der Reflexion des eigenen Handelns. Ihre Leidenschaft für die Pädagogik war nie naiv: Sie wollte um die Wirkung wissen, die Daten kennen und begrüßte Evaluationen. Sie hat ihre Schule intuitiv geführt, aber auch für Arbeitsstrukturen, hilfreiche Materialien und Team-

sitzungen gesorgt. Sie hat mit Kraft und Energie gekämpft und war doch gleichzeitig auch empfindsam und verletzlich. Genau diese Mischung hat sie in einigen ihrer Schulkinder wiedererkannt. Auch deshalb konnte sie ihnen eine so gute Lehrerin sein.

Wie werden wir sie vermissen: ihre Spontantät, ihren Mut zu unkonventionellen Lösungen, ihre Bereitschaft, auf alle Menschen zuzugehen, ihren Zorn auf alle, die gute Schule verhindern und Ungerechtigkeit nicht überwinden wollen, ihren Humor und ihr Lachen! Aber wir sind auch dankbar für die Begegnungen und für die Zeit, die wir mit ihr verbringen durften. Ihre Familie hat sie als „mutig, verrückt, liebevoll und großzügig“ be-

schrieben. So möchten auch wir Angelika in unserer Erinnerung behalten.

- ANJA BENSINGER-STOLZE
(GEW Hamburg)
- MARTIN KUNSTREICH,
SUSANNA SIEGERT,
BERTHOLD BRUNNER (VIHS)
STEFAN KAUDER,
MAIK BECKER (GSV Hamburg)
ANNA AMMONN,
BARBARA RIEKMANN
(GGG, Hamburg)
- CORNELIA VON ILSEMANN,
ULLA KREUTZ, ANDREAS NIESSEN
(BÜZ)
- FRANZISKA CARL,
JAN-HENDRIK HINZKE,
DAGMAR KILLUS,
(Universität Hamburg)

„Ich sagte meine Meinung gegen Nazis, das hätte mich fast umgebracht“: Nils Oskamp erzählt in der autobiografischen Graphic Novel „Drei Steine“ die Geschichte seiner Jugend in den 1980er Jahren. Nun gibt es Begleitmaterial für den Unterricht.

Als ein Mitschüler in der Schulklasse den Holocaust verleugnet und weitere Naziparolen propagiert, lehnt sich Nils Oskamp dagegen auf und sagt seine Meinung. Dadurch macht er sich zur Zielscheibe der Neonazis in Dortmund-Dorstfeld. Der Autor illustriert, wie Lehrer und Polizei die Bedrohung nicht ernst nehmen und auch die Familie die Gefahr nicht erkennt. Mehrfach wird Oskamp von Neonazis krankenhaushausreif geschlagen. Die Spirale der Gewalt eskaliert und gipfelt in zwei Mordanschlägen.

Die Graphic Novel über Oskamps Jugend, sein Leben mit der Angst und die Ohnmacht von Staat und Bevölkerung gegenüber rechtsextremer Gewalt ist eine Mahnung an alle, die den Rechtsextremismus verharmlosen. Zudem dokumentiert das Werk, dass die rechte Bedrohung inmitten unserer Gesellschaft wächst und Drahtzieher sich in vielen Regionen an der Spitze von Politik und Wirtschaft positionieren konnten.

Die Amadeu Antonio Stiftung veröffentlichte „Drei Steine“ als 96-seitige Schulbuchausgabe, die leider vergriffen ist. Es gibt auch pädagogisches Begleitmaterial für den Einsatz im Unterricht.

Wir freuen uns, dass wir Nils Oskamp für den GEW-Salon gewinnen konnten. Alle Comic-Fans dürften auf ihre Kosten kommen. Ein Angebot,



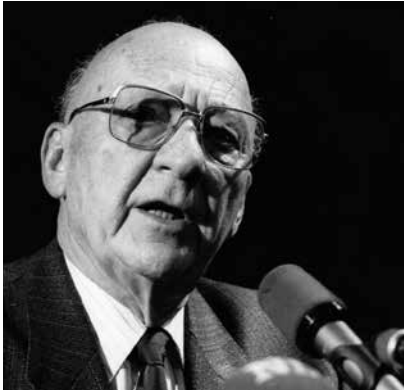
GEW-Salon
am 27.9., 18:00 Uhr,
Curio-Haus, Raum A
Performance mit
Nils Oskamp

dass auch viele unserer Schüler_innen begeistern würde. Beste Voraussetzungen, sich an diesem Abend inspirieren zu lassen. Sozusagen **Unterrichtsvorbereitung einmal anders!** Im Übrigen kommt Nils auch gern auf Einladung an eure Schule.

Erkenntnisse über einen verehrten Kollegen (Walter Bärsch)

Von der bitteren Erkenntnis, dass auch die Nachgeborenen nicht frei sind von konkreten Erfahrungen, Berührungen mit Menschen der vorangegangenen Generation, die sie mit ihrem Bild von der Täter-Generation gar nicht in Übereinstimmung bringen können

Foto: Michael Meyborg



Eine persönlich schockierende Erfahrung habe ich gemacht, als ich mit dem Korrekturlesen des ersten Bandes der „Täterprofile“ beschäftigt war. Die stellvertretende Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung in Hamburg, Rita Bake, fragte an, wie sie es häufig macht, wenn Straßen nach Pädagog_innen benannt sind und deren Vergangenheit genauer beleuchtet werden soll, ob ich etwas über Walter Bärsch wisse, nach dem in Groß-Borstel im Jahre 2000 der Walter-Bärsch-Weg benannt worden war.

Ich war schon dabei zu antworten, dass ich Walter Bärsch natürlich kannte. Er war so etwas wie eine moralische Institution in der GEW gewesen und jahrelang Mitglied des Hauptvorstandes. Ich bin ihm vielfach begegnet, teilweise mit ihm in den 1990er Jahren zum Hauptvorstand der GEW nach Frankfurt geflogen und in der Taxe gefahren, hatte viele durchaus auch persönliche

Gespräche mit ihm geführt.

Und als ich so spontan am Schreiben war, fiel mein Blick auf die mitgeschickte Anlage. Da stand über den nicht nur von mir so verehrten Walter Bärsch: „1933 SS-Mitglied, seit 1939 SS-Untersturmführer, 1934 NSDAP-Mitgliedschaft, Teilnahme an mehreren Reichsparteitagen, als Student Mitglied des NS-Studentenbundes“.

In einer kurzen Biografie, die Bodo Schumann 2008 über Walter Bärsch geschrieben hatte, las ich daraufhin, dass die NS-Aktivitäten von Walter Bärsch erst nach seinem Tod 1996 bekannt geworden sind und „er diese zu Lebzeiten verheimlicht und ausdrücklich bestritten hatte“.

Für mich war das mit der Person Walter Bärsch, die ich kannte, nicht in Einklang zu bringen. So war es notwendig, in den eigenen Erinnerungen zu graben und zu recherchieren.

Walter Bärsch als GEW-Kollege und Aktivist

Als Walter Bärsch im April 1983 in den Ruhestand trat, führte ich als H LZ-Redaktionsleiter zusammen mit Evelin Moews mit ihm ein Gespräch über Verhaltensauffälligkeiten von Schüler_innen, Disziplinprobleme und die Arbeit an Sonderschulen. Walter Bärsch war als Professor am Fachbereich Erziehungswis-

senschaft der Universität Hamburg emeritiert worden und hatte einen glänzenden Ruf aufgrund seiner Kompetenz und seines unkonventionell scheinenden Umgangs mit schwierigen Schüler_innen. Schon die von uns gewählte Überschrift, das Zitat von Walter Bärsch, „Verhaltensgestörte sind solche, die sich in unnormalen Situationen normal verhalten“, machte darauf aufmerksam, wie notwendig es für Lehrkräfte ist, sich intensiv mit als schwierig angesehenen Schülerinnen und Schülern auseinanderzusetzen.

Walter Bärsch nahm immer erst einmal die Perspektive der Schüler_innen ein und sah darauf, welchen Anteil die Lehrkräfte, das System und die Institution Schule an den Auffälligkeiten der Kinder hatten. Typisch für ihn waren Sätze wie: „Auch die Schule ist zu einem Faktor geworden, der Kinder nicht nur fröhlich macht, sondern sie auch zusätzlich belastet.“ Er forderte ein grundsätzliches Umdenken auch in der Organisation von Unterricht: „Es wird zum Beispiel auf den biologischen Arbeitsrhythmus in der Schule kaum Rücksicht genommen.“ Oder: „Viele Verhaltensstörungen werden von Lehrkräften dadurch provoziert, dass sie unfähig sind, die Dynamik einer Gruppe zu beeinflussen. Sie sind unfähig in dem Sinne, dass sie es versäumen, mit ihrer Gruppe Verhaltensnormen zu erarbeiten und diese Verhaltensnormen

auch miteinander einzuüben.“

Und Walter Bärsch sagte auch: „Die ‚richtigen‘ Verhaltensgestörten, das sind die extrem Gehemmten, die Menschen, die überhaupt nicht wagen, sich der Welt gegenüber zu äußern, zu stellen, die Angst vor der Welt haben. Das sind aber in der Schule die eigentlich Braven, die man will, die nicht stören.“

Walter Bärsch war ein glänzender Kommunikator, er verblüffte häufig mit seinen Aussagen, provozierte und zwang seine Gesprächspartner_innen zu Perspektivwechseln.

Auch ein anderes biografisches Detail war sicherlich allen bekannt, die mit Walter Bärsch zu tun hatten. Er hatte eine Karriere vom Sonderschüler bis zum Professor für Sonderpädagogik absolviert und galt als ein Mann, der immer wusste, wovon er sprach.

Bekannt war, dass Walter Bärsch Lehrer gewesen war, später stellvertretender Schulleiter und dann, 1963, Schulleiter für Verhaltensgestörte in der Hinrichsenstraße. 1967 berief die Hamburger Schulbehörde Walter Bärsch zum Leiter der Hamburger Schülerhilfe, drei Jahre später wechselte er als Oberschulrat für den Bereich Schulgestaltung in die Schulbehörde und 1977 erhielt er einen Ruf auf eine Professur am Institut der Behindertenpädagogik an der Universität Hamburg mit dem Schwerpunkt „Psychologische und soziologische Aspekte der Erziehung und Rehabilitation Behinderter“. Diese hatte er dann bis 1983 inne.

Walter Bärsch war immer auch ehrenamtlich aktiv; in der GEW gehörte er von 1966 bis 1980 dem Hauptvorstand an. Danach wurde er in die Bundesschiedskommission gewählt und war als „moralische Institution“, als die er von allen gesehen wurde, jahrelang deren Sprecher. Bodo Schumann wies darauf hin, dass Walter Bärsch darüberhinaus

Mitglied der Enquêtekommision zur Feststellung der Lage der Psychiatrie in der Bundesrepublik Deutschland war, außerdem Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Suchtforschung und Suchttherapie. Seit den 1960er Jahren gehörte er dem Kirchenkreis Alt-Hamburg an, später der Nordelbischen Kirche. 1981 wurde er zum Präsidenten des Deutschen Kinderschutzbundes gewählt, seit 1991 war er bis zu seinem Tode dessen Ehrenpräsident. Eine Menge Ehre für einen Mann, der von allen, die ihn kannten, hoch geschätzt worden war.

Als Walter Bärsch am 12. November 1994 80 Jahre alt wurde, war ich Vorsitzender der GEW-Hamburg und organisier-

*„Das habe ich getan,
sagt mein Gedächtnis.
Das kann ich nicht getan
haben, sagt mein Stolz und
bleibt unerbittlich. Endlich
gibt das Gedächtnis nach.“
(Friedrich Nietzsche)*

te mit anderen zusammen zu seinen Ehren ein Kolloquium, das in der Universität Hamburg stattfand. In meiner einleitenden Rede verwies ich auf die beiden Festschriften, die zu diesem Tag erschienen waren. In einer dieser Festschriften war er von der Professorin für Sonderpädagogik, Sieglind Ellger-Rüttgardt, zu seinen Lebenserinnerungen befragt worden. Ich sagte dazu:

„Lieber Walter, mir haben viele Aussagen in Deinen Lebenserinnerungen gefallen. Natürlich die Feststellung, dass Du ‚nie Respekt vor Königsthronen‘ hattest, dann die Aussage, dass Du Dich immer als, wie Du sagst, mittelmäßigen Typ gesehen hast und das als Schlüssel dafür bezeichnest, mit Gelassenheit an Dinge heranzugehen, die ande-

ren Stress bereiten. Da kann ich nur sagen: Von diesem Mittelmaß könnte die Republik noch manchen gebrauchen.“ Und ich zitierte auch einen Satz von Walter Bärsch, den ich für die Erziehung so wichtig fand:

„Das Kind ist keine Vorform, das Kind ist eine eigenständige Lebensform des gesamten menschlichen Lebenslaufes. Eine eigenständige Form, das muss man begreifen.“

In einem Bericht über das Kolloquium hatte Andreas Köpke geschrieben:

„Wen galt es zu würdigen? Den bestechenden erziehungswissenschaftlichen Theoretiker, den sympathischen Hochschullehrer, den überzeugten Reformpädagogen, den leidenschaftlichen Kämpfer für die Partizipation von Jugendlichen und Kindern oder schlicht den aufgeschlossenen und stets besonnenen Menschen Walter Bärsch? Man entschied sich für den Menschen.“

Die GEW hatte zu diesem Geburtstag von Walter Bärsch auch eine Festschrift herausgegeben unter dem Titel „Schule neu denken und gestalten. Schulreform in Hamburg – Beispiele aus der Praxis“. Darin sollten an verschiedenen Beispielen die Bemühungen für eine Schulreform in Hamburg demonstriert werden.

In dieser Festschrift schrieb der damalige GEW-Bundsvorsitzende Dieter Wunder: „In den heftigen Auseinandersetzungen der 70er Jahre war es Walter Bärsch, der zwar eine klare Position einnahm, der aber immer auch Verständnis für die andere Seite fand und durch seine versöhnenden Worte Brücken des Dialogs schlug. Walter Bärsch habe ich bei vielen Gelegenheiten als überzeugende Persönlichkeit kennengelernt. Am stärksten in Erinnerung sind mir die Gespräche, die wir in Hamburg in der Vorbereitungsgruppe für die Gesamtschule Mümmelmanns-

berg führten. Er machte uns 1971 mit einer sozialpädagogischen Sicht von Schule vertraut, die alle außerordentlich beeindruckte. Die Gedanken, die wir in Gesprächen mit Walter Bärsch damals entwickelten, haben mich in meiner Arbeit als Schulleiter bestimmt und sind die Grundlage meiner pädagogischen Überzeugung als GEW-Vorsitzender geworden.“

Legende des eigenen Lebens aufgebaut

Es wird deutlich, dass die oben erwähnte Mail von Rita Bake nach jahrelangen persönlichen Erfahrungen mit Walter Bärsch auf mich einen verstörenden Effekt haben musste. Sie war Anlass, selbst noch einmal intensiv zu recherchieren. Zuerst führte ich ein Gespräch mit Bodo Schümann, der selbst für seine Biografie von Walter Bärsch schon Wesentliches über dessen NS-Aktivitäten herausgefunden und veröffentlicht hat.

Ich wurde danach fündig im Hamburger Staatsarchiv, wo es eine Entnazifizierungsakte von Walter Bärsch gibt und im Bundesarchiv, wo nicht nur seine NSDAP-Mitgliedskartei, sondern auch seine SS-Sippenakte vorhanden war. Alles zusammen genommen gab folgendes Bild, das anschließend mit eigenen Aussagen von Walter Bärsch konfrontiert werden soll. Die Diskrepanzen und Widersprüche sind so evident, dass man davon sprechen kann, dass Walter Bärsch eine eigene Legende seines Lebens aufgebaut hatte, die in wesentlichen Punkten nicht der Wirklichkeit entsprach.

Unstrittig ist, dass er am 26.10.1914 in Weinböhla bei Dresden als Sohn des Drehers Felix Bärsch und seiner Ehefrau Anna geboren wurde. Er besuchte in Weinböhla die Volksschule von 1921 bis 1929, die reformpädagogisch orientiert war, unterbrochen durch ein kurzzeitiges Abschieben auf eine Hilfsschule,

als ein etwas beschränkter Lehrer nichts mit ihm anzufangen wusste. Walter Bärsch wurde nach der Volksschulzeit selbst initiativ, um in ein Aufbaugymnasium in Dresden übernommen zu werden, wo er dann 1935 die Reifeprüfung bestand.

Nach dem Abitur studierte Walter Bärsch an der Hochschule für Lehrerbildung in Dresden von 1935 bis 1937 und legte am 21.6.1937 das erste Staatsexamen für das Lehramt an Volksschulen ab.

Danach arbeitete er vom 16.8.1937 bis zum 10.5.1938 an Volksschulen in Dresden, bevor er an die Hochschule für Lehrerbildung in Dresden abgeordnet wurde. Nach eigenen Angaben in seiner Personalakte studierte er im Sommersemester 1938 bis zum Wintersemester 1939/40 an der kulturwissenschaftlichen Abteilung der technischen Hochschule Dresden.

Am 10.5.1940 wurde Walter Bärsch zur Kriegsmarine eingezogen, wo er im Laufe der Kriegsjahre zum Leutnant in der Funktion eines Batterieoffiziers befördert wurde. Für Walter Bärsch endete die Kriegsteilnahme am 15.8.1945.

Ein gravierender Dissens: Walter Bärsch gab an, er sei 1943 in Prag im Fach Psychologie promoviert worden und hatte dafür „eine Bescheinigung gemäß § 93 des Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge vom 29.6.1977 vorgelegt“, die seiner Personalakte beigelegt worden war. Er hatte nach Angaben der Universitätsverwaltung Hamburg „glaubhaft nachgewiesen, dass er im Besitz einer Promotionsurkunde der Universität Prag, ausgestellt im Jahre 1943, gewesen ist“. Das Thema seiner Dissertation: „Das erzgebirgische Volkslied als Ausdruck des Stammescharakters“.

Im Prinzip gäbe es keinen Grund, daran zu zweifeln. Da aber eine Reihe anderer Anga-

ben nachweislich nicht den Tatsachen entsprachen, ist auch hier Skepsis angebracht. Bodo Schümann hat genauer recherchiert und bei der Karls-Universität in Prag nachgefragt, die während des Krieges von den Deutschen besetzt worden war, aber völlig unzerstört blieb. Er erhielt vom Archiv der Universität in Prag die Antwort:

„Es tut mir leid, aber wir haben in den Dokumenten (Rigorensenhauptprotokoll, Doktorenmatr.) der ehemaligen Deutschen Universität in Prag keine Informationen über die Doktorprüfungen oder Promotion von Walter Bärsch zwischen 1940-1945 gefunden.“

Was ist Wahrheit, was ist Legende?

Walter Bärsch hatte auch Zeit seines Lebens „verheimlicht oder ausdrücklich bestritten“, Mitglied oder gar Aktivist in nationalsozialistischen Organisationen gewesen zu sein. Schümann stellte dazu fest:

„Bereits mit 18 Jahren war Walter Bärsch in den ‚Stahlhelm‘ eingetreten und im November 1932 in die Hitlerjugend. 1933 wurde er Mitglied der SS, in der er 1939 bis zum Untersturmführer aufstieg. Ab 1933 nahm er an Aufmärschen zu verschiedenen Reichsparteitagen teil. 1934 wurde er auch Mitglied der NSDAP und engagierte sich ab 1937 als Studenten- bzw. Altherrenführer im Nationalsozialistischen Studentenbund. 1939 wurde ihm von seinem SS-Gruppenführer bescheinigt, seine Einstellung zur nationalsozialistischen Weltanschauung sei ‚klar und eindeutig‘. Bereits anlässlich seiner ersten Heirat 1938 hatte er den Parteiorganen gegenüber seine Religionszugehörigkeit ‚mit gottgläubig‘ angegeben; 1942 trat er dann aus der evangelisch-lutherischen Kirche Sachsens aus. Seine Mitgliedschaft in nationalsozialistischen Organen wurde erst nach seinem Tod bekannt.“

Meine eigenen Recherchen bestätigen dies. Walter Bärsch war am 1.12.1934, noch als Schüler, Mitglied der NSDAP geworden (Mitgliedsnummer 2957298). Und es gibt auch im Bundesarchiv eine SS-Sippenakte für Walter Bärsch und seine erste Ehefrau Ruth, geborene Winkler (Sippen-Nummer 112064). Darin hatte Walter Bärsch am 2.3.1939 beim Reichsführer-SS, Rasse- und Siedlungshauptamt um Übersendung der Vordrucke zu einem Verlobungs- und Heiratsgesuch nachgefragt. Walter Bärsch hatte dieses Gesuch eigenhändig unterschrieben, seinen SS-Dienstgrad und die Einheit angegeben, nämlich „SS-Scharführer mit der SS-Nummer 239820 in der SS-Einheit 6/46“. Ruth Winkler, am 24.4.1919 geboren, ebenfalls NSDAP-Mitglied (Nr. 6958138) hatte auch die Hochschule für Lehrerbildung in Dresden besucht. Merkwürdig an diesem Gesuch war, dass beide schon seit dem 25.5.1938 verheiratet waren, was in der Akte handschriftlich vermerkt worden war: „Bereits ohne Genehmigung des Rasse- und Siedlungsamtes geheiratet.“

Die Eile war nachvollziehbar, denn 1939 wurde der gemeinsame Sohn Siegfried Walter Bärsch geboren. Ein Drama vollzog sich für Walter Bärsch offenbar während des Bombardements Dresdens bei den Luftangriffen 1944/45, bei dem seine Frau Ruth getötet worden war.

Bärschs Weg durch die Entnazifizierung

Bevor ich mich genauer damit beschäftige, was Walter Bärsch selbst über die Zeit von 1939 bis 1945 gesagt hatte, soll darauf gesehen werden, was er nach Ende des Krieges tat. Bodo Schümann schrieb: „Nach Kriegsende absolvierte Bärsch 1945 die zweite Staatsprüfung für das Lehramt an Volks- und Realschulen in Hamburg und war zunächst in der Privatwirt-



November 1994: Kolloquium für Walter Bärsch, links am Mikrophon Hans-Peter de Lorent, am Podium: Prof. Klaus-Jürgen Tillmann, Prof. Walter Bärsch und Monika Justus.

schaft tätig.“ Als Angestellter war er beschäftigt bei der Werkhof-GmbH in der Brandstwierte in Hamburg. Erst 1949 bemühte sich Walter Bärsch um Einstellung in den Hamburger Schuldienst. Dafür musste er am 20.2.1949 einen Entnazifizierungsfragebogen ausfüllen. Ich vermute, dass er lange mit dem Eintritt in den öffentlichen Dienst gewartet hatte, bis er eine Strategie des Verschweigens seiner politischen Mitgliedschaften entwickelt hatte und das Klima der Entnazifizierung in Deutschland günstiger war.

Walter Bärsch machte bewusst falsche Angaben. Die SS-Mitgliedschaft verschwieg er, zur NSDAP behauptete er, lediglich Anwärter gewesen zu sein, ohne Mitgliedsnummer, da er „ohne Antrag von der HJ 1934 überwiesen“ worden war. Und in der Rubrik HJ behauptete er, nur ein Jahr Hitlerjunge gewesen zu sein, vom 1.2. bis zum 31.12.1934. Tatsächlich war er im November 1932 Mitglied geworden.

Bei dieser minimalen Belastung, die Walter Bärsch angab und seiner Kommunikationskunst wundert es nicht, wenn der Entnazifizierungsausschuss zu dem Ergebnis kam: „Nach eingehender Aussprache mit

Herrn Dr. Bärsch sieht sich der Beratende Ausschuss in der angenehmen Lage, keine politischen Bedenken gegen eine Beschäftigung des Petenten im Schuldienst zu haben.“ Bärsch wurde in Kategorie V eingruppiert, als Entlasteter.

Walter Bärsch hatte sich für diesen Weg entschieden, den Weg des Verschweigens und der falschen Aussage. Damit gelang es ihm, wieder in den Schuldienst zu kommen und anschließend die schon beschriebene Karriere zu machen, bis hin zum Oberschulrat und Professor. Ob er das anders nicht erreicht hätte, ist schwer zu sagen. Es sind ganz andere Leute mit gravierender Belastung auf die Karriereleiter gesprungen. Und bei Walter Bärsch hätte, bei der gängigen Praxis, zumindest sein junges Alter einen entlastenden Grund dargestellt. Sicherlich wäre es schwieriger geworden, zu einer Legende zu werden, einer Person, die als moralische Instanz anerkannt war. Dafür wäre eine Vergangenheit als SS-Mann hinderlich gewesen.

„Lebenserinnerungen“ anno 1994

Dass Walter Bärsch es auch später nicht schaffte, sich zu frühen Irrtümern zu bekennen, son-

dern sich genötigt fühlte, auch bei konkreten Fragen Legenden zu spinnen, belegt das Gespräch, dass er zu seinem 80. Geburtstag mit Sieglind Ellger-Rüttgardt führte, „Lebenserinnerungen“ überschrieben. In weiten Passagen, insbesondere wenn es um Pädagogik geht, um Schulentwicklung und die Bedeutung von Lehrerinnen und Lehrern für die Weiterentwicklung von Kindern, ist dieses Gespräch sehr interessant und fruchtbar. In Kenntnis seiner tatsächlichen Biografie in der Zeit von 1932 bis 1945 ist es allerdings bemerkenswert, wie Walter Bärsch die Tatsachen verbog bzw. falsche Spuren legte.

Walter Bärsch berichtete über die einfachen und ärmlichen Verhältnisse in seinem Elternhaus. Sein Vater sei ein pflichtbewusster Mann gewesen, ein meisterhafter Sportler und Geräteturner, Gewerkschafter, aber ohne Parteizugehörigkeit, wie auch die Mutter. Dann sagte er:

„Ich hatte einen Onkel, der war ein sehr engagierter Nationalsozialist. [...] Er war, das muß ich einfach so sagen, ein sehr beliebter, ein sehr leutseliger Mann. Und dann hatte ich einen anderen Onkel, der war nun auf der Gegenseite. Der andere Onkel war ein sehr ausgeprägter Kommunist. [...] wenn die beiden dann bei Familienfestlichkeiten aneinander gerieten, dann war natürlich der Hausfrieden im Eimer.“

Hier legte Walter Bärsch eine Spur für die weitere Befragung, sich durchzuschlängeln. Auf die Frage: „Aber sie mochten beide gerne?“ erzählte Walter Bärsch: „Ich mochte menschlich beide. Und die mochten sich beide auch, also sie waren wie Don Camillo und Pepone, so ähnlich sind die miteinander umgegangen. Das war für mich also ein gutes Lehrbeispiel, wie man auch miteinander umgehen kann, trotz unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Orientierung.“

Später stellte Ellger-Rüttgardt fest: „Sie haben 1935 Abitur gemacht und anschließend vier Semester an der Hochschule für Lehrerbildung in Dresden studiert. Das war zur Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft. Wie war Ihre Einstellung zum Nationalsozialismus?“ Bärsch antwortete:

„Mich hat in der Jugend, in der ich nun mal war, das sogenannte idealistische Element der Botschaft der Nationalsozialisten angesprochen. Daß man sich für das Ganze einsetzen sollte und daß es wichtig ist, sich für das Wohl des Volkes einzusetzen. [...] Ich bin als junger Mensch ein fast gnadenloser Idealist gewesen, und ich war manchmal richtig realitätsblind.“

Das war offenbar eine ehrliche und authentische Erinnerung. Hier wäre vielleicht eine Chance gewesen, die Konsequenzen zu beschreiben, die Walter Bärsch damals in die HJ, den Nationalsozialistischen Studentenbund und die NSDAP geführt hatten. Die nächste Frage war aber ein Sprung: „Wurde dieser Glaube im Laufe der Jahre erschüttert?“ Und da hatte Walter Bärsch Gelegenheit, das Feld zu wechseln: „Ja, ganz erheblich erschüttert. Er wurde ganz erheblich erschüttert, je mehr ich erstens erwachsen wurde und zweitens die konkreten Sachverhalte erfuhr. Die ganze Art und Weise, wie man die Judenfrage behandelte, hat mich richtig angewidert, und so eine Zeitung wie den ‚Stürmer‘ und die Karikaturen dazu, die hielt ich für so gemein und so menschenverachtend schändlich, daß mich das alles wirklich angewidert hat. Ich muß natürlich gestehen, daß bestimmte Argumentationsketten nicht ganz spurlos an mir vorbeigegangen sind, eben die, daß man gesagt hat, die Juden – und da hatte ich keine Überprüfungsmöglichkeiten – haben alle zentralen Stellen in dieser Welt besetzt, das ist ihre Politik. Ich war da durchaus an-

fällig, das muß ich sagen.“

Auf die Frage, ob er den Machtwechsel begrüßt hätte, antwortete er:

„Ja, den haben wir damals nahezu alle begrüßt. Wer das Gegenteil behauptet, der lügt sich ganz schön was in die Tasche.“ Und bei der folgenden Kardinalfrage: „Sind sie in die Partei eingetreten?“ sagte Walter Bärsch: „Nein, ich bin nie Parteigenosse gewesen. Ich bin mal eine Zeit lang in der Hitler-Jugend gewesen, das hatte aber eine sehr unbedeutende Funktion. Ich war Sportler, und das war mein Hobby. Ich habe mich also unentwegt im Sportdress rumgetrieben, mich interessierten die anderen Dinge nicht so sonderlich stark.“

Auf die Frage, ob das Ende des Krieges für ihn eine Befreiung gewesen wäre, stellte Bärsch fest:

„Befreiung war es nicht, denn ich habe ja erstens alle meine beruflichen Situationen verloren. [...] Ich habe mich in Hamburg angesiedelt, und es ging sehr schwer am Anfang. Ich habe kaum Geld verdient. Es war alles sehr mühsam.“

Daraus erklärt sich vielleicht auch, dass Walter Bärsch unter allen Umständen in den Schuldienst wollte und ein falsch ausgefüllter Fragebogen ihm dafür legitim erschien.

Auf ein schwieriges Gleis geriet Walter Bärsch bei der Frage: „Wie erklären Sie sich das eigentlich, daß die Nazi-Vergangenheit so lange nicht aufgearbeitet wurde in Deutschland? Alexander Mitscherlich hatte von der ‚Unfähigkeit zu trauern‘ gesprochen. Der Nationalsozialismus war ja lange ein Tabu.“ Walter Bärsch antwortete darauf:

„Also, ich denke, diejenigen, die die Aufarbeitung hätten bewirken müssen, waren zugleich jene, die diese Zeit aktiv erlebt haben. Und ich, der ich ein Zeitgenosse dieser Zeit war und auch ein bewußter Zeitgenosse, ich

kann wohl behaupten, daß die Prozentzahlen, die bei den Wahlen für die Nationalsozialisten gestimmt haben, ohne Zweifel die Realität widerspiegelten. D.h. die meisten haben sich mehr oder weniger – mit kleinen Vorbehalten – aber doch letztlich mit dem Nationalsozialismus und mit der Hitler-Bewegung identifiziert. Und diejenigen, die dann die Aufarbeitung hätten vollführen müssen, waren ja in irgendeiner Form gespalten. Zum Teil wußten sie ganz genau, daß sie keine Gegner gewesen waren, sondern Sympathisanten. Und dann sollte man das aufarbeiten? Das geht nicht, wenn man in diesem Zwiespalt ist.“

Da schwamm der Psychologe und Kommunikationsexperte. Am Ende fragte Sieglind Ellger-Rüttgardt, worin Walter Bärsch das Geheimnis seines Erfolges sehe. Er antwortete:

„Ich war der Meinung, wir müssen durch die Art und Weise, wie wir argumentieren, glaubwürdig sein. Ich habe vielleicht ein bestimmtes gutes Naturell gehabt, dass ich das auch psychisch durchstehen konnte, und ich habe auch eine Wesensart an mir, die es mir nicht ganz schwer macht, Kontakt mit anderen Menschen zu bekommen.“

Glaubwürdig bleiben. Etwas psychisch durchstehen können. Das Gespräch mit Walter Bärsch fand 1994 statt. Er starb am 7.1.1996.

Bärsch und die Flakhelfer-Generation

Welche Belastung muss das über all die Jahre gewesen sein, seine Lebensgeschichte auf mehr als einer Lüge aufzubauen!

Oder kann es gelingen, so weitgehend zu verdrängen, dass man an die selbst konstruierte Legende der eigenen Geschichte glaubt? Vielleicht war es aber auch die Motivation für all das, was Walter Bärsch nach 1945 geleistet hat, seine Form der Wiedergutmachung, eine Form

der Sühne.

Walter Bärsch stand nicht allein mit seiner Geschichte, es gab auch andere seiner Generation, die noch Schüler waren, zumindest in einem Alter, wo Irrtümer statthaft sein sollten. Die Frage ist, wie die jeweiligen Personen mit dem später als Irrtum Erkannten umgingen. Dazu hat der Journalist Malte Herwig ein bemerkenswertes Buch geschrieben: „Die Flakhelfer. Wie aus Hitlers jüngsten Parteimitgliedern Deutschlands führende Demokraten worden.“ Er folgte den Spuren derer, die einen ähnlichen Weg wie Walter Bärsch gegangen waren. Dabei-gewesene, junge Mitglieder und Funktionäre von NS-Organisationen, die dies später vergaßen, verheimlichten oder verdrängten und nach 1945 Wichtiges in der deutschen Nachkriegszeit geleistet hatten. Malte Herwig nennt Martin Walser, Dieter Hildebrand, Siegfried Lenz, Hans-Dietrich Genscher, Walter Jens, Hans Werner Henze, Horst Ehmke, Erhard Eppler, Niklas Luhmann, Erich Loest, Peter Boenisch und Günter Grass: Mit Ausnahme von Eppler wollte sich keiner der noch lebenden Betroffenen erinnern können, jemals einen Aufnahmeantrag unterschrieben zu haben.“

Malte Herwig stellte zu recht fest, dass niemand in die NSDAP ohne seine Kenntnis überführt und Mitglied werden konnte. Auch Walter Bärsch hatte in seinem Entnazifizierungsfragebogen geschrieben, von der HJ einfach in die NSDAP weitergeleitet, überführt worden zu sein. Dazu Malte Herwig: „Oft ist vermutet worden, dass HJ-Führer eigenmächtig Anmeldungen vornahmen. Dazu hätten sie die Unterschrift auf dem Anmeldeformular fälschen müssen. Doch bis heute ist aus keiner Quelle, die vor dem 8. Mai 1945 entstanden ist, eine gefälschte Unterschrift eines HJ-Führers bekannt.“

Da hatte sich Walter Bärsch

zumindest geirrt, wohl eher bewusst die Unwahrheit gesagt. Wie auch bei der Frage nach der Mitgliedschaft in der SS. Da habe ich seine persönliche Unterschrift auf dem Formular der SS-Sippenakte selbst gesehen und in Fotokopie vorliegen.

Kontext Friedrich Nietzsche:

„Das habe ich getan, sagt mein Gedächtnis. Das kann ich nicht getan haben, sagt mein Stolz und bleibt unerbittlich. Endlich gibt das Gedächtnis nach.“ Und an anderer Stelle: „Die Auswahl, die unser Gedächtnis vornimmt, erfolgt stets zu unseren Gunsten, wenn wir uns auch noch so sehr um Ehrlichkeit bemühen.“

Herwig hat sich insbesondere mit der Generation der Flakhelfer beschäftigt, also den Jugendlichen der Jahrgänge 1926 bis 1928, die am Ende des Zweiten Weltkrieges eingezogen wurden, „um als ‚Hitlers letzte Helden‘ die unausweichliche Niederlage NS-Deutschlands noch ein wenig hinauszuzögern.“ Zu dieser Generation gehörte Walter Bärsch nicht. Er war 1933 immerhin 19 Jahre alt. Gleichwohl gelten manche Schlussfolgerungen aber auch für ihn: „Das Lebenswerk, dass die Flakhelfer als Künstler, Wissenschaftler oder Politiker nach 1945 schufen, verdient umso mehr Anerkennung, als es unter denkbar ungünstigen Voraussetzungen entstand. Verführt und verraten entließ sie das ‚Dritte Reich‘ in eine ungewisse Zukunft, die sie meisterten. So trugen sie nicht allein zur demokratischen Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik bei. Ihr Schicksal verkörpert geradezu den Wandel vom Schlechten zum Guten.“

So kann man das auch sehen. Aber dennoch: Auf dem Sockel steht Walter Bärsch in Kenntnis seiner ganzen Geschichte nicht mehr.

HANS-PETER DE LORENT
Gekürzte Fassung der Biographie aus:
Täterprofile Band 2, Landeszentrale
für politische Bildung Hamburg (2017)

Geachteter und geächteter Steinwurf

Anmerkungen zur Kritik an Thomas Ebermann
in hlz 5-6/17, S.42

„David ... lief auf das Heer zu, dem Philister entgegen ... nahm einen Stein ... schleuderte und traf den Philister“ (AT). In der Bibel setzt sich der hoffnungslos Unterlegene gegen die überlegene Gewalt durch. Demnächst steht in HH dem Goliath der G 20, der die herrschende Weltordnung mit ihren Hunger-, Elends- und Kriegsregionen aufrecht erhält, der David einer kleinen Protestgemeinde gegenüber, der sich verzweifelt Gehör zu schaffen versucht und auch schon mal darüber nachdenkt, polizeiliche Anordnungen zu missachten. Das tritt eine Gewaltdebatte los, was die Relation auf den Kopf stellt – nicht weil dieses Bündnis von waffentrotzenden, aufrüstungsbegeisterten Kriegsherr_innen zusammenkommt und eine bis an die Zähne bewaffnete Polizei aufmarschieren lässt, sondern weil der Altlinke Ebermann beim Thema Steinwurf ins Schwärmen gerät.

„Ich glaube an den Stein als Argument“ (kursiv = Zitat), was keinen Sinn ergibt, denn ein Stein schaltet das Gegenüber aus, das bedarf keines Arguments. Berufungstitel wie *Marcuses* „Repressive Toleranz“ (1965) werden angeführt, der für „außergesetzliche Mittel“ steht.

Theoretische Fehler

Jörg Petersens Separation der „Sphäre der Politik“ von der der „Gewalt“ trennt das Zusammengehörige. Dieser Fehler schei-

det das Gemeinwesen mit seiner staatlich durchgesetzten Ordnung von ihrem Grund. Die Antagonismen, die eine kapitalistische Gesellschaft auszeichnen,



Kein neues Problem

machen den Staat notwendig. Er ist nicht die „Wirklichkeit der Vernunft“ (Hegel), vielmehr die Macht, „die den Konflikt dämpft, innerhalb der Schranken der ‚Ordnung‘ halten soll“ (MEW 21, 165). Ebenso idealistisch ist die Kennzeichnung „demokratisch verfasster Politik“ als das Eldorado der Auseinandersetzung mittels der „Kraft der Überzeugung“ und des „Arguments“ Lösungen zu erstreiten. Der hoheitliche Staat basiert auf dem Gewaltmonopol, das ihn erst befähigt, den Bürger_innen seinen staatlichen Willen

– per Gesetz – aufzuherrschen. Auch wenn das demokratische Verfahren – der Bestellung des geschäftsführenden Personals durch Wahlen – im Wertekanon ganz oben steht.

Die Herrschaft bringt die gesellschaftlichen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit in eine funktionierende Verlaufsform. Die staatlich konzertierte Freiheit setzt immer den Vorbehalt der Erlaubnis durch den Souverän voraus. Der moderne Staat als der Verwalter seiner freien Gesellschaft verpflichtet alle auf den Gelderwerb. Mit dem Rechtsgut „Privateigentum“ sind sie darauf festgelegt, Bedürfnisbefriedigung läuft nur mit Geld. Der springende Punkt: Eigentümer von Fabriken, Grund- oder Wertpapiereigentümer lassen ‚für sich arbeiten‘. Im Gegensatz zum Eigentümer von Arbeitsvermögen, der nur an Geld kommt, wenn ein Fabrikherr ihn braucht.

Die Gewaltfrage ...

... gibt es nur theoretisch. Praktisch ist sie vom Staat über rechtsstaatlichen Regularien entschieden. „Das Faustrecht ist ein Recht, dass [im] Recht des Stärkeren unter anderer Form auch im ‚Rechtsstaat‘ fortlebt“ (MEW 13, 620). Im Inneren ist keine Gewalt in der Lage, seine hoheitlichen Ansprüche anzutasten. Staatliche Gewalt ist nicht auf die Herrschaftsform des Faschismus begrenzt. Wenn Faschisten über Jahre Heimatlose etc. menschenverachtend terrorisieren, so regelt der Staat Abschottung & Abschiebung mittels Gesetz. Hitler zerschlug die bestehenden Gewerkschaften, heute sind sie berechtigt, ihre Arbeit in Abständen auszusetzen, um höhere Löhne zu erkämpfen. Das hat sozial verträglich zu geschehen, was davon zeugt, dass ein Riesenheer von Niedriglöhner_innen für den Na-

tionalreichtum mit der Folge der Alltagsarmut und nach dem Arbeitsleben mit Altersarmut steht. Der inkriminierte Steinwurf politisierter Menschen ist ein Kampf mit 'asymmetrischen' Mitteln, eine gegen das Gewaltmonopol „demokratisch[er] Politik“ ohnmächtige Gegenwehr,

bei der 'blutige Nasen' garantiert sind. Diese Menschen legen die Dialektik der „Waffe der Kritik“ in ihrem individuellen Sinn aus. Marx schreibt von der „Theorie“ als „materielle Gewalt, [die] die Massen ergreift“ (MEW 1, S. 385). Er hat für die gemeinsame Aktion der Beschäftigten als

Produzent_innen des Reichtums votiert, der ihnen als fremder Reichtum im Warenaustausch gegenübertritt. Gegen diese folgeschwere Abhängigkeit gehen sie mit Verweigerung ihrer Indienstnahme vor.

F. BERNHARDT,
R. GOSPODAREK i.R.

GEW-GESCHICHTE

Es geht weiter

In den letzten Wochen wurde die Diskussion um die Geschichte der GEW fortgeführt und wir wollen an dieser Stelle versuchen, die Entwicklungen zusammenzufassen

Am Rande des Bundesgewerkschaftstages in Freiburg fand eine Diskussionsveranstaltung statt, bei der Hans-Peter de Lorent die von ihm erstellte Max-Traeger-Biografie vorstellte und diskutierte. Der Autor der ersten wissenschaftlich fundierten Max-Traeger-Biografie forderte den Erziehungswissenschaftler Benjamin Ortmeier auf, seine Vorwürfe zurückzunehmen. Dieser hatte Traeger, erster Vorsitzender der GEW und Namensgeber der wissenschaftlichen Stiftung der GEW, vorgeworfen, ein NS-Mitläufer gewesen zu sein. „Ortmeier muss öffentlich zugeben, dass Traeger kein Mitläufer war. Das erwarte ich“, sagte de Lorent während der Veranstaltung in Freiburg. „Es ist kein Kavaliersdelikt, jemanden als Nazi zu bezeichnen.“ Ortmeier selbst kam nicht zur Buchvorstellung, ließ vorab jedoch ein Heft verteilen, in dem er die Person Traeger weiter in Frage stellt und de Lorent vorwirft, konkreten Fragen zur Rolle Traegers auszuweichen. Ein ausführlicher Bericht zu dieser Veranstaltung findet sich auf den Homepages der GEW Bund und

der GEW Hamburg.

Beim Landesvorstand der GEW Hamburg am 20. Juni stellte de Lorent ebenfalls seine Ergebnisse vor, anschließend wurde mit großer Mehrheit der Beschluss gefasst, dass aktuell keine Gründe bestehen, die nach Traeger benannte Stiftung der GEW Bund umzubenennen. Darüber hinaus wurde bekräftigt, dass die GEW Hamburg sich mit weiteren Fragen zu ihrer Geschichte beschäftigen wird. Dafür wird sie sowohl wissenschaftliche Expertise einholen als auch Diskussionsveranstaltungen durchführen. Eine dieser Fragestellungen ist, ob die Gleichschaltung der Gesellschaft der Freunde 1933 eine „zwangsweise“ war.

Neben der Frage nach der Rolle Max Treagers und der Frage der Gleichschaltung wird in der hlz aktuell eine Debatte geführt über die Gründe, die 2013 dazu führten, das Haus Ro 19 an Chabad Lubawitsch zu verkaufen und einen Teil des Erlöses an die jüdische Gemeinde zu spenden. Nachdem Bernhard Nette in der hlz 12/16 schrieb, dass die GEW mit dem Verkauf von Ro19 „un-

sere Forschungsergebnisse zu Ro 19 und unsere Interpretation der historischen Vorgänge akzeptiert“ habe, stellen Herbert Ankenbrand und Jörg Berlin in der hlz 5-6/2017 diese Behauptung richtig und weisen zu Recht darauf hin, dass Bernhard Nette kurz nach dem Verkauf 2013 in der hlz 4-5/2013 schrieb, dass sich an „der politisch-moralischen Einstellung der Vorsitzenden der GEW Hamburg und des Aufsichtsrates der VTG“ bis heute nichts geändert habe, also seine Interpretation nicht übernommen wurde.

Die Debatte um die Geschichte der GEW wird weitergehen, und das ist auch gut so.

FREDRIK DEHNERDT,
ANJA BENSINGER-STOLZE
SVEN QUIRING



Der Anfang ist gemacht...

„verhindern, totschweigen“ ...

Die Ausstrahlung der Fernsehserie „Holocaust“ (1979) verändert in der BRD den Blick auf die NS-Verbrechen

Hannes Heer, der seit Januar im „Abaton“-Kino die Vortragsreihe „Der Skandal als vorlauter Bote“ durchführt, ist nicht nur Historiker, sondern auch Dramaturg: Die Auseinandersetzung mit den Verbrechen der NS-Zeit auf gesamtgesellschaftlicher Ebene wurde – so legt der Aufbau seiner Veranstaltungsreihe nahe – in Schüben vorbereitet, die alle die Gemeinsamkeit hatten, aus seiner autobiographischen Sicht von heute „zu früh“ gekommen zu sein, obwohl sie objektiv zu spät kamen:

– Der erschütternde Film „Nacht und Nebel“ hatte, nicht nur wegen der zensurähnlichen Maßnahmen staatlicher Stellen, nur eine verzögerte Wirkung; zu stark war der Schock.

– Der Eichmann-Prozess veränderte die Sicht auf den Holocaust weniger in der BRD als in Israel.

– Das dokumentarische Theaterstück „Der Stellvertreter“ wurde in den größten Teilen der katholischen, aber auch der evangelischen Kirche abgelehnt.

Wie „Nacht und Nebel“, nur in anderem Sinne entfaltete es eine verzögerte Wirkung: Die Teile der beiden großen Kirchen, die sich mit ihrer kritischen Haltung gegenüber Papst Pius XII. nicht hatten durchsetzen können, sollten später „68ern“ wie Hannes Heer zur Seite stehen. (In seinem Film „Mein 68“, der im April gezeigt worden war, war u. a. ein Interview mit dem Theologen Walter Kreck zu sehen.)

– In der Studentenbewegung – so merkte Heer in seinem Vortrag über die Fernsehserie „Holocaust“, die 1979 den 3. Programmen der ARD gezeigt worden war, kritisch an – „hatte es Vermutungen gegeben; nun gab es Fakten“ – Fakten, die das breite Fernsehpublikum tatsächlich erreichten.

Bevor dies aber möglich war, taten reaktionäre Kreise alles, um diese Wirkung zu verhindern: Franz Josef Strauß warf der Serie, die zuvor mit überwältigender Wirkung in den USA gelaufen war, vor, sie sei auf „Geschäftemacherei“ aus und es gehe ihr nicht um die Suche nach Wahrheit. Die Presse („Rheinischer Merkur“, „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt“, „FAZ“, „DIE WELT“, anfangs auch der „SPIEGEL“) erging sich zum überwiegenden Teil in Hetze; nur „FR“ und „SZ“ setzten sich für die Ausstrahlung der Serie ein.

Unter den ARD-

Fernsehanstalten tat sich der Südwestfunk besonders in der präventiven Ablehnung der Serie hervor. Im Endeffekt wurde zwar mit 5: 4 Stimmen der Ankauf der Serie beschlossen, doch, da der Bayerische Rundfunk angekündigt hatte, sie nicht zu übertragen, einigte man sich auf einen Kompromiss: Sie wurde in den 3. Programmen gezeigt.

Die Wirkung war unerwartet groß: Die Einschaltquoten stiegen von ca. 30 Prozent auf 40 Prozent. Die Rückmeldungen an die ARD-Sender waren überwiegend positiv. Die Wirkungen zeigten sich in parallel durchgeführten Meinungsumfragen: Die Quote der Menschen, die sich gegen einen „Schlussstrich“ unter die Verbrechen der NS-Zeit wandten, stieg von 15 Prozent auf 39 Prozent, so dass Eugen Kogon meinte, erleichtert feststellen zu können: „Der Bann ist gebrochen.“ Antisemitische Äußerungen in Anrufen bei den Sendern nahmen im Laufe der Ausstrahlung ständig ab.

Der Erfolg beruhte nicht zuletzt auf dem persönlichen Touch der Serie. Es ging im Kern um die Geschichte zweier Familien – grob gesagt: von Opfern und Tätern; aber eben auch nicht in schematischer Weise. Hinzu kommt aus heutiger Sicht, dass Ergebnisse der Forschung – z. B. auch schon zur Rolle der Wehrmacht bei der Vernichtung der Juden – berücksichtigt wurden. Von unhistorischem Kitsch – wie die Gegner im Vorherein behauptet hatten – konnte nicht die Rede sein.

Das Ergebnis war Empathie mit den Opfern. Alexander und Margarete Mitscherlichs Aus-

3. SEPTEMBER 2017, 11 UHR



Die Wehrmachtausstellung oder die Rückkehr der Täter [1995-1999]

Die 1995 eröffnete Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« präsentierte einen zweiten deutschen Genozid, dem in Jugoslawien und in der Sowjetunion 32 Millionen Menschen zum Opfer gefallen waren.

Zu verantworten hatten das 10 Millionen deutscher und österreichischer Soldaten. Das war nicht nur das Ende der bisherigen Legende von der »sauberen Wehrmacht«, sondern auch in den Familien musste die Geschichte von Opa, Vater und Onkel umgeschrieben werden. Die Ausstellung, die von fast einer Million Menschen besucht worden war, wurde erst zum Gegenstand erbitterter Debatten, dann wegen angeblich »gefälschter« Fotos 1999 zurückgezogen und später rehabilitiert. // Film: »Jenseits des Krieges« von Ruth Beckermann.

druck „Die Unfähigkeit, zu trauern“ wurde populär und wurde ernst genommen.

All diese Erfolge wurden aber auch deswegen möglich – dies zeigte nach der Vorführung von Ausschnitten aus der Serie Detlef Garbe –, weil es schon kurz zuvor Bewegung in derselben Richtung gegeben hatte: Am 9.11.1978 waren etwa 20 000 Menschen in Hamburg bei einem Schweigemarsch unterwegs gewesen, zu dem u. a. VVN und CVJM aufgerufen hatten. Im selben Jahr war beschlossen worden, auf dem Gelände des ehemaligen KZs Neuengamme ein „Dokumentenhaus“ zu errichten. – Bundesweit, so Garbe, seien

die Jahre von 1979 bis 1984 das am stärksten politisch mobilisierende Jahrzehnt gewesen.

Der an sich positive Blick „zurück in die Zukunft“ musste natürlich getrübt sein durch das Wissen um die weitere politische Entwicklung: Stellvertretend nannte Hannes Heer drei „Dämonen in der Geschichte der frühen BRD“, deren Geist fortwirkte: 1. den bereits genannten und allseits bekannten Franz Josef Strauß, 2. den Hitler-Biographen Joachim Fest, der den Holocaust als Randerscheinung behandelte, und 3. den Philosophen Hermann Lübbe, der „diese gewisse Stille“ als Erfolgsrezept zur Verwandlung der

NS-„Volksgemeinschaft“ in die angeblich demokratische BRD-Gesellschaft pries.

Der Übergang zu seiner nächsten Veranstaltung, die neben der bekannten Weizsäcker-Rede zum „8. Mai“ (1985) und der wahrscheinlich inzwischen weitgehend vergessenen Jenninger-Rede am 8. November 1988 vor allem den „Historikerstreit“ behandeln wird, ist damit schon vorbereitet: Joachim Fest hat dem Historiker Ernst Nolte die Plattform geboten, auf der sich der Historikerstreit entfalten konnte.

LOTHAR ZIESKE

AUFRUF ZUR VORBEREITUNG EINER VOLKSINITIATIVE

zur Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation in Hamburger Kitas

Basierend auf wissenschaftlichen Empfehlungen fordern wir eine reale Fachkraft-Kind-Relation von 1:3 in der Krippe und 1:7,5 im Elementarbereich.

Hamburger Eltern und Erzieher_innen: jetzt kommt es auf uns alle an!

Wir brauchen jede Menge Hände und Köpfe! Wenn Du willst, dass sich JETZT was ändert, komm zu unseren nächsten Treffen – unabhängig davon, bei welchem Träger Du arbeitest oder Dein Kind betreut wird und unabhängig davon, ob Du in einer Gewerkschaft bist oder nicht.

Im Jahr 2014 hat der Hamburger Senat im Eckpunktepapier folgendes festgeschrieben: Ab dem 01.08.2019 soll in der Krippe ein Personalschlüssel von 1:4 erreicht werden – leider werden auch hier Ausfallzeiten und Zeiten für mittelbare Pädagogik nicht berücksichtigt sein. Im Elementarbereich ist erst für das Jahr 2025 eine Verbesserung des Personalschlüssels geplant und auch nur, wenn zusätzliche Bundesmittel dafür fließen! Erst danach sollen Zeiten für mittelbare Pädagogik zur Verfügung gestellt werden und ebenfalls nur mit Hilfe von Bundesmitteln. So lange können und wollen wir nicht warten!

HAMBURGS KINDER BRAUCHEN EINE ZEITNAHE VERBESSERUNG DER BETREUUNGSSITUATION!

Unsere nächsten Treffen:

- 17.07.2017 - 17:30 Uhr, verdi im Raum Altona, Ebene 9, Besenbinderhof 60
- 07.08.2017 - 17:30 Uhr, GEW im Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 15
- 04.09.2017 - 17:30 Uhr, verdi im Raum Altona, Ebene 9, Besenbinderhof 60
- 18.09.2017 - 17:30 Uhr, GEW im Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 15

WIR WOLLEN MEHR ALS SATT UND SAUBER!



Welttag gegen Kinderarbeit

Die GEW-Stiftung *fair childhood* unterstützt seit 2011 verschiedene Projekte gegen Kinderarbeit in Indien, Albanien, Burkina Faso oder Guatemala

Obwohl das Recht der Kinder auf Bildung in den Menschenrechten verankert und Kinderarbeit in den meisten Ländern verboten ist, sind noch viele Millionen Kinder gezwungen, zum Lebensunterhalt beizutragen und arbeiten auf der Straße, in der Landwirtschaft, in Steinbrüchen und Fabriken oder im Haushalt. In vielen Ländern Afrikas und Lateinamerikas gibt es zwar das Bewusstsein, dass Bildung wichtig für die Verbesserung der Lebensbedingungen ist, aber es fehlt an kostenfreien Bildungseinrichtungen und an pädagogisch gut ausgebildetem Personal. Der Zugang zur Bildung kostet Schulgeld, das die Familien nicht haben.

In Indien und in Guatemala sind es überwiegend Nichtregierungsorganisationen, die an diesen Verhältnissen etwas ändern wollen; in Albanien und Burkina Faso sind es Bildungsgewerkschaften und eine Sozialarbeitergewerkschaft, die Projekte zum Kampf gegen Kinderarbeit und für den Zugang zu Schulbildung und Berufsvorbereitung durchführen.

Absicherung der Projekte durch unsere Unterstützung

Fair childhood braucht unsere Spenden, um Projekte finanzieren zu können. In den letzten fünf Jahren hat sich gezeigt, dass erfolgreiche Projektarbeit Früchte trägt. In einem indischen Projekt zum Beispiel beantragten die Mütter einen zusätzlichen Abendkurs, um selbst lesen und

schreiben zu lernen. Bei dem Projekt unserer albanischen Partnergewerkschaft gehen auch Mitschüler_innen in die Familien, um Schulabbruch zu verhindern oder rückgängig zu machen. Lehrkräfte, Lernende und Eltern arbeiten in diesem Projekt zusammen. In Burkina Faso werden gerade mehr als 110 Kinder und Jugendliche aus der Kinderarbeit geholt und auf Schule und Berufsausbildung vorbereitet. Hier leisten vor allem Kolleg_innen der Bildungs- und der Sozialarbeitergewerkschaft (F-SYNTER und SYNTAS) wichtige Überzeugungsarbeit bei den Eltern und die notwendige materielle Unterstützung mit Hilfe der Gelder von *fair childhood*.

Neue Aufgaben in Afrika und Lateinamerika

Unsere Stiftung hat sich verpflichtet, ab Juni 2017 zunächst für jeweils zwei Jahre in Kooperation mit der Bildungsinternationalen drei bestehende gewerkschaftliche Projekte weiter zu fördern.

In Nicaragua arbeiten etwa die Hälfte der unter 14-jährigen z. B. auf Kaffeeplantagen statt zur Schule zu gehen bzw. einen

Schulabschluss zu erwerben. Die Bildungsgewerkschaft CGTEN-ANDEN leistet Aufklärungsarbeit in vielen Regionen des Landes, um hier Abhilfe zu schaffen.

Im Projekt im westafrikanischen Mali ist es die Bildungsgewerkschaft SNEC, die für Kinder und Jugendliche im Alter von 5 bis 17 J. mit einigem Erfolg die Bildungs- und Lebenssituation verbessert. Sie bildet in zwei Projektregionen (Ségou und Sikasso) Lehrkräfte als Multiplikator_innen aus und konnte so erste „kinderarbeitsfreie Zonen“ mit Schulbildung als Priorität schaffen.

Und auch im 5500 km südöstlich gelegenen Massai-Gebiet Tansanias ist es die tansanische Bildungsgewerkschaft TTU, die in enger Abstimmung mit den Dorfgemeinschaften über die negativen Folgen der Kinderarbeit aufklärt und mit Trainingsprogrammen für Lehrkräfte die Entwicklungschancen der jungen Menschen nach und nach verbessern will.

Deine Spende ist willkommen!

Unter den Stichworten „MALI“, „NICARAGUA“ oder „TANSANIA“ kommen Spenden für die jeweilige Region an. Mit Spenden ohne Angabe des Verwendungszwecks unterstützt *fair childhood* weiter die Projekte in Indien, Albanien und Burkina Faso. Spender_innen und Interessierte erhalten regelmäßige Informationen über die Arbeit vor Ort. Über die Homepage www.fair-childhood.de ist auch der Newsletter zu abonnieren.

B. RÖMER, GEW Schleswig-Holstein

Bildung statt Kinderarbeit!

Eine Stiftung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

Spendenkonto *fair childhood*: Bank für Sozialwirtschaft

IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00, BIC: BFSWDE33MUE

www.fair-childhood.de



Das HLZ-Rätzel

Helle Ideen für Radler_innen

Rot-Grün will den Fahrradverkehr in Hamburg fördern, etwa durch neue Velorouten. Fahrradfans erwarten jedoch weitere Taten: Denn bei einem Nadelöhr am Elbstrand in Övelgönne müssen sie bisher das Rad 900 m auf einem engen Fußweg schieben.



Harald Bischoff, Creative Commons

Christos Floating Piers in Italien – Vorbild für Hamburg?

Welches Konzept zur Verbesserung des Elbradweges wurde vorgelegt?

- A) Neue Haltestelle der HVV-Elbfähre (=Shuttle-Service)
- B) Fahrradtunnel unter dem Strand
- C) Pontons auf der Elbe (nach Christos Floating Piers)
- D) Radweg auf dem Elbstrand

Einsendungen bitte mit Postanschrift bis zum 12.9.2017 an die hlz, am besten an hlz@gew-hamburg.de. Als Gewinn winkt ein Gutschein für fünf Radler oder fünf Halbe bei der Övelgönner Strandbar Ahoi. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Des letzten Rätsels Lösung...

... ist Pinneberg. Aktivist_innen forderten im St. Pauli-Stadion die Verlegung des G20-Gipfels an diesen Ort. Als Gewinnerin ermittelten wir Elli Bracker. Sie bekommt den viel gelobten *Atlas der Globalisierung von le monde diplomatique*. Herzlichen Glückwunsch!

MH/MK

G20 Kilometer weiter – nach Pinneberg!

Foto: Stefan Groenewald



Referat F	Gruppe Gewerkschaftliche Bildung Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv. Wir freuen uns über die Teilnahme von Interessierten. Info: Roland Stolze, mailto:rolandstolze@gwhmail.de
Referat B/C Bildungspolitik, -finanzierung	In der Geschäftsstelle nachfragen
GEW Studies	In der Geschäftsstelle nachfragen
Junge GEW	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Grundschule/Vorschule	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Stadtteilschulen	12.09.2017, 17.30-20.00 Uhr, Raum A
FG Berufliche Schulen	12.07.2017, 16.30-18.30 Uhr, GBW
FG Gymnasien	11.09.2017, 19.00-21.00 Uhr, GBW
FG Kinder- und Jugendhilfe	In der Geschäftsstelle nachfragen
Kita Netzwerk	17.07.2017, 17.30-19.30 Uhr, Raum A 07.08.2017, 17.30-19.30 Uhr, Raum A
Bildung ohne Bundeswehr	25.07.2017, 19.30-21.00 Uhr, Raum C
FG Sonderpädagogik und Inklusion	13.07.2017, 17.00-19.00 Uhr, GBW
FG Hochschule u. Forschung	04.09.2017, 18.00-21.00 Uhr, Raum C
AfGG Gleichstellungs- u. Genderpolitik	18.07.2017, 16.00-18.00 Uhr, Raum C
AG Flucht u. Bleiben	06.09.2017, 18.30-21.00 Uhr, GBW
Bleiberechtsausschuss	18.07.2017, 19.00-21.00 Uhr, Raum C
Fair Childhood	In der Geschäftsstelle nachfragen
Friedensausschuß (AK Drohnen)	10.07.2017, 19.00-21.00 Uhr, GBW
BG Ruheständler	06.09.2017, 10.15-13.00 Uhr, Raum A
Mittelamerikagruppe	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG PTF soz.-päd. Personal an Schulen	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Schulleitungen	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Kindheitspädagogik	26.07.2017, 19.00-21.00 Uhr, GBW 30.08.2017, 19.00-21.00 Uhr, GBW
AJuM – AG Jugendliteratur u. Medien	11.09.2017, 18.30-21.00 Uhr (Fakultät EPB PI) von-Melle-Park 8, 20146 Hamburg, Raum 009
Bildungsclub	In der Geschäftsstelle nachfragen

Für aktuelle Termine bitte auch auf unsere website unter: <https://www.gew-hamburg.de/mitmachen/termine> **gucken und evtl. die Kontaktpersonen ansprechen.**

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, E-Mail: j.geffers@firenet.de

Redaktion: Manni Heede, Wolfgang Svensson,

Redaktionsassistent: Jason Tsiakas

Endredaktion: Susanne Berg

Titel: picture alliance / dpa, Fotograf: Florian Gaertner

Rückseite: GEW

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Gestaltung: albersdesign, ca@albers.design

Druck: drucktechnik-altona

Anzeigen: albersdesign, ca@albers.design,

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sieben Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor_innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 9-10/2017: 13.9.2017

Vertrauenssache

Weitere Infos und Seminarangebote unter
gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung



Gewerkschaftsarbeit in der Schule – Seminar für Vertrauensleute

Vertrauensleute sind grundlegend wichtig für die GEW. Doch viele Betriebsgruppen arbeiten nicht mehr wie früher, denn die Anforderungen an Lehrkräfte in der Schule sind gestiegen und es wird immer schwerer, „nebenbei“ Gewerkschaftsarbeit zu machen. Zu diesem Thema würden wir uns gern ein paar Stunden lang austauschen:

Was ist mir wichtig, was treibt mich an? Wie kann ich es schaffen, gute Arbeit als Vertrauensfrau / -mann zu machen, ohne das Gefühl zu haben, ständig belastet und überarbeitet zu sein? Welche Handlungs- und Aktionsmöglichkeiten gibt es für die Arbeit an meiner Schule? Wie kann mich die GEW besser unterstützen? Wie können wir uns besser vernetzen?

Dieses Mini-Seminar richtet sich auch an Kolleg_innen, die in ihrer Schule eine Betriebsgruppe gründen möchten oder mit dem Gedanken spielen. Wir starten mit einem Einstieg in der GEW-Geschäftsstelle, anschließend gehen wir gemeinsam lecker essen.

Das Treffen soll kein weiterer anstrengender „Termin“ sein, sondern ein offener Austausch, der auch erfrischend, erholsam und entspannt ist. Eingeladen sind auch Kolleg_innen, die keine Vertrauensleute sind.

Seminarinhalte:

Bestandsaufnahme über Erfolge und Probleme der VL-Arbeit:

- Was läuft gut in der VL-Arbeit? Was nicht?

- Was bedeutet mir die VL-Arbeit? Was bedeutet sie der GEW Hamburg?

- Wie können wir eigene Interessen auf Konferenzen in der Schule besser vertreten, auch wenn wir sie nicht leiten?

*Donnerstag 28.9.2017, 16.30-19.30 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15
Leitung: Dirk Mescher
kostenlos für GEW-Mitglieder incl. Verpflegung*

Multiprofessionelle Teams an Schulen

Multiprofessionelle Teamarbeit ist eine unverzichtbare Grundlage in der inklusiven Schule. Gelingt sie, wird sie von den Teammitgliedern oft als eine große persönliche und berufliche Bereicherung erlebt. Teamarbeit ist allerdings kein Selbstgänger und stellt die unterschiedlichen pädagogischen und nichtpädagogischen Fachkräfte in der Praxis vor (neue) Herausforderungen. Kenntnisse über Stolpersteine und eigene Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten können zum Gelingen von Teamarbeit beitragen. Welche Strukturen befördern die Kooperation und wie lassen sie sich implementieren? Was kann bei der Koordination der

Aufgaben beachtet werden?

Wie werden Teamgespräche zu effektiven Besprechungen? Welche kommunikativen Kompetenzen sind förderlich? Wie lassen sich Kooperationsprobleme auf einer individuellen bzw. Beziehungsebene von vornherein vermeiden?

Diese und weitere Fragen sind Inhalt des Seminars. Die Teilnehmer_innen erhalten praktische Hilfen und konkrete Hinweise für die Kooperation in ihren multiprofessionellen Teams. Nebenbei werden Anregungen für Forderungen und Kampagnen abgeleitet, mit denen die GEW eine erfolgreiche Arbeit in multiprofessionellen Teams unterstützen kann. Die Grundlage der Seminararbeit stellen die Teamerfahrungen und das berufliche Selbstverständnis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer dar. Sie werden ergänzt durch Erfahrungen inklusiver Schulen aus dem Bundesgebiet.

*Freitag 6.10.2017, 11 Uhr – Samstag 7.10.2017, 15 Uhr
Bad Malente, Gustav-Heinemann-Bildungsstätte
Leitung: Frank Hasenbein, Regina Lorenzen
Kostenanteil: 40 € incl. Unterkunft/Verpflegung (ermäßigt 20 €, Nicht-Mitglieder 150 €)*

Anmeldung

bei Annette Meents (unter Angabe von Name, Adresse, Email) per Mail (meents@gew-hamburg.de), telef. (040-41 46 33 22), online (gew-hamburg.de/seminare), per Post (GEW Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg) oder Fax (040 – 44 08 77). Ermäßigung gibt es für Erzieher_innen, Referendar_innen, Studis, Erwerbslose. Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.

Aus dem allgemeinen Unbehagen...

Ich schreibe dies am Vorabend des G20-Gipfels. Die Stadt war ja bereits – wie wir alle erlebt haben – vor dem eigentlichen Ereignis seit einiger Zeit im Ausnahmezustand. Dass ihr eure hltz erst nach dem Gipfel in den Briefkästen findet, hat etwas mit der langfristigen Planung zu tun. Ein Vorziehen um eine Woche haben wir diskutiert, wäre aber organisatorisch kompliziert geworden. Immerhin haben wir es geschafft, im Vorfeld der Ereignisse zwei junge Aktivistinnen zu interviewen (s. S. 8), die ihr Bedürfnis, auf die Straße zu gehen, ausführlich darlegen. Damit ist es uns gelungen, dass sich Jüngere in unserer Zeitung zu Wort melden.

Dass die Antworten zum Teil sehr allgemein sind, liegt nicht nur an der eher weiten Fragestellung, sondern auch – und beides bedingt sich – an dem, was Gegenstand des allgemeinen Unbehagens ist – wie ich es erstmal ausdrücken will. Da kommen also die Lenker_innen der 20 führenden Wirtschafts-

nationen zusammen, von denen manche mit der Charakterisierung als ‚bad guy‘ noch gut davon kommen, um, ja, über was eigentlich zu beraten? Könnte man Mäuschen in den Beraterstäben der einzelnen Regierungsverantwortlichen sein, man wäre, anders kann ich es mir nicht vorstellen, schnell ernüchtert, weil man wahrscheinlich erkennen würde, dass auch die nur im Hamsterrad laufen. Auf jeden Fall reicht meine Phantasie nicht aus mir vorzustellen, dass trotz der objektiv vorhandenen Interessengegensätze etwas vereinbart werden könnte, was den Hauch einer Chance böte, die Ungleichgewichte ökonomischer und ökologischer Art auf der Welt zu verringern. Wir werden stattdessen Statements hören, dass man guten willens ist, dies zu tun, aber leider die Systemzwänge keine andere Wahl lassen, als so zu handeln, wie man handelt.

Das alles klingt defätistisch, aber der Fortgang des Weltenschauspiels ist keine lineare Fortschrei-

bung der Gegenwart. Es gibt Widersprüche, die sich zuspitzen und plötzlich unerwartet eine Entwicklung in Gang setzen, mit der niemand gerechnet hat. Immer dann, wenn fest geglaubte Positionen ins Wanken geraten und sich das Koordinatensystem, was die Orientierung in der Welt betrifft, verschiebt, eröffnen sich Chancen auf Veränderung. Und mögen die Vorstellungen, wie eine bessere Welt konkret auszusehen habe, noch so verschieden oder auch diffus sein, so eint die Protestierenden in all ihrer Unsicherheit doch das sichere Gefühl, dass es so nicht weitergehen kann. Und so kommt es nicht von ungefähr, dass sich die unterschiedlichen Strömungen, die jetzt auf die Straße gegangen sind, zunächst einmal nur einig sind in der Ablehnung dessen, was uns die derzeit Herrschenden eingebrockt haben. Unübersehbar ist für mich dabei so etwas wie eine ‚antikapitalistische Sehnsucht‘.

Wie ich darauf komme? Ich erkenne es vor allem an den jungen Menschen, die jetzt auf die Straße gegangen sind und die unüberhörbar, wie es unsere beiden jungen Interviewpartnerinnen getan haben, die barbarische Seite des Kapitalismus geißeln. Das kann man eigentlich nur tun, wenn man gelernt hat, über den Tellerrand des täglichen Geschehens zu blicken. Dann stößt man unweigerlich schnell an die Grenzen eines allumfassenden Systems, das scheinbar nur von Marktgesetzmäßigkeiten und damit Systemzwängen bestimmt ist. Die Erkenntnis, dass dies nicht so ist, sondern eine von Menschen gemachte Welt dafür verantwortlich ist, die sich folglich auch von Menschen verändern lässt, offenbart sich nicht von selbst, sondern ist meist die Frucht eines Engagements, die nur allmählich heranwächst. Dass dieser Weg der Erkenntnis nicht immer gradlinig, sondern die Überwindung so mancher

Foto: h1z



Zum Auftakt der Proteste auf der Rathaus-Demo am 2. Juli wurde das flotte Motto: „Lieber Tanz ich als G20“ konkretisiert durch ein ‚dancing in the rain‘

Widersprüche verlangt, ist diesem Prozess immanent. Aber um an dieser Stelle etwas konkreter zu werden: Plötzlich kreuzen sich die Positionen der politischen Gegner, was den Freihandel betrifft. War man auch hierzulande vor noch gar nicht langer Zeit im Rahmen der Proteste gegen TTIP und Ceta vehement gegen die Ausdehnung des internationalen Handels, so ist man, seit Trump die Bühne betreten hat und keine Gelegenheit auslässt, gegen den Freihandel zu wettern, etwas kleinlauter geworden. Und auch in Frankreich ließ sich selbst bei dem linken Kandidaten Mélenchon so mancher protektionistischer Zug erkennen, zu dem sich dann schnell auch eine nationalistische Attitüde dazu gesellt. Auch wenn mir nun manch politischer Freund entgegen wird, dass das zwei verschiedenen Paar Schuhe sind, sind die doch nicht so verschieden, wie man bei näherem Hinsehen erkennen wird, denn bei aller Rhetorik - auf den ungleichen Tausch wollen weder

die deutsche Politik noch Trump verzichten.

Das Risiko, dass die von einer antikapitalistischen Sehnsucht getriebene Aktivität zur Falle werden kann, kennen wir Deutschen nur zu genau aus der Geschichte. Wer die Nazi-Propaganda vor 1933 und selbst danach kennt, weiß, dass das, was heute die Rechten mit ihrem Antiamerikanismus und Antiperonialismus bezwecken, vordergründig die selben Sehnsüchte bedient, die auch die Gipfelstürmer getrieben hat. Aber nur wer sich nicht in Gefahr begibt, kommt darin um! Hoffen wir mal, dass die vielen Anstöße trotz oder wegen aller Widersprüche, die der Protest gegen den Gipfel ausgelöst hat, etwas in Gang bringt, was der Menschheit eine Chance gibt.

Die Chance, die sich aus der Bundestagswahl ergibt, ist dagegen etwas nüchterner zu betrachten. Da unsere nächste Ausgabe erst nach dem 24. September in

den Briefkästen ist, bleibt eine Einschätzung hierfür auch nur spekulativ. Frau Merkel hat es verstanden, diejenigen, die sich nach außen hin als verfeindete Lager darstellen, soweit zusammenrücken zu lassen, dass die Unterschiede, was die potenziellen Koalitionspartner angeht, marginal sind. Auch deshalb bleibt das Ganze so unaufgeregt.

Wenn wir aus den Ferien zurückkommen, bleibt nur noch ganz kurze Zeit zur Profilierung. Man muss über keine prophetischen Gaben verfügen, um sagen zu können, dass die Tage einer Großen Koalition wohl gezählt sind. Wer weiß, vielleicht führt uns unsere nächste Reise ja nach Jamaika!

Davor geht es aber zunächst mal um andere Reisen – nämlich eure, wohin es euch in den Ferien auch treiben mag. Die Redaktion wünscht euch, dass ihr euch gut erholt und – wie immer – Kraft schöpft für die kommenden Auseinandersetzungen! Denn dass die bleiben, ist nicht spekulativ.

JOACHIM GEFFERS

ANZEIGEN 04 101-842 671  **ANZEIGEN 04 101-842 671**

TimeTEX

**So leben
Lehrer/innen leichter**

Schulplaner 2017/2018

- verschiedene Ausführungen und Größen
- flexibler Tagesplaner,
- Schüler- und Notentisten
- Ferientermine, Notizen, Jahres- u. Projektplaner etc.

ab **5,95 €**

TimeTEX Hermedia Verlag GmbH
93337 Riedenburg · Tel. 09442 92209-0
www.timetex.de



**Klinik am
Leisberg
BADEN-BADEN**



Von hier an geht es aufwärts;

Ein wunderschönes Ambiente in einer besonderen Stadt ist der freundliche Rahmen für unser Therapieangebot in privater Atmosphäre. Hier können Sie sich wohlfühlen und gesund werden!

Indikationen: Depressionen, Burn-Out, Ängste und Panik, Essstörungen, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Schmerzen und psychosomatische Erkrankungen, Zwänge

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Telefon: 07221/39 39 30

Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden

www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

Privatklinik für psychologische Medizin
Akutaufnahme möglich - wir beraten Sie gern!

 terre des
hommes
Hilfe für Kinder in Not



Das bisschen Haushalt ...

terre des hommes engagiert sich für bessere Arbeitsbedingungen und kämpft für einen wirksamen Schutz von Hausmädchen vor der Ausbeutung als Kindersklaven. Bitte unterstützen Sie unser Engagement für Kinder in Not mit Ihrer Spende!

www.tdh.de/hausangestellte



Hier könnte **Ihre**
private oder gewerbliche
Anzeige stehen!

albersdesign
Mediengestaltung
+Produktion
04101-842 671
ca@albers.design

 **KREISEL** e.V.
... für das Leben mit Kindern

Institut für Weiterbildung - Lerntherapie
Hamburg-Altona

So kann Inklusion gelingen!

Weiterbildung Integrative Lernförderung & Lerntherapie

Start in Hamburg: 22. Sept. 2017 | 26. Januar 2018

Qualifizierung Lehrkraft Deutsch als Zweitsprache (DaZ)

Geplanter Start Herbst 2017, bitte fragen Sie nach!

Infos und Anmeldung unter www.kreisel-hamburg.de

Öffentliche Zuschüsse
möglich!



HAMBURGER LEHRER-FEUERKASSE

Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
gegründet 1897



**Die preisgünstige Hausratversicherung
im Großraum Hamburg für alle pädagogisch Tätigen
sowie deren Angehörige**

Wir versichern Ihren Hausrat zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme
(inkl. Versicherungssteuer) unverändert seit 1996.

2017 haben unsere Mitglieder eine Beitragsrückerstattung von 10 % erhalten.

Ihr Hausrat ist gegen Schäden durch Brand, Explosion, Implosion, Blitzschlag und Überspannung, Einbruchdiebstahl, Raub, Leitungswasser, Sturm, Hagel, Glasbruch (Einfachverglasung) versichert.

Außerdem u. a. beitragsfrei eingeschlossen:

Hotelkosten bis zu 100 Tagen, Diebstahl von Hausrat aus Krankenzimmern und Kraftfahrzeugen,
Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen bis 260 €.

Fahrräder bis 3.000 € (6.000 € bei zwei Rädern) können gesondert versichert werden.

Zusätzlich versichern wir Ihre Ferienwohnung ebenfalls zu
1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme.

Die HLF verzichtet auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit
bei Schäden bis 5.000 €.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:
040 333 505 14 (Tobias Mittag) 040 796 128 25 (Georg Plicht)
040 679 571 93 (Sibylle Brockmann)

www.h-l-f.de (mit Prämienrechner) - info@h-l-f.de





SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING
Klinik für Psychologische Medizin



Geben Sie Ihrem Leben eine neue Richtung!

Wir bieten in heilungsförderlichem Ambiente einen erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, individuell auf Ihre Bedürfnisse ausgelegt.

Indikationen: Depressionen, Angst und Panik, Essstörungen, Erschöpfungssyndrom („Burn-Out“), Tinnitus, Zwänge, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Schmerzsyndrome

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen und Beihilfe

Infos unter Telefon 02861/80000

Pröbstinger Allee 14 • 46325 Borken (Münsterland)
www.schlossklinik.de • E-Mail: info@schlossklinik.de

Hier könnte
Ihre
private oder
gewerbliche
Anzeige stehen!



albersdesign
Mediengestaltung
+Produktion
Anzeigenverwaltung
04101-842 671
ca@albers.design

Inklusion

Materialien

für die Lehrkräfte in der Klasse
(z. B. Heft Klassenförderplanung,
Best.-Nr. 9095-1226, Screening) und
beteiligte sonderpädagogische
Fachkräfte zur Unterstützung in den
Klassen und bei individueller
Förderung (z. B. Heft Förderplan und
Dokumentation, Best.-Nr. 9095-1228).

Bei uns erhältlich!

www.schulorganisation.com

FL SCHULORGANISATION
& Verlage Flöttmann & Langenkämper

Körperorientierte Psychotherapie

Traumatherapie 

Musiktherapie

- ◆ Freude am Leben
- ◆ Selbstvertrauen
- ◆ Zufriedenheit

Dipl. Mus. Andreas Merk
Psychotherapie HPG, Lehrer
Privatkasse und Beihilfe

Telefon: 040/3009 3736 ◆ www.andreasmerk.de



Klassenfahrten an den Schweriner See

*Unsere „Goldener Herbst“-Angebote
Ideal zum Kennenlernen
neu gebildeter Klassen*




5 Tage und 4 Nächte mit Vollverpflegung
(4 Mahlzeiten + Getränke)

- ☆ Schwerin mit Schlossbesichtigung
- ☆ Wismar ins Spaßbad WONNEMAR
- ☆ Schnupperreiten auf den hauseigenen Pferden
- ☆ Kistenklettern und Bogenschießen
- ☆ Nachtwanderung, Lagerfeuer und Discoabend

ab 99 €



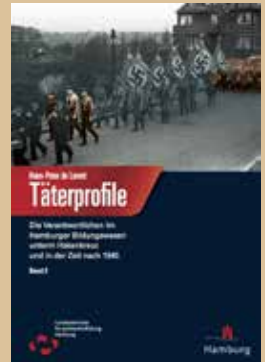
Ulis Kinderland e.V.
Alte Dorfstr. 7 · 23996 Gallentin
☎ 038423-365
✉ info@ulis-kinderland.de



Buchvorstellung „Täterprofile II. Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz“

„Täterprofile“ – die Biografien der wichtigsten Personen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz sind das Ergebnis einer jahrzehntelangen Forschungsarbeit von Dr. Hans-Peter de Lorent. Personenbezogene Notizen und Dokumente der Verantwortlichen der NS-Politik im Hamburger Schulwesen, der Täter, werden ausgewertet. Ziel dabei ist es, zu verstehen und nachzuzeichnen, was die jeweiligen Personen in den zwölf Jahren des „tausendjährigen Reiches“ gemacht haben, wie deren Karriere verlief und wie sie sich nach 1945 erklärten, verteidigten, herausredeten.

Alle Biografien geben einen tiefen Einblick in die Zeit des Hamburger Bildungswesens unterm Hakenkreuz. Das Wirken in den Schulen und in der Ausbildung, in der Schulverwaltung und im Nationalsozialistischen Lehrerbund wird dargestellt. Ebenso die Tatsache, dass Personen nach 1945 wichtige Funktionen in Hamburg übernahmen, die durch ihre Tätigkeit in der NS-Zeit anderswo schwer belastet waren.



Hans-Peter de Lorent wird sein Buch in der GEW vorstellen.

Durch den Abend führen: Jutta Martens-Hinzelin und John Stöteraue

Montag, 11. September 2017, 18 Uhr
kostenlos für GEW-Mitglieder, 5 EURO für Nicht-Mitglieder

Eine Veranstaltung der GEW und der VVN-BdA
Hamburg, Curio-Haus, ABC,
Rothenbaumchaussee 15

